

Ercheint täglich außer Montags, Abonnement: Preis pr. Quart. 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beläge, 'Die Neue Welt' 10 Pf., Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragene in der Post-Verzeichnisse für 1896 unter Nr. 7277.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Vertikale oder deren Raum 40 Pf., für Verlags- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Rudolf I. Nr. 1308. Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2.

Freitag, den 20. November 1896.

Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

Privatwirtschaft gegen Gemeinewirtschaft.

Im Augenblick tobt zwischen der Stadt Berlins und der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft, der sich die Neue Berliner Pferdebahn alliiert hat, ein Krieg. Zunächst handelt es sich zwar noch um einen Krieg auf dem Papier, aber es kann leicht zu einem wirklichen Kriege kommen, bei dem es allerdings keine Verwundete, dafür jedoch desto mehr Finanzeichen geben wird. Um den zwischen den städtischen und den privatkapitalistischen Interessen herrschenden Kampf in vollem Umfange zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß die Pferdebahn-Gesellschaft eine Konzession in der Tasche hat, die ihr das Recht giebt, einen großen Teil der Straßen Berlins bis zum Jahre 1911 für ihre Aktionäre auszunutzen. Dank dieser ebenso kurzfristigen als für die Stadtkasse schädlichen Kommunalpolitik befindet sich die städtische Verwaltung natürlich von vornherein der Gesellschaft gegenüber in einer ungünstigen Position, die auf ihrem Schein beruhend, alle kapitalistischen Minen springen läßt, um die Schlicht zu gewinnen. Der enormen Entwicklung und der damit verbundenen räumlichen Ausdehnung Berlins gegenüber reichen die zur Verfügung stehenden Verkehrsmittel schon lange nicht mehr aus. Ganz abgesehen von den mit dem Pferdebetrieb verbundenen hygienischen Mißständen, hat sich mehr und mehr gezeigt, daß die Pferdebahn nicht im stande ist, den Verkehr zu bewältigen und daß andere Verkehrsmittel angewendet werden müssen, um die auf diesem Gebiete sich täglich steigenden Ansprüche der Großstadt zu befriedigen. Die Pferdebahn-Gesellschaft machte keine Anstalten, dem Beispiel anderer Städte, welche sich elektrische Straßenbahnen einrichteten, zu folgen, war sie doch in der glücklichen Lage, auf ihren Vertrag pochen zu können, der sie bis zum Jahre 1911 zum Herrn der Straßen Berlins machte. Heute rächt es sich bitter, daß die städtische Verwaltung gegen das Trinkgeld einer Abgabe die Verfügung über ihre Straßen und Plätze aus der Hand gegeben hat und sich entweder der Pferdebahn-Gesellschaft auf Gnade oder Ungnade ergeben, oder darauf verzichten soll, Berlin für die nächste Zeit mit Verkehrsmitteln auszustatten, die unerschwinglich sind, wenn die Hauptstadt des deutschen Reichs nicht hinter Provinzstädten zurückstehen soll. Unserer Parteiangehörigen in der Stadtverordneten-Versammlung haben seit Jahren die Konzessionsverlängerung bezw. Ertheilung an Privat-Actiengesellschaften energisch bekämpft, sie haben auf die unausbleiblichen Folgen hingewiesen, und infolge dessen die Verstaatlichung der auf städtischen Straßen und Plätzen betriebenen Verkehrsanstalten verlangt. Die Klassen-

herrschaft jedoch, welche im Nothen Haus ihren Sitz hat, deren wirtschaftliches Prinzip die Begünstigung des Privatkapitals auf Kosten der Steuerzahler ist, hat es zu verhindern gewünscht, daß die nach Millionen zählenden Ueberschüsse in die Stadt-Hauptkasse geflossen sind, und statt dessen lieber dafür gesorgt, daß jahraus, jahrein den Aktionären eine fette Dividende ausgezahlt werden konnte. Daß die Pferdebahn-Gesellschaft, die sich allen Forderungen des Publikums gegenüber stets ablehnend verhielt, Verbesserungen und Erleichterungen nur widerwillig und gezwungen einführt, eifrig bemüht ist, den bestehenden Zustand zu konservieren, liegt auf der Hand, ebenso natürlich ist es aber auch, daß im Publikum die Entrüstung über das Verhalten der Gesellschaft immer lauter und intensiver wurde und endlich auch ins Rathhaus drang und bei manchem der Herren Stadtväter die Milch der frommen Denkart in gährenden Drachengift verwandelte. Das Jahr 1895 zeitigte eine andere Anschauung in bezug auf die Aufgaben städtischer Verkehrsbetriebe, man sah ein, daß es so nicht weiter geht, daß die Millionenstadt in ihren Verkehrsmitteln nicht hinter jedem mittleren Ort zurückbleiben dürfe, und es wurde eine Deputation eingesetzt, welche mit der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft und ihrem Verbündeten über die Umwandlung des Pferdebahn-Betriebes in einen elektrischen verhandeln sollte. Hiermit begann das Kriegsspiel. Nahezu zwei Jahre dauern die Beratungen, Berge von Papier sind verschrieben, zahlreiche Konferenzen haben stattgefunden, eine Menge Paragraphen sind formuliert, aber zu einem Resultat ist's noch nicht gekommen. Neben den Pferdebahn-Gesellschaften, vielleicht durch die Verhandlungen mit denselben hervorgerufen, meldeten sich auch noch andere Unternehmer zur Errichtung elektrischer Straßenbahnen und es entspann sich nun ein sehr lustiger Frosch-Mäuse-Krieg zwischen den Herren Konkurrenten, bei dem sich der eine bemühte, dem anderen den fetten Bissen fortzuschneppen. Für uns beweist dieser Vorgang nur aufs neue, was für ein riesiges Geschäft das Privatkapital bei dem Betriebe solcher Anlagen macht und verstärkt nach unserer Meinung die Nothwendigkeit, die Verkehrsbetriebe in städtische Regie zu bringen, damit endlich einmal dem groben Unfug: das Gesamteigentum zu Gunsten einzelner kapitalkräftiger 'Menschenfreunde' auszunutzen, ein Ende gemacht wird. Wir können uns auch nicht, wie es die bürgerliche Presse vielfach thut, für die Konkurrenten der Pferdebahn-Gesellschaften ins Zeug legen. Für uns sind Große Berliner Pferdebahn-Gesellschaft, Siemens u. Halske, Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Dampfstraßenbahn-Gesellschaft Bachstein oder wie die Herrschaften sonst heißen mögen, die in rührendem Wettstreit bemüht sind, ihre Dienste 'im allgemeinen Interesse' — so

sagen sie nämlich stets — der Stadt Berlin zu widmen, allesamt gleichwerthig. Bei allen ist es die Gier nach Dividende, die sie in die Arena führt, die Ausbeutung des Publikums ist ihr Zweck, möglichst hohe Kapitalverzinsung ihr Ziel. Und wenn die plötzlich 'allgemeine Interessen' vertretenden Dividendenjäger sich eine zeitlang gegenseitig bekämpft haben, dann werden sich die feindlichen Brüder in die Arme fallen, ihre Gesellschaften fusionieren und in trauriger Gemeinschaft den gebulbigen Berlinern zwar nicht das Fell über die Ohren, wohl aber die Nadel aus der Tasche ziehen. Doch zurück zur Pferdebahn-Gesellschaft. Nach nahezu zweijähriger Arbeit war ein Vertragsskizzenentwurf zu stande gekommen, in welchem von der Majorität der Verkehrsdeputation eine Konzessionsverlängerung bis zum Jahre 1919 zugestanden war, dagegen der Gesellschaft eine Reihe von Erleichterungen für das Publikum (u. a. Einführung des Zehnprozent-Tarifs), eine Erhöhung der Abgaben an die Stadt, sowie günstigere Anschlußbedingungen fremder Unternehmer an die Linien der Gesellschaft, und ein Aufsichtsrecht des Magistrats auferlegt waren. Für den Fall der Annahme dieses Vertragsskizzenentwurfs hatten die Gesellschaften die Verpflichtung innerhalb fünf Jahre den Pferdebahnbetrieb in einen elektrischen umzuwandeln. Der Vollständigkeit halber wollen wir noch bemerken, daß als Betriebssystem auf den Augenlinien oberirdische Stromzuführung, im Innern der Stadt dagegen meist Akkumulatorenbetrieb in Aussicht genommen bezw. festgesetzt war. Diesen Vertragsskizzenentwurf haben die Direktoren der Gesellschaften als mit den Interessen ihrer Aktionäre nicht vereinbar abgelehnt. Das die Ablehnung motivierende Schreiben — das 'Berliner Tageblatt' hat es veröffentlicht — ist ein Muster kapitalprologischer und kapitaltrophiger Uebermuths, der nur erklärlich ist in einer Situation, die man absolut von den Interessen des Kapitals beherrscht erachtet, und in welcher man der Unterstützung der für die schließliche Gestaltung des Vertrages maßgebenden Personen sicher zu sein glaubt. Die Hauptgründe für die Ablehnung des Vertrages sind folgende: 1. Der verlangte Akkumulatorenbetrieb wird als zu ausgedehnt erachtet; angeblich entstehen aus dieser Forderung zu hohe Nilagelosten, die sich während der Konzessionsdauer (1919) nicht amortisieren lassen. 2. Die Abgabe an die Stadt (8 pCt. von der Brutto-Einnahme und die Hälfte vom Reingewinn, wenn der Ueberschuß des Unternehmens 12 pCt. des gegenwärtigen Aktienkapitals übersteigt) ist zu hoch. 3. Die Bedingung, wonach die Gesellschaften verpflichtet sind, anderen Unternehmern gegen Entschädigung ihre Linien bis zu 1000 Metern Länge zur Mitbenutzung zu überlassen, ist unannehmbar, und

128] **Rienzi.**
Der letzte der römischen Volkstribunen.
Roman von Edward Lytton Bulwer.
Eure Beschreibung der großen Kompagnie war wohl übertrieben," sagte der Ritter ernsthaft zu seinem neuen Bekannten.
"Signor," erwiderte dieser, "Ihr müßt nach der Schale nicht den Kern beurtheilen. Wir sind kaum im Lager angekommen, und hier hält sich mehr das Gefindel auf, als die Krieger. Zwanzigtausend Menschen von der Gese des Volks aus jeder Stadt in Italien, folgten dem Lager, um zu kämpfen, wenn es nöthig ist, aber mehr um zu plündern und zu rauben. Diesen Troß seht Ihr jetzt. Ihr werdet aber bald Euch überzeugen, daß meine Beschreibung, was das Heer selbst betrifft, nicht ganz unrichtig war."
Dem Ritter drang die Nähe des Jornes in die Wangen. "Also solchen Menschen," dachte er, "ist Italien anheim gefallen." Seine Träumerei wurde durch laute Beifallsbezeugungen, die von einigen Jechern in der Nähe ausgingen, gestört. Er sah sich um und bemerkte unter einem langen Bart und um einen mit Wein und Speisen bedeckten Tisch dreißig bis vierzig Krieger. Ein Minnesänger mit ungeheuerem Bart stimmte mit ziemlichem Geschicklichkeit eine Laute, welche ihn auf allen seinen Wanderungen begleitet hatte, und indem er plötzlich in eine wilde und kriegerische Melodie überging, begann er mit lauter und tiefer Stimme den nachstehenden Gesang:
So, dunkler Mann vom goldnen Süd, ho, blonder von dem Nord,
So, Eisenkleid und heller Speer, was eilet Ihr denn fort?
Von Bergen, aus Höhlen, und auch vom fernem Strand
Lecht uns die große Kompagnie, zu ziehen in dies Land,
O, dieser heitere fröhliche Schwarm,
Mit leichtem Herz und schwerem Arm —
O, die Langen der Freien.

So, die Ihr Ruh' und Stille haßt und des Gesehes Zwang,
So, spornet zu Montrea's Kompagnie.
Die Dirne theilt den Lagerplatz,
Der Gehals seinen reichen Schatz
Mit den Langen der Freien!
Der Freien!
Der Freien!
O, die Langen der Freien!
Plötzlich, als ob ihn sein eigener Gesang zu wilderem Fluge begeisterte, griff der Minnesänger in die Saiten und spielte eine Melodie, welche herrlich das Gemälde darstellte, welches seine in roher, doch lebhafter und ergreifender Weise klingenden Worte ausdrücken wollten.
Tira, Tira! — es schmettern die Trompeten,
Und von des Berges Höh' die mächt'ge Trommel schallt,
Germanen und Hunnen und Inseländer viel
Die den Franzosen schlagen so wacker bei Crez.
Das seine Nase tauchte die Farbe mit Lour-de-lis,
Und von des Südens Landen der schwarzgelockte Sohn,
Tira, Tira!, sie kommen rasch herbei.
Wie stättlich sie erscheinen, gerüstet Reih an Reih,
Und schwarz wie eine Wolke erscheint es hinterdrein,
Wie die See ihre Wogen wirft ans Ufer herein.
Schnell öffnet Eure Thore, heraus mit Eurem Gold,
Um Euer Blut zu schonen, gebt uns den reichen Sold.
Weh! Bürger, weh! es fährt sie heran
Der bestste Kopf und der tapferste Mann.
Auf dem rothen Mantel trägt er ein weißes Kreuz,
Er blicket wie ein Adler, und nach des Löwen Art
Trägt er, wohl anzuschauen, den königlichen Bart.
Der Fürst und die Geisel des Landes ist er hier,
Der königliche Ritter der großen Kompagnie.
Hurrah — hurrah — hurrah!
Hurrah für die Armee, hurrah für Montrea!,
Hurrah auch für das Gold, gewonnen durch den Stahl,
Hurrah — hurrah — hurrah!
Für die Langen der Freien!

widerhallte, war die Wirkung, welche dieser zügellose Gesang hervorbrachte, unbeschreiblich. Es war unmöglich, nicht den eigenthümlichen Eindruck zu empfinden, den dieses vergewaltigende Leben auf die trogigen Männer ausübte, die sich ihm ergeben und selbst den tapferen und stolzen Ritter, der es mit anhörte, überkam eine unwillkürliche Anwandlung von Sympathie und Wohlgefallen.
Er wandte sich etwas ungeduldig und gereizt zu seinem Begleiter, der sich an dem Gesang theilhaftig hatte, und sagte: "Herr, für die Ohren eines italienischen Edelmannes, der das Gland seines Vaterlandes kennt, ist dies kein willkommener Gesang. Bitte, beilen wir uns."
"Entschuldigt, Signor," erwiderte der Freibreiter, "das Leben, das die freien Langen unter Fra Moreale führen, ist so reizend, daß wir uns oft vergessen, doch vergeißt, wir wollen weiter."
Nach wenigen Augenblicken, über eine enge Umzäunung sprengend, befanden sie sich in einem Viertel, das zwar belebt, aber auf ganz andere Weise belebt war. Lange Reihen bewaffneter Männer waren auf beiden Seiten eines Pfades aufgestellt, der zu einem großen Zelte führte, das auf einer kleinen Anhöhe stand, und auf dem eine blaue Fahne wehte; den Pfad gingen bewaffnete Soldaten auf und ab, in großer Ordnung, aber mit fröhlicher und zufriedener Miene in ihren gebräunten Gesichtern. Einige, welche hingingen, trugen Pakete und Ballen auf ihren Schultern, andere, die zurückkehrten, öffneten dann und wann ungeduldig die Hand und zählten die darin liegenden Geldstücke einmal aufs andermal.
Der Ritter sah seinen Gefährten fragend an.
"Es ist der Platz der Kaufleute," sagte der Kapitän, "sie haben freien Zutritt ins Lager: ihre Personen, ihr Eigenthum werden streng geachtet. Sie laufen jedem Soldaten seinen Theil von der Beute zu guten Preisen ab, und jeder ist mit dem Handel zufrieden."
"Ihr scheint eine Art von roher Gerechtigkeit bei Euch auszuüben," sagte der Ritter.
(Fortsetzung folgt.)

So, die Ihr einen Namen sucht, durch tapfere That erreicht,
So, die Ihr Schätze häufen wollt, hier wird es Euch so leicht;
Als der volle Chor dieser wilden Gesellen jauchzend
einsiel und von allen Seiten der wohlbekannte Refrain

4. Das verlangte Aufsichtsrecht des Magistrats über Bau und Betrieb des Unternehmens kann nicht zugestanden werden.

Es verlohnt sich kaum der Mühe, die Ablehnungsgründe der Gesellschaften auf ihre Berechtigung zu prüfen, denn es ist auf den ersten Blick klar, daß nur eine Gesellschaft, die glaubt, daß ihr Gegenkontrahent absolut in kapitalistischen Forderungen festgemacht ist, es wagen kann, solche Gründe anzuführen. Wir wollen von dem hohen Pathos des Gesellschaftsschreibens hier nicht weiter reden. Es berührt jedoch sehr eigentümlich, wenn die Pferdebahngesellschaft, die ihre Angestellten — wir meinen natürlich nicht die Herren Direktoren und Oberbeamten, sondern die Schaffner, Kutscher, Stallente u. s. w. — in schwerer, gesundheitschädigender Weise ausbeutet und dieselben, ohne Aussicht auf spätere Versorgung mit einem spärlichen Lohn absperrt, während Direktion und Aufsichtsrath sehr hohe Tantieme und die Aktionäre 12 pCt. Dividende beziehen, von sich behauptet, stets nur im Interesse der Allgemeinheit gehandelt zu haben und sich in löblichem Moralität Vorhaltungen zu machen erlaubt, die, wenn sie nicht zu widerlich wären, nur erheitert wirken könnten. Was den ersten Ablehnungsgrund betrifft, so ist derselbe zu technischer Natur, als daß wir ein abschließendes Urtheil darüber geben können. Wir wissen jedoch, daß die Mehrkosten für Akkumulatorenbetrieb in vollem Umfange bei der Formulierung des Paragraphen berücksichtigt worden sind. Der zweite Punkt (angeblich zu hohe Abgabe an die Stadt) ist natürlich der Kernpunkt des gesellschaftlichen Mißbehagens. Die Aussicht auf Schmälerung des Profits — das können die Herren Direktoren nicht vertragen. Aber um die Dreifachheit ganz wüßigen zu können, muß man die Bescheidenheit der städtischen Forderung sich vor Augen halten. Die Abgabe von 8 pCt. von der Brutto-Einnahme ist von der Gesellschaft selbst zugestanden worden. Das ist also kein Streitpunkt. Nun verlangt die Stadt, wenn das Unternehmen mehr wie 12 pCt. des gegenwärtigen Aktienkapitals an Reingewinn abwirft, die Hälfte von diesem Mehrertrag. Also die Mehrheit der Deputation, die dieses Verlangen gestellt hat, will die Direktoren und Aufsichtsräte erst ihre Gehälter und Tantiemen, die Aktionäre erst 12 pCt. — also das Vierfache der jetzt für sichere Anlagen standesüblichen Zinsen — Dividende verdienen lassen und erst dann auch nur die Hälfte dieses Mehrbetrages für die Stadt, auf deren Straßen und Plätzen diese Gewinne erzielt werden, beanspruchen.

Und dieses geradezu unbegreiflich bescheidene Verlangen lehnt der Direktorenhochmuth, auf seinen Vertrag pochend, ab. Und diese Leute wagen dann davon zu sprechen, daß sie andere als die gewöhnlichsten Geldinteressen vertreten. Wahrscheinlich, wer nach diesem Stückchen kapitalistischer Ausbeutung nicht weiß, was zu thun ist, dem ist nicht zu helfen. Der dritte Ablehnungsgrund ist ein schlagender Beweis dafür, daß die beabsichtigten Konkurrenzlinien unmöglich werden, wenn deren Unternehmer nicht das Recht erhalten, in größerem Umfange als bisher die Linien der Pferdebahn-Gesellschaft mitbenutzen zu können. Wir sind nicht gegen das Monopol, aber wir wollen dasselbe für die Stadt. So lange die Stadt darauf verzichtet, den Nutzen aus dem Betriebe der Verkehrsanlagen für sich in Anspruch zu nehmen und Privatunternehmer konfessioniert, so lange müssen diese natürlich alle mit gleicher Maße gemessen werden. Neue Linien sind aber nur möglich unter angemessener Mitbenutzung der bestehenden Linien, und die Weigerung der Gesellschaft, dies in verständigem und ausreichendem Maße vertragmäßig zu gestatten, bedeutet nichts weiter als den Versuch, für sich ein Monopol zu schaffen, welches bis zum Ablauf des Vertrages andere, gleichartige Unternehmungen völlig lahm legt.

Und endlich viertens die Ablehnung des verlangten Aufsichtsrechtes des Magistrats. Ei wie verdächtig. Was haben denn die Herren zu verbergen? Trägt die Stadt nicht die moralische Verantwortung für das Unternehmen? Sollen Angestellte und Publikum auch fernerhin dem Belieben der Direktion überlassen bleiben? Wenn die städtische Verwaltung den nach unserer Meinung höchst bedauerlichen, nur durch die Zwangslage (Vertrag bis 1911) erklärlichen Schritt thut und für die im Verkehrsinteresse notwendige Schaffung elektrischer Straßenbahnen die Konzession bis zum Jahre 1919 verlängert, so hat sie doch mindestens die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß ihr auf die Gestaltung der Verhältnisse ein Einfluß gesichert bleibt, der sie befähigt, die Anschauung der Bürgerschaft zu maßgebender Geltung zu bringen. Also auch in diesem Punkt ist die Deputation nur zu dem selbst vom Standpunkt der bürgerlichen Parteien aus Allernothwendigsten gelangt. Wie wird dieser Kampf zwischen Kapital und Wahrnehmung allgemeiner Interessen enden? Wird die „Attie“ den Sieg davontragen? Wird der Prozentkommunalismus den Sozialkommunalismus unterliegen? Wir wissen es nicht. Aber wir fürchten, daß die Solidarität des Kapitals auch in diesem Falle so stark ist, daß aller Mahnungen zum Trotz auch hier wieder die Majorität der Berliner Gemeindevertretung die Kapitalrente über die Interessen der Gemeinde stellen wird. Und doch wäre es so leicht das Gegentheil zu erreichen. Sehen wir den Fall, der Vertrag scheitert an der Verstoßtheit der Pferdebahngesellschaften. Dann haben die Gesellschaften zwar das Recht, auf ihren Linien bis zum Jahre 1911 mit Pferden zu fahren, aber glaubt ein Mensch daran, daß dies geschehen wird? Nein gewiß nicht, und die Gesellschaften am wenigsten. Denn es steht fest, daß der elektrische Betrieb 30 bis 40 Prozent billiger ist, als der Betrieb mit Pferden und viel größere Mengen befördern kann. Dazu kommt noch, daß der Verkehr sich enorm steigern und dadurch eine sehr erhebliche Mehreinnahme beziehungsweise Ueberschuß erzielt wird. Eine kapitalistische Assoziation müßte ja also geradezu verrückt sein, wenn sie nicht in ihrem eigenen finanziellen Interesse den Pferdebahnbetrieb durch den elektrischen ablöse.

Bleibt die Stadt fest, so ist der Zeitpunkt sicher nicht fern, wo die Pferdebahngesellschaft ohne Konzessionsverlängerung die städtische Verwaltung bitten wird, ihr statt des Pferdebetriebes elektrischen Betrieb zu gestatten. Kommt dann noch dazu, daß die Stadt ein großes Netz von elektrischen Straßenbahnen anlegt und betreibt, und damit der Pferdebahn an und auf den Leib rückt, so wird dieselbe sehr bald darüber belehrt sein, daß sie, um lebensfähig zu bleiben, den elektrischen Betrieb und den Zehnprozent-Tarif einführen muß. Und im Jahre 1911 ist dann die Geschichte mit der Pferdebahn

aus. Die Stadt hat freie Bahn und ist wieder Herr auf ihren Straßen und Plätzen. Trotz des bestehenden Vertrages ist die Stadt also nicht gänzlich in den Händen der Pferdebahn-Gesellschaft, und bei verständiger Ausnutzung der Situation ist die Stadt sehr wohl in der Lage, ohne sich in die Vollmähigkeit der Pferdebahn-Könige zu begeben, für die vollständige Befriedigung der Forderungen auf dem Gebiete des Verkehrswezens, durch Schaffung elektrischer Straßenbahnen zu sorgen.

Wird die Vertretung der Bürgerschaft in ihrer Majorität sich dieses Mal der Zwingherrschaft kapitalistischer Beeinflussungen und Treibereien entziehen?

Der Verfall des Chauvinismus in Frankreich.

Paris, den 17. November 1896.

Wir müssen auf die „patriotische“ Campagne der Opportunisten und Pfaffen von Lille zurückkommen, nicht nur weil sie eine endgültige Niederlage erlitten haben, sondern auch, weil ihre Niederlage das Schicksal voraussehen läßt, das die sämtlichen Nordpatrioten (Patriotes) des Kapitalismus erwartet.

Der Krieg hat dem französischen Volk viel Menschen und viel Geld gekostet, aber er hat dafür der Kapitalistenklasse sehr große Vorteile gebracht. Ich habe schon von den skandalösen Profitten der französischen Bank gesprochen, deren Dividenden während der drei Jahre nach Sedan sich verdoppelt und verdreifacht haben. Die Großindustriellen des Nordens — des Nord-Departements und der Unteren Seine — haben aus dem Unglück Frankreichs nicht geringere Vorteile gezogen, als die Finanzleute. Den Herren Thiers und de Bourgeois, diesen beiden typischen Repräsentanten der Kapitalistenklasse, muß das Herz vor Freude gehüpft haben, als sie den Vertrag unterzeichneten, der Frankreich zweier Provinzen beraubte.

Herr Thiers, genannt „Vater des Vaterlandes“, war einer der Hauptaktionäre der Bergwerke von Anzin, und Bourgeois einer der Haupt-Baumwollen-Fabrikanten von Rouen. Der Vertrag beseitigte für den einen die Konkurrenz der Eisenerz-Kohlen und für den anderen die der Webereien und Spinnereien von Mülhausen und Umgegend. Eine Axta heiliger Prosperität eröffnete sich nach der Abtretung des Elsass, der industriell am höchsten entwickelten Provinz Frankreichs. Die Fabrikanten konnten der Nachfrage nicht genügen. Sie erneuerten und verdoppelten ihre Maschinen, allein es fehlte an Arbeitern, um die vielen neuen, in aller Hast eingeführten Maschinen zu bedienen. Die Unternehmer jagten einander die Arbeiter ab. In Roubaix warteten sie an den Bahnhöfen auf die aus dem Ausland, namentlich aus Belgien ankommenden Arbeiter. Sie empfingen sie mit freundlichem Lächeln und warmem Händedruck; sie führten sie unter lustigen Scherzen in die Fabriken und Werkstätten, wo sie ihnen kameradschaftlich zuranken; vom Lohn wurde nicht gesprochen; sie zahlten, was die ob des unerwarteten außerordentlich guten Ertrages erkannten Arbeiter verlangten. Jahre hindurch rafften sie Millionen zusammen; man braucht nur durch das Nord-Departement zu wandern, und man staunt über die große Zahl von riesigen Fabriken, zierlichen Landhäusern und prachtvollen Schlössern, welche die schnell reich gewordenen Fabrikanten während der letzten zwanzig Jahre erbaut haben.

Das englische Kapital, fiels auf der Baar, wo es etwas zu fischen gibt, fürzte sich in dieses Gelobte Land Kanaan, baute Hochöfen und Hüttenwerke und beutete die französischen Arbeiter zu Jehnlaufenden aus. Die Gebrüder Golden, Wollkammer und Wollspinner in Rheims und Roubaix, kamen vor etlichen und zwanzig Jahren mit einem kleinen Kapital nach Frankreich — heute sind sie Erz-Millionäre und tragen den Orden der Ehrenlegion auf der Brust zur Belohnung dafür, daß sie als Ausländer einen solchen Eifer in Ausbeutung der französischen Arbeiter entwickelt haben. Die Dolfus und Krieg, diese Industrie-Magnaten des abgetrennten Elsass, wollten von dem Mannna, das infolge der Niederlage Frankreichs vom Himmel herabtrüffelte, auch ihr Theil abbaben; sie errichteten neue Fabriken auf dem französischen gebliebenen Gebiet von Velfort, und löhnen so auf beiden Seiten der Grenze die Arbeiter ausbeuten. Zwei Vaterländer streiten sich um ihr Herz und fällen ihnen die Taschen. Der Gott Kapital hat Dollars so verdunstend über sich seiner Günst überhäuft, daß der Kassirer des Dolfus'schen Kaufhauses in Paris zwei Millionen Franks stehlen konnte, ohne daß es bemerkt wurde.

Die Fabrikanten waren durch die Millionen in ein solches Fieber der Wonne versetzt, daß sie ihr theures Vaterland vergaßen und sich seiner nur erinnern, um sich zu beglückwünschen, daß sie ihre eisernen Ländchen losgeworden waren. Als aber die Wahl Lafargue's in Lille 1891 und die des sozialistischen Gemeinderaths von Roubaix 1892 den Sozialismus vor ihnen aufsteigen ließ, ergriffen sie, nicht wissend, wie sie ihn bekämpfen sollten, zu der Waffe des Patriotismus. Weil die Sozialisten international waren, wurden sie glühende Patrioten und beuteten die französischen Arbeiter nur aus Vaterlandsliebe aus. Lieblucht, Singer und Fischer hatten vergangenen Juli Gelegenheit, den heiligen patriotischen Enthusiasmus der Herren aus nächster Nähe zu bewundern.

Aber alles geht vorüber, selbst die antisozialistischen Feldzüge der kapitalistischen Demagogie. Sehen wir, wie sie im Norden verschwanden.

Der alte liberale und opportunistische Gemeinderath, welchen die Arbeiterklasse von Lille im letzten Mai aus dem Rathhaus hinausjagte, hatte zur Schürung des Chauvinismus beschloffen, dem General Faidherbe, der während des Krieges die Nordarmee befehligte und bei Bapaume gefestigt hatte, ein Denkmal zu errichten. Er rechnete darauf, die Einweihung zu leiten und wollte bei diesem Anlaß seinen Patriotismus neuesten Datums dokumentieren — denn bis zu dieser Zeit hatte er Faidherbe, dessen Grab verfiel gleich dem von Gestein, der die Verteidigung im Norden organisiert hatte, vollständig vergessen. Die Erwartungen der Herren wurden aber durch die Wahlen getrübt, der alte Bürgermeister, der opportunistische Senator Berg-Legrand mußte das Denkmal dem neuen Bürgermeister, dem sozialistischen Arbeiter Gustav Delors, übergeben.

Die Merkmalen und Opportunisten erklärten, daß ein sozialistischer und internationaler Bürgermeister das Denkmal eines Vaterlands-Verteidigers nicht einweihen könne.

Der „Reveil“, das Organ der Arbeiterpartei, erwiderte mit Auszügen aus den katholischen Zeitungen, die nach dem Krieg Faidherbe heftig wegen seines Republikanismus angriffen, und kündigte an, daß er eine Liste der hervorragenden Kapitalisten veröffentlichte, die während des Krieges über die Grenzgelassen waren, um ihr Vaterland gegen die Preußen in Belgien zu verteidigen, und daß er das Gleiche mit den Namen von Mitgliedern der Arbeiterpartei thun würde, die unter der Fahne gestanden haben, und die, an der Zahl mehr als 2000, eine Sektion der Partei in Lille bilden. Die tapferen Patrioten baten um Waffenstillstand und erklärten, daß man sich, um das Andenken eines Heldensohnes Frankreichs zu ehren, vereinigen müsse.

Die Patrioten pakteten Delors bei seiner Einweihungsrede scharf auf, Delors ist aber der Mann, um derartige Schwierigkeiten zu überwinden. Seine Rede ist ein kleines Meisterstück politischen Geistes. Die Gegner waren so erstaunt, daß keine Bourgeoiszeitung sie erwähnte, während alle daran Anstoß nahmen, daß Delors inmitten der goldbetrefften Generale und festlich gepuderten Kapitalisten in seinem gewöhnlichen Anzug — im Ueberrock und rundem Filzhut — erschienen war.

„Die Faidherbe ein tapferer und weiser General war.“

sagte Delors, „der in den Tagen der Gefahr, als viele Andere zu Verräthern wurden, das Land, in welches der Feind eingedrungen war, zu verteidigen wußte, so war er auch ein glühender Republikaner, der niemals die Pflichten des Soldaten über die Pflichten des Bürgers stellte.“ Darauf zitierte er aus einem der Werke Faidherbe's die merkwürdigen Worte:

„Die Niederlage Frankreichs war vorübergehend ein Schlag für die europäische Demokratie, aber die Sache der Demokratie kann in Frankreich selbst geläutert werden, obgleich wir es vor kurzem noch kaum hoffen konnten; und außerdem haben wir den festen Glauben, daß unsere Befieger, die Deutschen, durch die mit ihrem Blut gewonnenen Erfolge in ihren eigenen Augen gehoben, bald ihre Rechte als freie Menschen in ihrem eigenen Lande uneingeschränkt verlangen und sich nicht mehr damit zufrieden geben werden, sich den Genuß dieser Rechte erst durch die Auswanderung nach Amerika zu erwerben.“

„Wenn wir unsererseits uns stillschweigend verjüngt haben und auch frei sind, dann werden die beiden Völker ihre alten Kriege in einer brüderlichen Vereinigung vergessen, der Rhein wird keine gierig begehrte und nur zu oft von Blut geröthete Schranke mehr sein, sondern ein Bundesfisch, eine Lebensader, und Europa wird sich endlich eines wirklichen Friedens erfreuen.“

„Das ist die Rache, welche die edlen Geister wünschen müssen, an dem Fürsten Bismarck und an der deutschen Feudalherrschaft zu nehmen.“

„Verlegen wir uns“, fuhr Delors fort, „in die Stunde, in welcher diese Zeilen geschrieben wurden — 1871 —. Der Pulvergeruch war noch nicht verfliegen. Das Echo des Kanonendonners tönte noch nach.“

„Er, der sein Leben in dem Feldlager verbrachte, der stark in seiner Wissenschaft, stark in seinem Muth, durch die wunderbaren Leistungen seiner improvisierten Truppen gelernt hatte, welcher Leistungen eine organisierte Armee Frankreichs fähig wäre — er dachte nicht daran, durch die Gewalt die Mißbräuche der Gewalt wieder gut zu machen. Nicht von den kurzlebigen und blutigen Erfolgen der Schlachten erhoffte er das Heil.“

„Die Rache, die Revanche, welche die edlen Geister wünschen müssen, an dem Fürsten Bismarck und an der deutschen Feudalherrschaft zu nehmen, erhoffte Faidherbe von der Vereinigung der in Freiheit stillschweigend verjüngten Völker.“

Die Patrioten waren niedergeschmettert; sie sind es noch! Wenn sie es wagten, würden sie das Denkmal dieses Generals zerstören, der 1871 die Brüderlichkeit der Völker predigte. Gallus.

Politische Ueberfahrt.

Berlin, 19. November.

Aus dem Reichstage. Es war eine Nachlese, die heute in der Duelldebatte gehalten wurde, aber sie entbehrt der interessanten Momente nicht. Freilich was die Herren der Rechten und speziell Graf Mirbach zur Entschuldigung der Duellensitte vorzubringen wußten, hielt sich auch heute auf einem so niedrigen Niveau, daß es kaum erwähnenswerth ist. Nur eine Aeußerung des konservativen Führers verdient festgenagelt zu werden. Derselbe meinte: „Es giebt Fälle, wo es absolut unmöglich ist, den Geboten der Religion zu folgen.“

Ob der Herr Graf sich wohl überlegt hat, daß mit diesem Grundsatz die Entschuldigung für Verbrechen aller Kategorien gegeben ist?

Im sonstigen gestaltete sich die heutige Debatte hauptsächlich zu einem Duell Leuzmann kontra Kriegsminister. Der freisinnige Vertreter für Altona - Jserlohn hatte heute einmal einen radikalsten Tag und die Entschiedenheit, mit der er dem Kriegsminister zusetzte, unterschied sich sehr vorthellhaft gegen die leuchtende Art, mit der er z. B. bei der Justiznovelle auftritt. Herr Leuzmann hatte sich speziell auch über das Vorleben des Herrn von Bräsewiz und des erloschenen Siepmann erkundigt, und was er da als altenkundig vortragen konnte, unterschied sich sehr von dem, was der Kriegsminister am Diensta zu erzählen wußte. Nach den Darstellungen des letzteren erschien von Bräsewiz als ein Mißersoldat, während Siepmann ein gewaltthätiger Mensch gewesen sein soll. Zeugnisse der Heimathsgemeinde, der Arbeitgeber und der Militärbehörde — Siepmann war Gefreiter und Unteroffizier in der Reserve — wiederlegten die ministeriellen Angaben. Speziell von Bräsewiz wurde aber festgestellt, daß er ein Säufer und Krakehler ist, dem das Drohen mit der Waffe sehr geläufig war. Dem Herrn Kriegsminister waren die von Leuzmann angeführten Thatsachen ersichtlich sehr unbequem; auch die Urtheile der Presse über sein erstes Debut scheinen nicht ohne Wirkung geblieben zu sein. Der Herr Minister verteidigte seine Position nicht mehr, er entschuldigte nur mehr. Bezeichnend war, daß er zu geben mußte, daß Leuzmann über die Verhältnisse des Siepmann und seines Mörders besser unterrichtet sei als er, der Minister. Sollten letzterem, ehe er in einer so wichtigen Sache sein Urtheil abgab, nicht mindestens dieselben Informationsquellen zu Gebote gestanden haben, wie einem einfachen Abgeordneten?

Daß bei der Stellung, welche die herrschenden Kreise zum Duell einnehmen, an eine Beseitigung dieser Frevelthaten nicht zu denken sei, das sprach der Herr Justizminister offen aus. Nur eine Aenderung der Sitten kann hier helfen, meinte der Herr. Wir gestehen, daß wir demgegenüber doch einige Zweifel haben. Wir glauben, daß eine Bestrafung der Duellanten nach den Bestimmungen, welche das Strafgesetzbuch für gewöhnliche Raufbolde und Todtschläger aufstellt, schon eine wesentliche Einschränkung der Duelle im Gefolge haben würde, vorausgesetzt freilich, daß die Urtheile ausgeführt und nicht durch zahlreiche Begnadigungen korrigiert würden. Wenn aber gar durch Gesetz bestimmt würde, daß die Duellanten ihrer Aemter und Würden und der damit verknüpften Einkommen verlustig gehen sollen, wir sind überzeugt, der Duellspuk würde in kürzester Zeit verschwinden. So lange aber das Duell keine infamirenden Wirkungen hat, sondern diese Todtschläger mit einem gewissen Kultus umgeben werden, so lange hört diese Barbarei auch nicht auf. Unsere „maßgebenden Kreise“ sind eben für die humanen Grundfächer des wahrhaften Menschenthums noch nicht reif und deshalb können sie des Raufboldenodeges noch nicht entbehren.

Recht treffend führte dies unser Genosse Schulze (Königsberg) als letzter Redner in der Debatte aus und verflocht er einige lokale Vorgänge, besonders die Börsengarten-Affäre, in seinen Vortrag, damit zeigend, daß der Militarismus in seinen Auswüchsen überall dieselben trüben Erscheinungen zeitigt.

Die zweitägige Debatte ist zu Ende. Ein greifbares Resultat konnte sie nicht haben. Eines aber ist sicher, der Kreis jener, welche mit uns die Forderung stellen: Fort

mit dem Militarismus! er wird wachsen mit jeder solchen Verhandlung.

Die Duelldebatte im deutschen Reichstag wird von der englischen Presse mit besonderem Interesse verfolgt. Die „Times“ meint, die von der Regierung vorgeschlagenen Mittel zur Bekämpfung des Duells seien werthlos und sie glaubt, das Unwesen lasse sich nur durch entehrende Strafen oder, wie Mundel vorschlug, durch Ausschließung der Duellanten vom Hofe überwinden. Die vom Kriegsminister vorgelegene Theorie werde weder das übertriebene Standesgefühl des Offizierkorps mildern, noch die bürgerliche Bevölkerung von der Ernstlichkeit des Wunsches der maßgebenden Kreise, dem Duellumgang ein Ende zu machen, überzeugen. Besonders empört ist die „Times“ über die Sophistereien und Blasphemien, mit denen die Duellfreunde den sittlichen und christlichen Charakter des Duells zu verteidigen suchen. Es sei begreiflich, daß sich das Bürgerthum gegen eine solche Vertheidigung eines barbarischen, verbrecherischen Gebrauchs auflehne. Es sei nicht zu glauben, daß ein gelegentlicher Todtschlag zur Erhaltung des militärischen Muthes bringend erforderlich sei. Jedenfalls trage die im Falle Bräufewitz gemachte Erfahrung, daß ein Recht für das Bürgerthum, ein anderes für seine Herren gelte, nicht zur Beseitigung der allgemeinen Mißstimmung bei.

So die „Times“. Durch entehrende Strafen ist das Duell aber sicher nicht auszurotten. Es genügt, daß man die Duellanten nicht als eine bevorzugte Menschenorte behandelt, und daß man ihnen die Aussicht auf eine Karriere im Staatsdienst verschließt, während sie heute den Nicht-Duellanten verschlossen wird.

Wismarck-Klatsch. Unter anderen „Entthüllungen“ machte der Bestzer des Sachsewalbes jüngst die, der russische Kaiser habe 1876 die Absicht gehabt, Oesterreich zu überfallen. Das soll in Petersburg verschluckt und die russische Regierung Schritte gethan haben, um einen Widerruf zu erwirken. Nun das Klingt etwas abenteuerlich, obgleich man der Gesellschaft alles zutrauen kann.

Ueber den Fall Bräufewitz sucht die Reaktionspresse das Publikum systematisch irre zu führen. Sie behauptet, ähnliche Handlungen kämen in allen Ständen vor, und zieht eine Parallele gegen die Offiziere zu eröffnen, sei ungerecht; man eröffne ja auch keine Parallele gegen die Bürger und Arbeiter, wenn einmal ein Bürger und Arbeiter einen Mord oder Todtschlag verübt habe. Das ist eine grobe Verschiebung der Thatfachen. Wenn ein Bürger oder Arbeiter einen Mord oder Todtschlag begeht, so wird es niemand einfallen, dies (anders als psychologisch vom menschlichen Standpunkt) entschuldigen oder gar beschönigen zu wollen. Dies ist aber im Fall Bräufewitz geschehen. Und die Ermordung des unbewaffneten Arbeiters Siepmann durch den bewaffneten Junker Bräufewitz ist von der Junkerpresse sogar als eine Ehre n p s l i c h t bezeichnet worden. Hiergegen hat die empörte öffentliche Meinung sich gewandt. Und mit um so größerem Recht sich gewandt, weil die Kreise, in deren ungesunder Atmosphäre solche Anschauungen gewachsen sind, augenblicklich zu den herrschenden gehören. Das deutsche Volk befindet sich der junkerlichen Standesehre gegenüber jetzt in einer ähnlichen Lage, wie das französische Volk vor Ausbruch der Revolution. Damals nahmen die freien Junker sich bekanntlich das Recht, jedes Bürger oder Arbeitermädchen verführen und beschimpfen, jeden Bürger und Arbeiter, der ihnen mißfiel, niederstrecken oder niederhauen zu dürfen. Das Nähere ist in der Geschichte der französischen Revolution nachzulesen.

Ueber Sozialdemokraten, Bajanette und Kanonen veröffentlicht der bekannte Herr v. Massow, der schon vor einigen Jahren einmal den Staatsreich empfahl, einen wunderschönen Artikel. Er gedenkt betrübt der Zeiten, „als noch der Arbeitgeber seine Arbeiter geschlossen zur Wahlurne brachte, und damit so und so viel Stimmen wog, während er als Wähler heute nicht mehr als sein Hausknecht gilt.“ Daher käme die große Entwicklung der Sozialdemokratie. Und niemand dürfte daran, diese geistig aber mit Gewalt zu bekämpfen. Aber:

„Der einzige Trost, den wir haben, sind die Bajanette und Kanonen unserer Soldaten. Wer giebt und denn aber die Gewähr, daß diese Soldaten auch in weiterer Zukunft für uns und gegen die Sozialdemokratie kämpfen werden? ... Was die Disziplin auch noch so große Wunder wirken, bei zweijähriger Dienstzeit besteht die eine Hälfte des Heeres aus Soldaten, die erst ein Jahr unter der Fahne sind, die andere aus Rekruten. Bei dem jetzigen Fortschreiten der Sozialdemokratie werden nun die meisten vor ihrem Eintritt in das Heer Sozialdemokraten gewesen sein. Selbst wenn es ihren militärischen Vorgesetzten gelingen sollte, sie anderweit zu beeinflussen, so wird die Sinnesänderung doch nicht so weit gehen, daß sie, wenn ihre neu-eingetretenen Kameraden — die an Zahl ebenso stark sind, wie sie — sich dessen weigern, für sich allein auf das Volk schießen und noch viel weniger werden sie ihre Gewehrläufe gegen die Kameraden richten.“

Wie schade, wie schade! — Der Artikel ist erschienen im „Deutschen Wochenblatt“ und das erklärt manches. Hat das „Deutsche Wochenblatt“, das in Gemeinschaft mit dem Abgeordneten Kreutz von dem Bruder des berühmten Schröder, des bekannten, jüngst verurtheilten Galunken herausgegeben wird, doch auch die Schändlichkeiten der Leist, Wehlan, Schröder zc. bedingungslos als Kulturthaten vertreten. Es würde jedenfalls auch an der Niedermehelung von Sozialdemokraten seine helle Freude haben. Daß gegen die obige von Herrn v. Massow an die Wand gemalte „Gefahr“ aber die Gründung von — Jugendheimen helfen würde, wie er es empfiehlt, um dadurch die jungen Leute von der Sozialdemokratie fernzuhalten: das ist doch ein bischen gar zu naiv. Sollte nicht eine den Forderungen der Arbeiter weit entgegenkommende Sozialpolitik doch wirkungsvoller sein, und noch ein besseres Mittel bilden, als die Bajanette und Kanonen der Soldaten und „Jugendheime“?

Rußland als Wohlthäter für Juden. Wer kennt nicht die Geschichte der slavischen Wohlthätigkeitsgesellschaft, unter deren Firma die Ausfände in Boshien, der Herzogowina, in Bulgarien, alle Kämpfe gegen die Türken vorbereitet und gefördert wurden? Nun wo Rußland der beste Freund des Sultans geworden ist, nimmt sich wohl auch gleichen politischen Beweggründen der russische Wohlthätigkeitsklub der armen Juden an. Aus Petersburg wird gemeldet:

Für die von der Miskere betroffene Bevölkerung Indiens finden in allen großen Residenzplätzen Sammlungen statt.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich gestern der Arbeiter Ernst

Jacob vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Es handelte sich um einen durch nicht begründeten rohen Ausdruck, den der Angeklagte gegenüber der Person des Kaisers in Anwendung gebracht hatte. Seine Ausrede, daß er einen Bekannten namens Kaiser habe und die beschimpfende Aeußerung diesem gelten sollte, fand beim Gerichtshof keinen Glauben, der Angeklagte wurde zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Deutsches Reich.

— **Preisnotierungen für Getreide.** Die „Berliner Korrespondenz“ schreibt: Bei der neuerdings im Reichsamte des Innern zwischen Vertretern des Reichs und der Bundesstaaten, in deren Gebieten Wörten sich befinden, stattgehabten Verhandlung über die Ausführung des Börsengesetzes vom 22. Juni 1896 ist auch die Gestaltung der Preisnotierungen für Getreide erörtert worden. Das Börsengesetz sieht für die Kursnotierung an den Produktbörsen Sicherheitsvorschriften vor, welche bezwecken, eine der wirklichen Lage des Börsenverkehrs entsprechende Preisanschreibung herbeizuführen und arglistigen Beeinflussungen der Notizen vorzubeugen. Zur Ergänzung der Börsennotizen ist die Herstellung eines Nachrichtenwesens beabsichtigt, welches die in den Produktionsgebieten des Reichs außerhalb des Großverkehrs der Börsen gezahlten Getreidepreise schnell zur Kenntniß weiterer Kreise bringt. Zu diesem Zwecke sollen die bestehenden Einrichtungen der Marktpreis-Statistik nutzbar gemacht werden, wie sie namentlich für den Bedarf der Militärverwaltung bereits Verwertung finden. Für die Preisanschreibungen werden aus dem gesammten Reichsgebiete etwa 30 bis 40 Ortschaften ausgewählt werden, in denen die Preisbildung, ohne von den täglichen Schwankungen an den Börsenplätzen unmittelbar beeinflusst zu werden, für einen größeren Wirtschaftskreis als typisch gelten kann. Die Marktkommissionen dieser Ortschaften sollen angewiesen werden, die Feststellungen jedes Markttagess alsbald, nachdem sie erfolgt sind, telegraphisch an eine bestimmte Zentralkasse mitzuthellen. Als Getreidegattungen kommen Weizen, Roggen, Gerste und Hafer in Betracht, hinsichtlich deren, soweit thunlich, die für gute, mittlere und geringe Sorte gezahlten höchsten und niedrigsten Preise angegeben sein würden. Vorausgesetzt wird, daß die Marktkommissionen in der Lage sein werden, an jedem Markttag zusammenzutreten und die Feststellung vorzunehmen. Die Mittheilung der Preisfeststellungen jedes Markttagess soll bereits vom 1. Januar 1897 ab geschehen.

In Preußen werden nach der Anweisung zur Notierung der Preise für Naturalien und andere Lebensbedürfnisse vom 27. September 1893 (M. M. S. 249) die Marktkommissionen durch den Gemeindevorstand gebildet und haben ein Mitglied des letzteren zum Vorsitzenden. Sie sind den örtlichen Verhältnissen entsprechend in der Weise zusammenzusetzen, daß den Interessen der Konsumenten und Produzenten möglichst gleichmäßig Rechnung getragen wird. Wo kaufmännische Korporationen oder Handelskammern bestehen, sind Abgeordnete derselben zuzuziehen. In kleineren Marktororten bleibt es dem Ermessen des Gemeindevorstandes anheimgestellt, von der Bildung einer Marktkommission abzusehen und die Obliegenheiten der letzteren selbst wahrzunehmen.

— **Pararrer Bitte** theilt in einer an die Blätter versandten Erklärung mit, daß auch er gegen das vom Schöffengericht gegen Stöcker gefällte Urtheil Berufung eingelegt habe. Einmal, um neue Zeugen zu führen, zweitens, damit es „nicht in die Hand des Herrn Stöcker gelegt ist, ob eine nochmalige Verhandlung stattfindet — er könnte ja seine Berufung hinterher zurücknehmen.“

Bredlau. In der Angelegenheit des Ende August dieses Jahres in der Militär-Schwimmhalle zu Kleinburg extranotenen Karaffiers Walter ist nach einer Meldung der „Volkswacht“ am Sonnabend Abend das Urtheil gefällt worden. Der Schwimmlehrer Unteroffizier Ulrich ist zu vier Jahren Festungshaft verurtheilt, der aufstrebende Lieutenant Saurma-Jellisch auf fünf Jahre im Avancement zurückgesetzt worden. — Das Urtheil unterliegt nach der Befehlung des Kaisers als obersten Kriegsherrn und ist daher vorläufig noch nicht vollstreckbar.

Schwerin i. M., 18. November. Der Bürgerausschuß bewilligte 625 000 M. als Beihilfe zum Kanalbau Ostsee-Schweriner See unter der Bedingung, daß die nach Süden bis zur Elbe weiterzuführende Wassertrasse gleichzeitig und in denselben Dimensionen ausgebaut werde.

Mainz. Amtliches Ergebnis der Reichstags-Ergebniswahl im Wahlkreis Mainz-Oppenheim. Gewählt ist Dr. Schmidt (Zentrum) mit 10 287 Stimmen. Genosse Dr. David erhielt 10 112 Stimmen. Ungültig waren 66 St.

München. Gegen die „Amberger Volkszeitung“ soll wegen unstatthafter Veröffentlichung eines auf ein ehrenrätliches Urtheil bezüglichen Reskripts des Prinzregenten strafrechtlich eingeschritten werden. Das genannte Blatt hält übrigens seine Mittheilung in bestimmtester Form aufrecht.

— **Haberer-Prozesse und Sozialdemokratie.** Wie Münchener Blätter berichten, vergeht jetzt kaum ein Tag, ohne daß nicht ein halbes Duzend „Haberer“ geschlossen in das Münchener Gefängniß eingeliefert werden. Erwähnenswerth sind die aus diesem Anlaß gemachten Bemerkungen des „Bayerland“-Bl. „Aber warum diese drakonische Härte gegen die Anhänger dieser veralteten Volksliste? Um eines groben Unfalls willen hält man hunderte von harmlosen Bauern halbe Jahre lang in Untersuchungshaft und schickt sie dann auf Jahre, im Mindestfalle auf Monate, ins Gefängniß, um — Sozialdemokraten daraus zu züchten. Die Landbevölkerung ist, seit es Staaten giebt, die Grundstücke des Staates gewesen; glaubens- und königstreu, das waren die Attribute der Bauern. Aber, sie waren es; der Sozialdemokratie ebnet man damit die Wege.“

Reichstags-Ergebniswahl im 18. württembergischen Reichstagswahlkreis. Gesamtergebnis: Hofmann (Zentrum) mit 10 556 Stimmen gewählt. Bräule (lib. Volksp.) erhielt 5880, Agler (Soziald.) 1262 und Geß (Nationalliberal) 445 Stimmen. Der Wahlkreis ist alter Zentrumsbezirk.

— **Zum Fall Jung-Stilling** wird aus Karlsruhe noch berichtet:

„Die von drei Polytechnikern, Söhnen angesehenen Karlsruher Familien, bezeugt wird, hat Jung-Stilling, während v. Bräufewitz den Siepmann verfolgte und niederstieß, die Thüre aufgehalten, damit niemand dem Siepmann, der jammerte und schrie, zu Hilfe eilen konnte. Nun ist Jung-Stilling im Militär-Strafverfahren als Haupt-Entlastungszeuge des v. Bräufewitz aufgetreten und als solcher auch verurtheilt worden. Nach § 56 der Straf-Prozessordnung wäre seine Vertheidigung überhaupt nicht zulässig gewesen. Wie man vermuthen muß, hat er aber dem Auditor von dem Thürenhalten nichts gesagt, sonst hätte ihn derselbe doch nicht beidigen können. In diesem Falle wäre aber auch seine beidigte Aussage, weil er seine eigene Vertheidigung verschwie, eine unrichtige.“

— **Der Gouverneurposten von Deutsch-Ostafrika** soll dem Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg angeboten worden sein. Der Herr Herzog ist seit zwei Jahren Vorsitzender der deutschen Kolonial-Gesellschaft, Major und hat bisher keine Gelegenheit gehabt, einen Einblick in die Verwaltungsgeschäfte zu gewinnen. Allerdings hat er vor etwa einem Jahre Ostafrika einen kurzen Besuch abgestattet.

Oesterreich.

Prag. Der Verein böhmischer Zuckerindustrieller hat an die Regierung eine Eingabe gerichtet, in welcher die Regierung gebeten wird, auf diplomatischem Wege der deutschen Regierung unter Hinweis auf die unumgängliche Nothwendigkeit einer gemeinschaftlichen Einschränkung der Zuckerverzeugung zum Zwecke der Gesundung der Zuckerindustrie in beiden Reichen eine dringende Vorlage zur Erwägung zu empfehlen, durch welche die nächste Jahreserzeugung Deutschlands auf 14 Millionen Meterzentner beschränkt wird. — In demselben Gegenstand theilt daß der ungarischen Regierung nahestehende Blatt „Pesti Naplo“ mit, daß das Auswärtige Amt im Einvernehmen mit den beiden Regierungen die diplomatischen Verhandlungen wegen Aufhebung der Zuckerprämien unverzüglich einleiten werde. Zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn haben hierüber schon in früherer Zeit vertrauliche Besprechungen stattgefunden, die zu gewissen Abmachungen geführt haben. Die Ausführung derselben wurde durch die Haltung des Ministeriums Meline verhindert. Da nun die Aktion diesmal von Frankreich ausgeht, sei mit Grund zu hoffen, daß die Politik der Prämien alsbald wird verlassen werden können.

— **Antlicher Duellzwang.** Einem Telegramm der „Frankf. Ztg.“ aus Brünn zufolge löste die Statthalterei den hiesigen Verein deutscher Techniker „Subotia“ auf, weil er jüdische Hörer nicht für satisfaktionsfähig erklärt hatte.

Ungarn.

— Die offiziöse Presse fällt mit den schärfsten Ausdrücken über den österreichischen Ministerpräsidenten Waden her, dem sie vorwirft, seine Schuld sei es, daß in den Auslieferungverhandlungen kein Fortschritt zu verzeichnen sei. Wenn er im österreichischen Parlament keine ausgleichsfreundliche Mehrheit zusammenbringen könne, so möge er gehen.

— **Budapest, 19. November.** Die von den Sozialdemokraten geplanten Massenmärsche am Eröffnungstage des Reichstages sind von der Polizei verboten worden, und zwar unter Androhung der Anwendung von Gewalt.

Frankreich.

Affäre Dreyfus. Die Familie des wegen Landesverrats nach der zu Guyana gehörigen Teufelsinsel deportirten Hauptmanns Dreyfus hatte in der letzten Zeit große Anstrengung gemacht, um das Wiederannahme-Verfahren durchzuführen. Am Mittwoch kam die Sache insolge einer Interpellation vor die Kammer. Man beschloß einstimmig, zur Tagesordnung überzugehen.

— Am 18. November fand in der Generalratssitzung des Seine-Departements bei Besprechung der Subskription eines Beschiedswerkes über die Kommune eine revolutionäre Kundgebung statt. Ein Redner bestieg die Tribüne und hielt eine Lobrede auf die Kommune. Der Präsekt legte Protest dagegen ein. Die Versammlung beschloß jedoch die Anschaffung des Werkes mit 59 gegen 11 Stimmen.

Belgien.

— **Spielwirthschaft, Kongostaat und Invaliditäts-Versicherung.** Dem „H. Corr.“ wird unterm 18. November aus Brüssel geschrieben: Die Spiellubs mehrten sich massenhaft und fördern nicht nur die Spielwuth, sondern auch die Unfruchtlichkeit. Der frühere Justizminister Dejeune wollte durch ein scharfes Gesetz dem ganzen Unwesen ein Ende machen, konnte aber die Zustimmung des Königs nicht erlangen und nahm seinen Abschied. Der König hatte nämlich durchgesetzt, daß dem englischen Salpeterkönig North, eine Finanzhilfe des Kongostaates, zum Dank für in Afrika geleistete und zu leistende Dienste die Lünen bei Ostende abgetreten wurden. North wollte dort „ein zweites Monaco“ schaffen. Die Sache ist jetzt im Gange. Der Sohn North's führt dieses Unternehmen fort. Als Dejeune zum Senator gewählt worden war, brachte er sofort im Senat den von dem König abgelehnten Gesetzentwurf gegen das Hazardspiel ein. Das Ministerium bekämpfte diesen Entwurf als zu radikal; er wurde an einen Ausschuß verwiesen. Inzwischen ist aber die Spielwuth so arg geworden, daß ihr Einhalt gethan werden muß. Der Senatsausschuß ist der Meinung, daß alle Spiellubs beseitigt werden müssen, in zwei Städten aber öffentliche Spielhäuser unter staatlicher Aufsicht zu errichten sind. Die betreffenden Städte sollen 1/4 des Gewinns, 3/4 soll die Kasse für die Invaliden der Arbeit erhalten.

— **Brüssel, 18. November.** In dem Prozeß gegen den Hauptmann Lothaire wegen Bruchs des Eheversprechens wurde der Angeklagte zum Ersatz der Kosten verurtheilt, die dem Fräulein van Hed im Hinblick auf die bevorstehende Verehelichung entstanden sind. Der Gerichtshof ist der Ansicht, daß der Ruf des Fr. van Hed seinen Schaden gelitten habe, da ihr Name im Laufe des Prozeßes nur mit Achtung genannt wurde.

England.

— **Der Melville'sche Spindel und Kronzeug.** Der gegen Bell, das einzig im Polizeineh hängen gebliebene Frischlein von der letzten „großen Verschwörung“, ins Feld geführt ward, um das Märchen vom internationalen Dynamitkomplott nicht gar zu lächerlich erscheinen zu lassen, ist, wie alle diese Fesseln, ein Lump wie er im Buch steht. Er gab vor Gericht zu, daß er sich durch „radikale“ und blutrünstige Reden in das Vertrauen der Genier oder „vereinigten Irländer“ eingelassen und bei der „Verschwörung“ mitgemacht habe — natürlich nur, um sich im Vertrauen seiner Opfer zu halten. Jetzt wird aber bekannt, daß er es war, der die demüthigten Verschwörungen angezettelt, und daß Material, welches er der englischen Polizei lieferte, selber fabrizirt hat. Die wildsten Nord- und Dynamitartikel der „Frischen Welt“ sind von ihm geschrieben. Kurz, die Polizeimache der ganzen „Verschwörung“ ist jetzt schon erwieben, und der bevorstehende Prozeß, falls es der Polizei nicht gelingt, die Sache noch zu vertuschen, wird sensationelle „Entthüllungen“ über das internationale Spindelthum bringen. Der Lump Jones schmeißt inwischen Blut vor lauter Angst, denn er fürchtet, die Irländer würden ihn ermorden. Das ist jedoch eine grundlose Furcht, denn wirkliche Verschwörer, die er verrathen konnte, hat es gar nicht gegeben.

Dänemark.

— **Im Folkething** fand der Antrag auf geheime Abstimmung bei den Wahlen zur Verathung. Von den „Moderaten“ war der eine Theil für das Gesetz, der andere dagegen, der dritte enthielt sich der Abstimmung. Der Antrag wurde mit 66 gegen 11 Stimmen angenommen; 23 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung. Hieraus wurde der Antrag betreffend die Unfallversicherung zur Debatte gestellt. Der Reformantrag wurde nach kurzer Verhandlung einer Kommission überwiesen.

Italien.

Rom. Offiziell wird erklärt, die Medung des „New-Yorker Herald“ über die Beilegung der Streitigkeiten zwischen Italien und Brasilien sei unrichtig und verfräht; die Verhandlungen dauerten noch fort.

— **Mailand, 18. November.** Wie „Il Sera“ erfährt, wird der Kostenfuß, welcher an Menelli für die Unterhaltung der Gefangenen zu zahlen ist, auf 10 Millionen Lire berechnet.

— **Preßnebelung und Korruption.** Der „Frf. Ztg.“ wird aus Mailand geschrieben:

Aus Anlaß der gegenwärtigen Skandale fordert die Presse vor allem, daß die berüchtigten Preßnebel-Paragrafen des Gesetzes Zanartelli aus dem Strafgesetze wieder ausgemerzt werden, ohne welche die öffentlichen Kalamitäten aller Art niemals den gewaltigen Umfang angenommen hätten, den sie leider heute in Italien haben. Was alle Welt weiß, daß ist der Prozeß verboten zu sagen. Sehn Monate Gefängniß ist die geringste Strafe

für einen Redakteur, der über jemanden ehrenrührige Dinge zu sagen wagt, und von diesem dann auf Verleumdung verklagt wird. Das Gesetz erlaubt nicht, den Verth der Beschuldigung zu unterzücken; der Kläger kann die Erlaubnis zur Verbringung des Wahrheitsbeweises verweigern, und so kommt es denn, wie es so vielen Redakteuren geschehen ist: daß sie ins Gefängnis mußten, weil sie einen Gallunten einen Gallunten genannt hatten und trotzdem sie die Beweise für ihre Beschuldigungen in Händen hatten. Die italienische Presse ist in bezug auf die Kritik der sich immer breiter machenden Korruption vollständig verschüchtert und sieht unthätig zu, wie anerkannte Gauner in Amt und Würden sitzen und Herren im Lande sind.

Türkei.

In Konstantinopel sind neuerdings zahlreiche Verhaftungen von Mohamedanern vorgekommen. — Der zur Aburtheilung der bei den Ereignissen des 26. August beteiligten Armenier eingesetzte besondere Gerichtshof verurtheilte den armenischen Bischof der Vorstadt Hosliki zum Tode. Der Kassationshof bestätigte das gegen den armenischen Bischof in Wilis in Folge der Unruhen im vorigen Jahre gefällte Todesurtheil.

Amerika.

Philadelphia, 18. November. Der Kapitän des Freibeuters „Dampfer“ „Caurada“ wurde heute auf Grund von drei Anklagepunkten wegen Unterfütterung der kubanischen Aufständischen unter Anklage gestellt.

Buenos-Aires (Argentinien), 18. November. Die Kammer der Abgeordneten genehmigte eine Zulandssteuer auf Zucker von 6 Centavos per Rilo und eine Ausfuhrprämie von 12 Centavos auf das Rilo Zucker.

Afrika.

Aus Kairo wird dem „Daily Telegraph“ gemeldet, daß der Kriegsminister einen Zuschuß von 40 000 Pfund Sterling über das Budget hinaus verlangt, um die Streitkräfte auf der gegenwärtigen Höhe zu halten; der Finanzminister ist geneigt, diese Summe zu gewähren.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. Bei der Gemeinderathswahl in Gera erhielten unsere Kandidaten 1328—1518 Stimmen, die Gegner 1652—1888. Gegen die vorige Wahl haben unsere Stimmen und die der Gegner ziemlich gleichmäßig zugenommen.

In Zennitz bei Gera siegten in der Arbeiterklasse die sozialdemokratischen Kandidaten. Von 74 insgesamt abgegebenen Stimmen erhielten sie 41—67.

Bei der Gemeinderathswahl in Greiz wurden unsere beiden Genossen Feurkel und Zahn gewählt. Wie berichtet wird, ist dies das erste Mal, daß dort Sozialdemokraten in die Gemeindevertretung einzziehen.

In Zeulenroda (Neuß a. L.) wurden drei Parteigenossen in den Gemeinderath gewählt. Es war das erste Mal, daß unsere dortigen Anhänger mit eigenen Kandidaten auf den Plan traten.

Bei der Gemeinderathswahl in Offenburg in Baden waren von unserer Seite 10 Kandidaten für die 3. Abtheilung aufgestellt. Genosse Adolf Wed errang mit 300 Stimmen die höchste Stimmenzahl, er ist gewählt. Die übrigen Genossen unterlagen mit 267—280 Stimmen den Gegnern, die 281—289, also nur sehr wenig Stimmen mehr erhielten. Die Wahlbetheiligung betrug 62 pCt. Gegen die frühere Wahl haben unsere Stimmen um 60 pCt. zugenommen. Dabei ist noch folgendes zu beachten. Die 3. Klasse zählt 1050 Wahlberechtigte, worunter über 30 pCt. Wahnungestellte, die des auswärtigen Dienstes wegen ihr Wahlrecht zum größten Theil nicht ausüben können. Das reaktionäre Wahlgesetz, das seit 1890 in Kraft ist, schließt die meisten unverheirateten Genossen von der Wahlbetheiligung aus; sehr viele unserer Genossen wählen mit der 2. Klasse. Besonders förderlich war unser Partei der Umstand, daß die Offenburger Genossen mit einem wirksamen Gemeindeprogramm in die Wahlbewegung eintraten.

Bei der Wahl des Vorstandes der Allgemeinen Orts-Krankenkasse in Koburg siegten in der Klasse der Arbeitervertreter die sozialdemokratischen Kandidaten, obwohl in der Generalversammlung, die die Wahl vornahm, das gesammte Beamtenpersonal des bezüglichen Hofes zugegen war und für andere Kandidaten stimmte.

Die Reichstags-Kandidatur für den Kreis Jüterbog-Luckenwalde-Zauch-Bezig hat Genosse Fritz Gerischer in Luckenwalde niedergelegt, um, wie er erklärt, den fortwährenden Nebenarbeiten eines Theils der dortigen Genossen ein für alle Mal ein Ende zu machen.

Ein Mißbiß. Sechs Jahre waren am 15. November seit der Gründung des „Proletariats“ aus dem Eulengebirge verfloßen. Aus den kleinsten Anfängen enthanen, hat das Blatt jetzt die für ein zweimal wöchentlich erscheinendes Blatt respektable Auflage von 5750 Exemplaren erreicht. Wie schwer es um seine Existenz hat kämpfen müssen, möge man daraus ersehen, daß unter dem Redakteur Max Baginski 6 Beschlagnahmen erfolgten und Baginski zu 2 Jahren Gefängnis verurtheilt wurde, wovon er nahezu 14 Monate verbüßte. Redakteur Euz hatte 3 Monate 14 Tage Gefängnis zu erdulden, während Redakteur Kuhn mit einer Beschlagnahme und 510 M. Geldstrafe davonkam. Unter der Redaktion des Genossen Feldmann wurde das Blatt sechsmal konfisziert. 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, wozu sich noch mehrere Wochen Untersuchungshaft gesellen, gaben ihm Gelegenheit, über die deutsche Pressefreiheit nachzudenken. An Geldstrafe hatte Feldmann 908 M. zu zahlen. Unzählige sind die Vernehmungen, die zu einer Verurteilung nicht führten, den Redakteuren aber eine Menge Scheereereien machten.

Aus Oesterreich-Ungarn. Unsere slavischen Partei-Organe „Novy Hobornik“ und „Napredok“ veröffentlichen die Berichte über die sozialdemokratischen Parteitage in Oesterreichisch-Schlesien, Ost- und Westgalizien. Die Berichte zeigen, daß die Partei eine sehr tüchtige Agitation unter der Landbevölkerung betrieben hat und sich für die kommenden Reichstagswahlen rüstet. Es wurde beschlossen, im ganzen Lande Sammlungen für den Wahlfonds einzuleiten, zahlreiche Wahlbesprechungen abzuhalten und Wahlkomitees einzusetzen. Auch unter den Juden schreitet die Agitation vorwärts; zur Förderung derselben erscheint ein Parteiblatt im jüdischen Jargon.

In Budapest steht es um die sozialdemokratische Bewegung unter den deutschen Arbeitern schlecht, während sie unter den Ungarn Fortschritte macht. In früheren Jahren bildeten die Deutschsprechenden das Gros der Genossen, keine Versammlung konnte ohne deutsche Sprache sein; jetzt dagegen ist es, wie die Neue Budapester Volkstimme“ mittheilt, bereits überflüssig, in Versammlungen deutsch zu sprechen. Ebenso macht das ungarische Parteiblatt Fortschritte, während das deutsche im Rückgang begriffen ist.

Vollständiges, Gerichtliches etc.

— Gegen den Verfasser der Erzählung „Der Nazarener“ in der „Neuen Welt“, Schriftsteller L. Salomon-Essen, sowie gegen den Redakteur der „Neuen Welt“, Edgar Steiger, ist nun vor dem Landgericht Leipzig auf Grund des § 168 des Strafgesetzbuchs und des § 20 des Pressgesetzes das Strafverfahren eröffnet worden. Paragraph 168 handelt von der Gotteslästerung und lautet, so weit er hier einschlägt: „Wer dadurch, daß er in beschimpfenden Ausdrücken Gott lästert, ein Kergerniß giebt, oder wer öffentlich eine der christlichen Kirchen — oder ihre Einrichtungen und Gebräuche beschimpft — wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.“ Wie dieser Paragraph auf die inkriminierte Erzählung passen soll, das ist uns thausächlich ein Räthsel.

— Die Verurteilung unseres Genossen Richard Witttrich in Dresden zu 6 Monaten Gefängnis erfolgte

wegen dreier Artikel der „Sächs. Arb.-Ztg.“ Im ersten Artikel war der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt die Verschleppung einer Sache zur Last gelegt, während die Schuld der Gemeindevorstand in Lößtau trug; die Amtshauptmannschaft fühlte sich dadurch beleidigt. Ferner soll durch diesen Artikel der der Amtshauptmannschaft unterstehende Brigadier Restmann beleidigt sein, der mit dem in Lößtau stationirten Wachtmeister Reinhold verwechselt worden war. Restmann soll ferner durch die beiden anderen Artikel, also im ganzen dreimal beleidigt sein. Die beiden letzten Artikel betrafen das Aufstreten Restmann's bei der Ueberwachung von Versammlungen. Das Urtheil gegen unsern Genossen Witttrich lautet, wie schon bemerkt, auf 6 Monate Gefängnis; die Beleidigung der Amtshauptmannschaft wurde mit 2 Monaten, die des Gendarmen-Brigadiers Restmann mit zweimal 3 Monaten bestraft, welche Strafen dann in eine Gesamtstrafe von 6 Monaten zusammengezogen wurden. Das Strafmaß ist selbst für die sächsische Justiz auffällig hoch; wegen Beleidigung des sächsischen Gesamtministeriums hat man Witttrich seinerzeit nur zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt, die Beleidigung des Gendarmen wird mit einer doppelt so hohen Strafe geahndet. Die „Sächs. Arb.-Ztg.“ bemerkt zu dem Urtheil u. a.: Ein Gendarmen-Brigadier, der regelmäßig Versammlungen überwacht, löst Versammlungen auf aus Gründen, die bei allen mit nur einiger Geschehenntnis ausgerüsteten Leuten allgemeines Kopfschütteln erregen. In der einen Versammlung erklärt er, daß er es nun satt hätte, die Versammlung dauere schon drei Stunden; die andere löst er auf, weil das Fenster aufsteht oder weil ein Redner eine schwere Beleidigung ausgesprochen habe durch die Behauptung, daß die Fürsten im Mittelalter Kirchengut geraubt haben u. s. w. Die Presse, die die Aufgabe hat, solche Mißstände öffentlich zu rügen und für ihre Abstellung zu sorgen, nimmt sich der Sache an, kritisiert das Verhalten der Beamten, und anstatt ihr nun Dank zu wissen dafür, daß sie auf Beobachtung der Gesetze drängt, saßt man den Redakteur und steckt ihn wegen Beleidigung des Gendarmen auf Monate ins Gefängnis. Der Beamte aber wird ruhig weiter zu dem Dienste verwendet, zu dem er sich so wenig geeignet erwiesen hat, und die Staatsbürger müssen weiter gewärtig sein, in Ausübung ihres Versammlungsrechtes in unzulässiger Weise beschränkt zu werden.

— Wegen Beleidigung eines Herrn Peiler, Mitglieds des Banter Konsumvereins, wurde der Redakteur und Verleger des „Norddeutschen Volksblatt“, Genosse Paul Hug, vom Schöffengericht zu 100 M. Geldstrafe und den Kosten verurtheilt.

— Genosse Storch in Stettin sollte ohne Genehmigung der Polizei ein öffentliches Vergnügen abgehalten haben. Es handelte sich um ein Vergnügen eines Bahvereins, wozu eingeführte Gäste gegen Entree theilgenommen hatten. Vor dem Schöffengericht beantragte der Amtsanwalt selber Freisprechung. Das Gericht erkannte demgemäß.

— Daß der Boykott kein spezifisch sozialistisches Kampfmittel ist, wird jetzt, wenn es nach dem „Bresl. Generalan.“ geht, an dem Margarinefabrikanten Mohr bewiesen werden. Herr Mohr hat bekanntlich eine ganze Anzahl von Zeitungen — es sollen mehr als 300 sein, darunter auch der „Vorwärts“ — wegen einer Notiz verklagt, die ihn des unanständigen Wettbewerbs bezichtigt. Man will herausgebracht haben, daß es eine Annoncen-Expedition gewesen sei, die Herrn Mohr alle diejenigen Zeitungen bezeichnen habe, die die Notiz brachten. Das Breslauer Blatt preist ihren über ein derartiges Vorgehen erlassenen Born in folgende Worte: „Die Annoncen-Expedition lebt von den Zeitungen, Herr Mohr's Margarine wäre lange nicht so bekannt, wenn die Zeitungen nicht Reklame für sie gemacht hätten — nun, wir werden jetzt auch dafür sorgen, daß der persönliche Ruhm des Herrn Mohr, der doch so gern berühmt sein möchte, der Welt verländet wird. Der Schaden der von Herrn Mohr verlagten Zeitungen ist es nicht, wenn sie ihn hierauf der verdienten Vergessenheit anheimfallen lassen.“ Herr Mohr hat übrigens, wie das „Hamb. Echo“ mittheilt, mehrere Klagen gegen nationalliberale Blätter zurückgezogen.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Zimmerer Verlus! Die Sporre über das Baugeschäft von Saar u. Walz, Plaz Sandstraße, ist hiermit aufgehoben; der Stundenlohn von 55 Pf. wird seit Donnerstag wieder gezahlt. Die Lohnkommission.

Achtung, Zifelenre! 16 Kollegen der Firma Gladenbeck Aktiengesellschaft in Friedrichshagen haben die Arbeit wegen Uprozentiger Lohnreduktion niedergelegt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Soziales.

Ein schreckliches Unglück, das die öffentliche Aufmerksamkeit wieder in erhöhtem Maße auf die Verbesserungsbekürftigten Zustände im Bergbau lenkt, wird aus Becklinghausen in Westfalen gemeldet. Auf der Zeche General Blumenthal sind gestern durch Explosion schlagender Wetter viele Arbeiterleben vernichtet worden. Bis 1 Uhr mittag wurden, nach Angabe des Woffischen Bureau's, 25 Leichen ans Tageslicht befördert, und 40 bis 50 Bergleute waren zu diesem Zeitpunkt noch in der Grube eingeschlossen, von deren Schicksal man nichts wußte. Nach einem uns aus Bochum zugegangenen, um 4 Uhr 52 Minuten abgegangenen Privattelegramm betrug bis dahin die Zahl der Todten 80. Die Verunglückten sind meist Familienväter. Wir wollen hoffen, daß wenigstens die übrigen Bergleute gerettet werden können, nicht alle dem tödlichen Element zum Opfer gefallen sind. Daß diese neueste Grubenkatastrophe endlich zur Einführung ausreichender Sicherheitsvorkehrungen in den Gruben den Anlaß geben wird, das zu vermuten, wäre natürlich der Gipfel des Optimismus. Ausreichend vor Explosionen schützende Wetterführungen kosten so viel Geld, daß nur ein gegen die Interessen des patriotischen Grubenkapitals abgestumpftes, vollständig verhärtetes Sozialdemokratengemüth dergleichen wahnsinnige Verlangen äußern kann. In einem Zeitalter, wo ein Mann von der Einfachheitsliebe des Herrn v. Stumm Tempo und Umfang der Sozialpolitik bestimmt, hat der Bergmann von den herrschenden Klassen solch ausreichende Sicherung seines Lebens und seiner Gesundheit ebensovienig zu erwarten, wie diese herrschenden Klassen die Verpflichtung fühlen, seinen elenden Lohn ordentlich aufzubessern und seine lange Arbeitszeit auf das erträgliche Maß herabzusetzen. Anschlag an die Organisation der Arbeiter — an die berufliche wie an die politische — darin allein liegt das Heil auch des Bergarbeiters. Erst wenn die Bergleute Deutschlands durch die Organisation eine Macht geworden sind, wird man ihre Wünsche in dem erforderlichen Maße berücksichtigen.

In später Abendstunde gingen die folgenden Depeschen ein: Becklinghausen, 19. November. (W. L. B.) Die Gesamtzahl der bei dem Grubenunglück auf der Zeche „General Blumenthal“ getödteten Bergarbeiter beträgt jedenfalls nicht über 80. Die übrigen Vermissten haben sich angefundnen, die Verunglückten sind meistens Familienväter.

Essen a. d. Ruhr, 19. November. Zu dem Grubenunglück auf der Zeche „General Blumenthal“ berichtet die Rhein-Westf. Zeitg.“ weiter: Die Explosion fand auf der vierten Sohle des ersten Flözes statt. Bisher wurden 24 Todte, darunter 1 Betriebsführer geborgen. Fünf sind verlegt und einer wird noch vernicht. Die genaue

Bestimmung der Ursache der Explosion hat noch nicht erfolgen können; muthmaßlich sind es schlagende Wetter gewesen. Die Wetterführung funktionierte tadellos.

Das Tarifamt für Deutschlands Buchdrucker versendet eine Mittheilung an die Presse, darunter auch an den „Vorwärts“, worin die Behörden und der einsichtsvollere Theil des Publikums ersucht werden, ihre Aufträge nur solchen Druckereien zuzuwenden, die den allgemeinen deutschen Buchdrucker tarif anerkennen und ihre Gehilfen danach bezahlen. Bis jetzt ist, nach Angabe des Tarifamts, der Tarif von 1820 Firmen mit 18 000 Gehilfen anerkannt.

Unter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ist es schon längst Brauch, ihre Druckfächer in den Geschäften herstellen zu lassen, wo der Tarif bezahlt wird. Auch hierin bieten die Sozialdemokraten den Behörden und dem bürgerlichen Publikum ein nachahmenswerthes Beispiel.

Kennzeichnend für die Agitation der Bäckermeister gegen die bekannte Bundesratsverordnung ist das Verfahren des Freien Deutschen Bäckerverbandes. Er hat Fragebogen an die Meister versandt, worin unter Punkt 6 gefragt ist:

Sind Ihre Gehilfen für den Maximalarbeitstag ein- genommen?

... Gehilfen sind gegen den Maximalarbeitstag.

... Gehilfen sind für den Maximalarbeitstag.

Diejenigen Ihrer Gehilfen, welche gegen den Maximal-Arbeitstag sind, wollen Sie untenstehend gefälligst unterzeichnen lassen.

Der einzelne Bäckergehilfe soll dann folgendes Schema unterschreiben:

„Unterschriftsbene Bäckergehilfen, beschäftigt bei dem Bäckermeister in erklären kraft ihrer Unterschrift, daß sie mit der Verordnung über den Maximal-Arbeitstag in den Bäckereien absolut nicht einverstanden sind.“

Natürlich werden die wenigsten Gehilfen wagen, entgegen der Meinung ihres Ausbeuters für den Maximal-Arbeitstag zu stimmen, weil sie andernfalls fürchten müssen, auf die Straße gesetzt zu werden. Daß auf solche Weise zu stunde kommende Material, das der Regierung und den Reichstags-Abgeordneten zugesandt werden soll, hat demnach gar keine Bedeutung.

Dem städtischen Arbeitsamt in München, das am 1. November ein Jahr bestand, wird in der „N. M. G.“ das Zeugniß ausgestellt, daß es sich muster-giltig bewährt hat. Diese Anerkennung ist deshalb beachtlich, weil die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ zu den Blättern gehört, die die Thätigkeit der Arbeiter in öffentlichen Instituten, wie den Gewerbegerichten und Orts-Krankenkassen, sowie in den Gemeinde- und Landes-Verwaltungen, gewohnheitsmäßig verunglimpft. Das Münchener Arbeitsamt wird aber ganz in derselben Weise geleitet, wie es bei den Gewerbegerichten üblich ist, nämlich durch eine zur Hälfte aus Unternehmern und Arbeitern bestehende Kommission, der ein Unparteiischer — der Vorsitzende des Gewerbegerichts — präsident.

Versammlungen.

Die Freie Vereinigung der Zeitungs-Spediteure und Händler hielt am Montag, den 18. November, ihre Monats-Versammlung ab, in welcher verschiedene das Zeitungsweesen betreffende Fragen zur eingehenden Besprechung kamen. Der Vorsitzende, Spediteur Schäfer, theilte mit, daß der Vorstand mit der „Volks-Zeitung“ in Verbindung getreten sei, um auch den Spediteuren zu gestatten, die Ausgaben, welche den Arbeitsmarkt enthält, für 5 Pf. verkaufen zu können. Das Resultat steht noch aus. Dann seien mit dem „Lokal-Anzeiger“, der den Straßenverkauf auf 10 Pf. pro Exemplar erhöhen will, Verhandlungen eingeleitet. Umtausch soll nicht gestattet werden. Der Verleger des „L. A.“ Herr Scherl feuere jedensfalls auf das dritte hunderttausend Abonnenten los, denn der Straßenverkauf würde sich — natürlich wieder zum Nachtheil der Spediteure — vermindern. Die Antwort des Herrn Scherl steht noch aus. Auch mit der „Vossischen Zeitung“ schwebten wegen des Preises der Nichtabonnements Verhandlungen. Auch hier seien die Spediteure am Ende diejenigen, denen man das Risiko zu tragen ausbilden wolle. Eine recht lebhaft Debatte rief die Mittheilung hervor, daß der Verleger des „Lageblatt“ und der „Morgen-Zeitung“, Herr Rudolf Mosse, eine eigene Expedition einzurichten gedenkt. Spediteur Schönbach ist beschäftigt sich in längerer Rede mit dem Projekt des Herrn Mosse, das geeignet sei, eine Menge kleiner Spediteure zu ruiniren; wahrscheinlich habe man im „Lageblatt“ etwas von dem Arbeiterblatt, dem „Vorwärts“, in bezug auf Vernichtung kleiner Expeditionen, wie sie durch die famose Parteispedition geübt werde, gelernt. (?) Die Spediteure aber, das könne man heut schon Herrn Mosse versichern, würden sich ganz verteuert wehren. In Volksversammlungen, Flugblättern und am Ende gar durch die Anschlagssäulen werde man das Publikum aufklären. (Beifall.) Auch von anderer Seite wurde an der geplanten Privatpedition herbe Kritik geübt.

Wilmersdorf. Am Sonntag Nachmittag tagte hier in Klingenberg's Volksgarten eine Versammlung, in der Ostermann-Nigboß über den Gothaer Parteitag referirte. Eine Resolution, welche sich mit den auf dem Parteitage gefaßten Beschlüssen einverstanden erklärte, wurde einstimmig angenommen. Dem Bericht des Vertrauensmannes Reuter war zu entnehmen, daß seitens der Genossen zwei Agitationstouren unternommen wurden und drei Volksversammlungen stattfanden. Die Einkünfte beziffern sich auf 492.87 M., die Ausgaben auf 428.05 Mark, bleibt Bestand 64.82 Mark. Nachdem Genossen Reuter auf Antrag der Revisorin Debarge ertheilt war, wurde derselbe einstimmig als Vertrauensmann wieder gewählt. Dem Bericht der Lokalkommission gab Elias Auser den beiden zur Verfügung stehenden Lokalen, Klingenberg's Volksgarten und Seeschlösschen, wurde uns noch als drittes von „V.“ Lokal zur Verfügung gestellt. Da jedoch der jetzige Inhaber keine bestimmte Zusage ertheilen konnte, beschloß man, dieses Lokal von neuem zu sperren. Hierauf wurden Nerre, Greß und Gollmer in die Lokalkommission gewählt. Unter Verschiedenem gelangten einige Mißstände im Schulwesen zur Besprechung. Zum Schluß ersuchte Nerre alles Material, welches zur Errichtung eines Gewerbegerichtes für Wilmersdorf geeignet erscheint, an seine Adresse: O. Nerre, Pfalsburgerstraße 67, Hofpart., zu richten, um es dem Gemeindevorstand übermitteln zu können.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Gießen, 19. Nov. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stichwahl im 1. bezüglichen Reichstags-Wahlkreis wurde Köhler (Reform.) mit 9000 Stimmen gewählt. Unser Kandidat Genosse Schmidtman erhielt 4800 Stimmen. Die bürgerlichen Gegner stimmten geschloffen gegen den Sozialdemokraten. Trotzdem hat unsere Partei im Vergleich zur Hauptwahl eine Zunahme von 1427 Stimmen zu verzeichnen.

Marburg (Bez. Kassel), 19. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Am Freitag soll ein Pistolenduell in der Nähe Marburgs zwischen Kassel's Offizieren stattgefunden haben. Die Ursache soll die Beleidigung einer Dame sein.

Paris, 19. November. (W. L. B.) Heute Nachmittag fand das Duell zwischen dem Abgeordneten Legrand und dem sozialistischen Redakteur Turot statt; letzterer wurde durch einen Säbelstich am Arme verwundet.

Bresl., 19. November. (W. L. B.) Nach einem an die Seebehörde aus Donauerns eingegangenen Telegramm sank das Torpedoboot 89 infolge eines Zusammenstoßes mit dem Torpedoboot 81 bei dem Cap de la Chèvre. Das Schicksal der Besatzung ist noch unbekannt.

Reichstag.

128. Sitzung vom 19. November 1896, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Fürst zu Söhenlohe, v. Bötticher, Schönstedt, v. Gopler.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf betreffend Abänderung des Unfallversicherungs-Gesetzes.

Der Oberstaatsanwalt in Breslau beabsichtigt gegen den Abg. Radwanski ein ehrengerichtliches Verfahren zu eröffnen und sucht dazu die Ermächtigung des Reichstages nach. Das Schreiben wird der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der Beratung der Interpellation Mundel und Genossen wegen der Duellfrage und des Falles v. Bräsewicz.

Bayerischer Bevollmächtigter Ministerialrath von Keller: Der Abg. Bebel hat vorgelesen auf Grund einer Zeitungsnachricht behauptet, daß von dem Ehrengericht in Würzburg ein katholischer Rechtspraktikant, der zugleich Referent war, zur Annahme eines Säbelduells aufgefordert sei und daß der Vorsitzende des Ehrengerichts ein bayerischer Staatsanwalt war. In dem Zusammenhange, in welchem diese Mitteilung gemacht wurde, enthält sie einen schweren Vorwurf gegen einen Staatsanwalt und mittelbar gegen die königliche Staatsregierung. Die Nachricht, auf welche sich Herr Bebel stützte, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Die Zeitung, welche die erste Nachricht über das angebliche Vorkommniß gebracht hat, hat am 12. Mai dieses Jahres eine Berichtigung gebracht und die übrigen Blätter, welche jene Nachricht abgedruckt haben, gebeten, jenen Irrthum ebenfalls zu berichtigen. Ich kann nur bedauern, daß der Abg. Bebel von der falschen Nachricht, nicht aber von der Berichtigung Notiz genommen hat. (Beifall.)

Abg. Graf Bernstorff (Rp.): Es wäre sehr erfreulich, wenn gesetzliche Bestimmungen das Duell einschränken würden. Denn die Pistole kann nur den Verleumder zum Schweigen bringen, aber nicht die Welt von der Richtigkeit der Verleumdung überzeugen. Es müßte durch eine ehrengerichtliche Verhandlung die Verleumdung aufgeföhrt werden. (Beifall rechts.)

Abg. Nickerl (fr. Vg.): Den ungünstigen Eindruck, den die Rede des Kriegsministers gemacht hat, hat das Lesen derselben beseitigt, die Nothwehr steht danach nicht im Zusammenhang mit dem Falle Bräsewicz. Daß das Offizierkorps den Fall ebenso bedauert, wie jeder andere, ist selbstverständlich. Der eine Fall kann nicht dem ganzen Stande zur Last gelegt, aber er sollte auch von niemandem beschönigt werden. Erhalten mußten des Ministers Mittheilungen über den Charakter des Getödeten erregen, er hätte damit ebenso warten sollen, wie er uns anforderte, mit unserem Urtheil über Bräsewicz zu warten bis zur Beendigung des Prozesses. Nicht die Karlsruher Muthat an sich hat Aufsehen erregt, sondern der ganze Zusammenhang derselben mit anderen Dingen. Durch die einzelnen Zeitungsartikel wird das Volk nicht erregt. Von einer Verhöhnung durch die Presse kann keine Rede sein; es sind doch nicht leichtsinnige Leute, welche die von Gotha ausgehende Petition unterschrieben haben. Man findet darunter die Namen von hochgestellten Beamten. Durch die Maßregeln, welche der Reichskanzler in Aussicht gestellt hat, wird ein großer Fortschritt gemacht werden. Ich wünsche, daß die eingesezte militärische Kommission recht schnell arbeiten und ihre Arbeiten bald die allerhöchste Bestätigung finden würden. Die Sitte muß dann weiter zur Beseitigung des Duells beitragen. 1894 erklärte der bayerische Kriegsminister, daß den Aspiranten, welche das Duell grundsätzlich verweigern, der Zugang zu den Offiziersstellen nicht versperrt werden soll, daß ferner Offiziere nicht aus dem Offizierstande ausgeschlossen werden sollen, weil sie das Duell verwerfen. In Preußen bestehen leider solche Bestimmungen, welche das Duell erzwingen; ich erinnere nur an unsern verstorbenen Freund Hinz. Der Kataklysmus, der in den Kadettenanstalten gebraucht wird, verurtheilt das Duell als unchristliches Faustrecht. Nicht so erfreulich war die Erklärung des Reichskanzlers, daß wir abwarten sollen, welchen Erfolg die Aenderung über die Ehrengerichte haben werde. Das heißt die ganze Reform, die eine unbedingte und bringende ist, die von der Gesamtheit des deutschen Volkes erwartet wird, verschleppen. Jeder Monat, jedes Jahr, welches hingehet, ohne Abhilfe zu bringen, wird Verbitterung und Verwirrung der Rechtsverhältnisse herbeiführen. Auch die kirchlichen Körperschaften verlangen sofortige Abhilfe. Es ist doch nicht so schwierig, die gesetzgeberische Gestaltung dieser Frage vorzunehmen. Redner verweist auf die Rede des Professors Kaufmann auf der Provinzial-synode zu Breslau, der das Duell als das Recht der Rindvieh in Glacehandschuhen bezeichnete. Die Ansicht theile das Volk, und es ist bedauerlich, daß noch immer Leute von Verstand und Bildung sich diesen Vorurtheilen unterwerfen aus gesellschaftlichen Gründen. Ein parlamentarisches Duell hat nicht mehr stattgefunden; wir sind dazu — ich glaube das mit Erlaubniß des Grafen Mirbach sagen zu dürfen — zu vernünftiger. Und was vertragen wir nicht im Parlament in der Hitze des Gefechts! Die parlamentarischen Gebräuche werden sich schließlich auch außerhalb des Parlaments geltend machen. Ich werde mir erlauben, zu beantragen, den Antrag Mundel wegen Aenderung des Strafgesetzbuches bezüglich des Duells auf die Tagesordnung zu legen, damit er an eine Kommission verwiesen und ein Beschluß des Reichstages herbeigeföhrt werden kann. Die Anschauungen über das Duell in den sogenannten besseren Ständen müssen geändert werden. Die Gesetze anderer Staaten, in Oesterreich, Rußland u. s. w., sind viel strenger als unsere Gesetze.

Ueber eine Verschärfung der Beleidigungsstrafen können wir nicht so leicht hinweggehen. Einkreisen neige ich mehr zur Ansicht des Abg. Bebel, der eine solche Verschärfung nicht will. Wenn die Strafen für das Duell den Strafen für die ähnlichen Verbrechen angenähert würden, wenn die Begnadigungen, für welche die Minister verantwortlich sind, wegsäßen, dann wird bald eine Besserung eintreten. Wenn Friedrich der Große einen Kongreß der europäischen Fürsten für notwendig erachtete zur Beseitigung der barbarischen Sitte des Duells, wenn er die Duellanten entehren wollte, so sollten in der heutigen Zeit der vorgeschrittenen Zivilisation die Parlamente die Forderung dringend und nachdrücklich erheben, daß die Duelle beseitigt werden. Entweder haben Sie die Kraft, diesen Anschauungen der oberen Zehntausend rücksichtslos entgegenzutreten, oder Sie werden in der Masse, in den Millionen eine Erbitterung hervorrufen, die wahrhaftig nicht zu gunsten unsers Staates sein wird. Ein Gesetzesparagrah gilt soviel wie der andere, wenn aber ein Paragrah nur für eine bestimmte Klasse der Bevölkerung Geltung haben soll, können Sie sich nicht wundern, wenn auch die Anschauung über die Paragraphen, welche den Staat schützen sollen, lockerer wird und man auf diesem Gebiet zur „Nothwehr“ schreitet. Derartige Dinge dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden; die öffentliche Meinung ist darüber erregt, die Bewegung kommt von innen heraus und wird sich nicht mehr beruhigen, bis nicht diese Ungleichheit beseitigt ist. Darum hoffe ich, daß Sie den Antrag Mundel bald beraten und an eine Kommission überweisen werden, damit wir gesetzlich unsere Forderung per majora im Namen des Deutschen Reiches stellen. (Beifall links.)

Bayerischer Bevollmächtigter Generalmajor Reichlin von Meldegg: Der Abg. Nickerl hat sich auf eine Aenderung des bayerischen Kriegsministers in der bayerischen Abgeordneten-kammer vom 20. Januar 1894 bezogen und daraus abgeleitet, daß die Behandlung ehrengerichtlicher Angelegenheiten in der bayerischen Armee anders, nach seiner Anschauung günstiger sei als in Preußen, und er hat den bayerischen Verhältnissen besonders Lob gespendet, ein Lob, das an sich dankbar akzeptirt werden kann, das aber hier mit besonderer Vorsicht aufzunehmen ist; denn es zielt wohl hauptsächlich darauf ab, die gleichen Verhältnisse im preussischen Offizierkorps als minder gut erscheinen zu lassen und in einen vermeintlichen Gegensatz zu unseren Verhältnissen zu bringen. Die ehrengerichtlichen Bestimmungen in Bayern sind vollkommen die gleichen wie in Preußen und bei den übrigen Bundes-Lontingenten, wie auch die Auffassung, welche in dem von mir jüngst berührten Spezialfalle zur Korrektur des ehrengerichtlichen Verfahrens geführt hat, nach der Erklärung des preussischen Herrn Kriegsministers vollkommen übereinstimmt mit den biesigen Anschauungen.

Abg. v. Hohenberg (Welfe): Den optimistischen Auseinandersetzungen des Grafen Bernstorff kann ich mich nicht anschließen. Was vom Bundesrath gesagt worden ist, wird nicht in großem Maße dazu beitragen, die Zahl der Anhänger des Duells zu vermindern. Wir sollten uns das österreichische Muster aneignen, die Duelle mit dem Säbel zulassen, und die Referentoffiziere sollten den Ehrengerichten ihrer Regimenter unterstellt werden, nicht den hauptsächlich mit Rücksicht auf die Ersparniß an Reisekosten gebildeten Ehrengerichten der Bezirks-kommandos. Ein weislicher adliger Guttsbesitzer könnte z. B. in erregten Wohlgeiten einem Ehrengericht unterstellt werden, dem nur nationalliberale Hofbesitzer angehören (Heiterkeit); im gewöhnlichen Leben würden solche Richter als besangen abgelehnt werden können. Die Last, zu verleumden und zu beleidigen, wächst immer mehr an in Deutschland und darin liegt der Hauptgrund, daß zur Selbsthilfe im Duell gegriffen wird. Wie sieht es bei den Parteien? Wenn Herr Bebel mit gutem Gewissen redet, so spricht er gut. Wenn er aber mit schlechtem Gewissen redet, dann wird seine Rede zur Manie, denn er kann nicht den einzelnen Fall verallgemeinern; im Laude geschieht das aber und die Presse wirkt verheerend. Die Nationalliberalen haben jeden Katholiken oder Welfen als Reichsfeind verhasst und jede Schauernachricht wurde von der Presse verbreitet. Auch die weisliche Presse hat es vielleicht mit der Ehre ihrer Mitmenschen nicht genau genommen. Aber das war schließlich im Kampf und eine gewisse Nothwehr. Als evangelischer Christ muß ich mit Beschämung annehmen, daß die katholische Partei und Presse sich nach den Vorschriften ihrer Kirche richten. Die Rechtsparteien konnten dafür sorgen, daß ihre Presse sich von Verleumdungen freihalte. Der Fürst Reuß a. V. (Heiterkeit) — ich hätte nicht geglaubt, daß sich hier im Hause Heiterkeit bei Nennung des Namens erheben würde; der süße Böbel aller Parteien reißt sich daran. Aber wenn der „Reichsbote“ eine Nachricht über Reuß in die Welt setzte, die den Stempel der Verleumdung an der Stirn trug und in der eine Denunziation enthalten war, so ist es an der Zeit, gegen eine solche Presse einzuschreiten. Wer seinen Gegner beleidigt, sich aber jeder Verantwortung entzog und seine Gegner mit gedruckten Strafanträgen verfolgte, das war der Fürst Bismarck. (Sehr gut! links.) Die Presse ist gar keine Macht. Heute am Ende des liberalen neunzehnten Jahrhunderts steht die Monarchie noch so fest und gilt das Wort des Monarchen noch so viel, daß ein Einschreiten von allerhöchster Stelle dem Duellwesen ein Ende machen kann. Das eine Aenderung des Kaisers hier nicht kritisiert werden soll, ist eine preussische Erfindung; in anderen Staaten Deutschlands gilt dieser Grundsatz nicht. Ich will keine Aenderung heute herbeiföhren. Aber ich richte an die allerhöchste Stelle die Bitte, mit einem Nachwort einzutreten. Nur so wird ein Resultat zu erwarten sein.

Abg. Leuzmann (fr. Vp.): Ich muß den Vorwurf, daß die Presse und daß wir hier im Parlamente verheben sollten, entschieden zurückweisen. Wir wollen nicht verheben; wenn wir das gewollt hätten, hätten wir den Fall Bräsewicz gesondert behandelt, dann hätte man ihn ausbilden können wie seinerzeit den Fall Peters. Wenn hunderttausend Deutsche sich zur Unterzeichnung einer Petition entschlossen haben, so beweist das, daß der Fall stark genug ist, die Entrüstung zu erregen, ohne daß es einer Verhehung bedürfte. Allerdings haben sich einzelne Freiglinge geweigert, die Petition zu unterzeichnen, weil sie eine Schädigung ihrer Karriere befürchteten. Das eine solche Rindgebung oben verstimmt, zeigt die Beschlagnahme des illustrierten Blattes „Reporter“ auf höhern Befehl, ohne richterliche Mitwirkung. (Zuruf des Abg. Frohne: Soweit sind wir also schon gekommen!) Es wird immer schöner mit dem Respekt, den die Regierer haben sollten vor den bestehenden Vorschriften und Gesetzen. Auf der technischen Hochschule hat man über die Abschaffung der Duelle abgestimmt, die Abstimmung fiel negativ aus; ein Redner sprach aber davon, man dürfe die Duelle nicht abschaffen, denn der Kaiser habe selbst gepunkt und billige das Institut des Duells. (Hört! links.) Das wurde zu der Zeit gesagt, als der Vertreter des Kaisers hier erklärte, daß das Duell nicht zu billigen sei. Der junge Mann, der vielleicht noch nicht das strafwürdige Alter erreicht hat, hätte sich überlegen sollen, daß in seinen Aeußerungen fast eine Majestätsbeleidigung liegt, und daß nicht der Wille des Königs die ultima ratio eines vernünftigen und besenden Menschen ist. (Sehr richtig! links.) Das Abwarten, welches der Reichskanzler uns anrath, ist immer das Trostwort für den deutschen Michel, wenn er einmal sich anschießt, ideale Säter zu schätzen. Wir haben lange genug gewartet. Ein wunderbarer Widerspruch! Im Wege der Begnadigung werden die Strafbestimmungen außer Wirksamkeit gesetzt und man will andere Strafbestimmungen verschärfen. Das Begnadigungsrecht ist allerdings Anknüpfung der Landeshoheit; aber wir haben in Art. 4 der deutschen Verfassung die Bestimmung, daß der Reichstag auch zu machen hat über die Ausführung der Reichsgesetze, namentlich auch der Strafgesetze. Wir sind also vollständig berechtigt, Kritik an den Gnaden-akten zu üben, wie wir ja vielleicht auch dazu kommen werden, an der Begnadigung der wegen Mißhandlung bestraften Polizeibeamten Kritik zu üben. Wenn der oberste Kriegsherr die Erklärung abgibt, daß die Duelle bestraft werden sollen, daß die Verweigerung des Duells nicht mehr ehrlös macht, dann wird mehr geschehen als durch die Sechser-Kommission, welche jetzt eingerichtet worden ist, erreicht werden kann. Ein Armeebefehl in Oesterreich-Ungarn hat das Duell dort beseitigt. Ich bedauere Konstatiren zu müssen, daß, während in den Erklärungen des Reichskanzlers wenigstens ein Entgegenkommen gegen den Wunsch des Volkes zu finden war, in den Worten des Kriegsministers das Gegenheil zu finden ist, nämlich, gelinde ausgedrückt, mindestens eine recht ungarne und schroffe Zurückweisung dessen, was das Volk über den Fall denkt und wünscht. Man könnte darüber streiten, ob das erste Debut des Kriegsministers ein glänzendes war oder nicht (Lachen links); daß der Kriegsminister

sich einen hypothetischen Ordnungsruf zugezogen, schaufrirt mich nicht besonders. Er kämpfte als Soldat nur mit einem Zivilisten, und das ist er seiner ganzen militärischen Erziehung nach daran gewöhnt, es nicht gerade auf ein Wort ankommen zu lassen, nicht so besonders taktvoll und zartfühlend dagegen zu sein. Mit dem ersten Augenblick, wo der Soldat die Uniform anzieht, wird ihm begrifflich gemacht, daß er mehr ist als ein Zivilist. In demselben Regiment, dem Herr von Bräsewicz angehört, antwortete neulich ein Soldat in der Instruktionsstunde auf die Frage: „Wer ist der innere Feind?“ kurz und prompt: „Das Zivil!“ (Große Heiterkeit.) In Blogau hat ein Offizier seinen Hund „Zivilist“ genannt, und erst der „Niederschlesische Anzeiger“ hat es herbeigeföhrt, daß die Militärbehörde dieser Beschimpfung des Bürgerstandes feuerte und befahl, diesen Zivilisten todt zu stechen oder todt zu schießen. Er konnte ihn auch umtosen. Wir haben uns mit dem Vorgänger des Herrn Kriegsministers, Herrn v. Bronsart wader herumgestritten, und ich habe ihm, wenn er das Bürgerthum angriff, nichts geschenkt. Es war aber eine Art Vergnügen mit ihm zu streiten, im Gegensatz zu der Kampfesweise des jetzigen Kriegsministers. Im Falle Kirchhoff entschuldigte Herr v. Bronsart diesen Offizier nicht damit, daß er besonders geartet, sondern weil sein Kind verlegt war und weil seine Vaterstellung ihn dazu berechtigte. Bezeichnend ist, daß der vorige Kriegsminister ging, weil er an der höchsten Stelle die von ihm gewünschte Militär-Strafprozess-Ordnung nicht durchsetzen konnte, wenn auch andere Gründe mitgespielt haben mögen. Sein Nachfolger scheint zu dieser Reform nicht gewillt zu sein. Nach seiner vorgestrigen Rede verspreche ich mir von der neuen Vorlage wenig. Er warnte davor, diesen einen Fall als Material gegen den ganzen Offizierstand zu verallgemeinern. Es fällt keinem Menschen ein, den Offizierstand dafür verantwortlich zu machen, aber diese That eines einzelnen Offiziers hat ihre Entschuldigung gefunden bei dem ersten Offizier im Deutschen Reiche, dem preussischen Kriegsminister. Herr von Bronsart hätte dagegen gesagt: Nehmen Sie ihn hin, es ist ein gewöhnlicher, gemeiner Verbrecher; er soll verurtheilt werden. Selbst eine konservative Zeitung hat gesagt, in diesem Fall seien die Epauletten und der Degen nur zufällige Akzidenzstücke des Mannes gewesen. Solche Fälle sind auch nicht so vereinzelt. Ja, wir haben andere authentische vertriebene Fälle, in welchen Offiziere die ihnen zu andern Zwecken anvertraute Waffe gegen Zivilisten zogen, z. B. den Fall, in welchem das souveräne Volk einem betrunkenen Zahlmeister die Petition erteilte, die er verdiente. Auch in dem Fall im Riesengebirge bekam der Offizier gleich seine Petition. Gott sei Dank sind Fälle von solcher Schenlichkeit wie der Bräsewicz'sche Unif. Daß der Offizierstand eine besondere Ehre habe, ist absolut falsch. (Sehr richtig! links.) Die Ehre des Arbeiters, Handwerkers, Landwirts, Kaufmanns, des Juristen, des Beamten steht ebenso hoch wie die des Offiziers. (Sehr richtig! links.) Die Ehre ist ein absoluter Begriff, und nicht steigerungsfähig. Die Anschauung des Abg. Varnen, die überspannte Ehre des Militärs habe ihre Berechtigung in dem Stande selbst, hätte ich von einem Juristen am allerwenigsten erwartet. Was berechtigt den Offizier, seine Ehre höher zu stellen? Ich stelle den Offizierstand unter keinen Stand, aber auch über keinen Stand. Aus welchen inneren Gründen spricht man hier von einem ersten Stand im Staate? Auf dem Gebiete der Sittlichkeit steht kein Stand unter dem Offizierstand. Für die Gesamtheit ist der Offizier- und Soldatenstand nöthig, aber daß er das ist, ist bedauerlich. Der Gesamtheit nicht jeder andere, jeder produktive Stand weit mehr als der Stand, der nur zum Schutze der anderen Stände berufen ist. Die Aeußerungen des Abg. Passermann sind nichts anderes, als der Niederschlag der Ansicht des sogenannten besseren Bürgerthums. Es ist doppelt bedauerlich, daß gerade im Referat-Offizierthum eine Menge Leute existiren, die den Bürgerstolz verloren haben und, da sie zwei Stände in sich vereinigen, zu dem wunderbaren Resultat kommen, den Stand, der ihr erster sein sollte, dem sie ihr Leben gewidmet haben, zurücktreten zu lassen und den Stand, dem sie gewissermaßen nur im Nebenamte angehören, in den Vordergrund zu stellen. Ich tadele das bei den Bürgern, die auch dem Militär angehören. Wir müssen das bekämpfen. Es ist mir ein Landgerichts-Direktor bekannt, der fußte in der Weinstraße seine Kollegen verläßt, wenn ein junger 18jähriger Lieutenant erscheint, um er dann seiner Gesellschaft für würdiger hält. (Heiterkeit links.) Die Leute, die so etwas thun, denken nicht daran, daß sie nicht bloß ihre eigene bürgerliche Person, sondern auch ihren Stand dadurch heruntersetzen! (Sehr wahr! links.) Eine Verlobungs-anzeige enthielt nur die Unterschrift: Lieutenant der Reserve. Ich fragte: Wovon will der seine Frau ernähren? und er antwortete, daß er nebenbei auch Kaufmann sei. Schämte er sich dessen? Es giebt auch Ausnahmen. Ein Berliner Fabrikant verweigerte eine Bestellung, weil der Sohn des Geschäftsfreundes sich als Reserve-Lieutenant bezeichnete. Er erklärte aber dabei, daß er selbst Rittmeister desselben Regiments sei. Ein Kaufmann wollte die Tochter eines Arztes heirathen, er wollte sich in der Anzeige als Reserve-Offizier bezeichnen, aber der Vater der Braut erklärte, daß er sich dann als Dr. med., Vorsitzender des Wahlsvereins der Deutschen Fortschrittspartei bezeichnen würde. Da verzichtete der Kaufmann auf die Unterzeichnung seines militärischen Titels. (Heiterkeit.)

Daß der Fall Bräsewicz mit der Frage der Ehre nicht zusammenhängt, entspricht nicht den Thatfachen, denn Bräsewicz hat selbst erklärt: Meine Ehre ist kaputt, ich muß meine Entlassung nehmen. Wenn die Akten etwas anderes ergeben, so geben sie ein falsches Bild. Bräsewicz wurde nicht sofort verhaftet, was bei einem Zivilmörder ohne weiteres geschehen würde. Dem letzteren hätte man auch nicht gestattet, sich mit den Zeugen fortan zu unterhalten. Mit den Untersuchungs-gefangenen darf niemand ohne Genehmigung des Richters sprechen, während Bräsewicz sich mit Offizieren seines Regiments auf dem Spaziergange in beiterer Weise unterhielt! Daß ein Offizier sich in der Nothwehr befindet, wenn er in seiner Ehre angegriffen wird, ist nicht richtig. Dabei giebt es keinen Zustand der Nothwehr, wie bei einem körperlichen Angriff. Vom Kriegsminister ist mitgetheilt worden, daß Bräsewicz wegen Todschlags angeklagt sei. Wie kann man da von einem Todschlag reden! Das Ereigniß ist in seinen ersten Anfängen vielleicht nicht ganz klar; aber die That selbst war von Anfang an klar: der Lieutenant griff nicht zum Degen, als ihm die Ehrverletzung zugefügt wurde, sondern er ließ eine geraume Zeit darüber vergehen, während welchen Zeitraums er mit dem Wirth und den Gästen sprach und auf den Siepmann aufpasste. Er hat gehört, wie Siepmann um Gnade bat, und dann hat er ihn hinterwärts geschoben. Das ist ein wohlüberlegter Mord. Der Kriegsminister wollte widernde Umstände feststellen in der Person des Angeklagten und des Getödeten. Er hätte sie allein in den von ihm verteidigten Institutionen finden können. (Sehr richtig! links.) Er ist dabei nicht objektiv verfahren. Das Urtheil der konservativen Zeitungen in Baden über diesen Mann lautet etwas anders. (Zuruf: Zeitung!) Kon-servative Zeitungen (Zuruf rechts: Das ist ganz egal!) bezeichnen ihn als Trinker und genussüchtigen Menschen ägäuser Art, der schon aus anständigen Häusern hat ausgezogen müssen. Von Augenzeugen wird geschildert, daß Bräsewicz in der Betrunktheit in einer

Wirtschaftlich sich das Dachen von Teuten verbat, sonst würde er sie todtschlagen. Er konnte sich aber nicht aufrecht erhalten, sondern fiel unter den Tisch. (Lachen links.) Der Vorgänger des Kriegsministers würde den Mann einfach verpöbeln und nicht in Schutz genommen haben. Dem im Grabe liegenden unschuldigen Siepmann hat der Kriegsminister in ungenügendem Licht gestellt, indem er ihn als frechtlichigen Madanbruder schilderte. Ich habe mich danach erkundigt und kann mit Genugthuung feststellen, daß dem Ostdösten unrecht geschehen ist mit dieser Charakterisierung. (Hört! links.) Die Karlsrüber Patronenfabrik ist sehr streng militärisch organisiert. Siepmann ist entlassen nicht wegen Streikigkeiten, sondern weil er dem Streikführer Vorhaltungen gemacht hat über die Verhütung der Arbeiter, während der Streikführer zuerst wieder die Arbeit aufnahm. Deshalb hat man die letzten Arbeitgeber Siepmann's nicht vernommen? Deshalb hat man sich bei der Ortsbehörde nicht erkundigt? Eine Anzahl von Attesten weist es mit Entschiedenheit zurück, daß Siepmann ein Kaufbold gewesen sei, im Gegenteil, es wird ihm eine musterhafte Führung bescheinigt. Das sind allerdings Zeugnisse von Zivilisten. (Weiter links.) Von seiner Militärbehörde hat Siepmann das Zeugnis erhalten, daß er sich während der Dienstzeit dienstlich und moralisch sehr gut geführt und keinerlei Disziplinarstrafen erlitten hat. Diefem Zeugnis wird man wohl vertrauen. Das hier festzustellen, sind wir der Ehre des Geächteten schuldig. (Wobhafter Beifall links.) Wir werden das Urtheil mit seiner Begründung abwarten; wir werden seinerzeit das Verlangen danach wiederholen. Denken Sie nicht, daß der Fall damit erledigt ist, daß er verurtheilt ist; wir werden darauf zurückkommen, weil er das Produkt der Justiz ist. Deshalb ist dieser Fall der beste Willkämpfer für uns zur Erlangung einer Reform der Militär-Strafordnung. Der Geist des ermordeten Siepmann wird der Reichsregierung solange vor Augen stehen, bis sie eine andere Straf-Verordnung auch für die Armee erläßt, welche der Armee Gerechtigkeit giebt, aber auch dem Bürgerthum Gerechtigkeit gegen die Armee. Wir werden nicht ruhen und nicht rasten, bis wir diese haben. Sie sprachen von einer Königsnothwehr; es giebt aber auch eine Volksnothwehr. Hüten Sie sich, daß das Volk durch Verfassung seiner stets wiederholten dringenden Forderungen am Ende zu einer Aufstufung kommen könnte, daß diese Volksnothwehr auch einmal Maß greifen muß; ich möchte das ähnlich klingende Fremdwort nicht gebrauchen; es ist ja auch gleichgültig, ob Revolution oder Volksnothwehr. Jeder begeht ein Verbrechen, der die Gründe für diese Volkswehr nicht beseitigt und ich behaupte, daß, wenn wir demnächst einmal eine Revolution bekommen, die ich nicht mehr zu erleben hoffe, diejenigen die Verantwortung auf sich nehmen müssen, welche in der Ueberhebung eines bestimmten Standes dem Volke das verlag haben, was ihm zusteht; Gleichstellung vor dem Gesetz. (Beifall links.)

Kriegsminister v. Goltz: Ich freue mich, in einem Punkte mit dem Vordredner einverstanden sein zu können: in der Verehrung für meinen Vorgänger. Es ist mir klar, daß ein Vergleich mit diesem Manne zu meinen Ungunsten ausfallen muß. Aber ich lerne den General v. Bronsart zu genau, um nicht zu wissen, daß er den Fall Bräsewisch nicht so beurtheilt, wie der Vordredner glaubt. Ueber den Siepmann mag ja der Vordredner eine viel bessere Kenntnis haben wie ich. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, mich nach dem Vorleben der betreffenden Person zu erkundigen und ich habe die Auskunft bekommen, die ich den Herren vorgetragen habe. Ich habe vollständig objektiv urtheilen und keinem von beiden unrecht thun wollen. (Lachen links.) Den Ausdruck „Madanbruder“ habe ich nicht gebraucht, und würde ihn nie in den Mund nehmen. Es kann nur aus einem Irrthum beruhen, daß dieser Ausdruck mir untergelegt worden ist. (Zustimmung rechts.) Dann ist gesagt worden, der General v. Bronsart würde einen ganz andern Entwurf der Militär-Strafprozess-Ordnung eingebracht haben als ich. Das ist insofern nicht ganz zutreffend, als ich den Entwurf des Generals v. Bronsart akzeptirt habe; ein Unterschied ist nicht vorhanden. Dann hat mir der Vordredner den Vorwurf gemacht, daß ich in meinem Verlehr mit Zivilisten einen Unterschied machte dem Militär gegenüber. Ich weiß nicht, worauf er diese Anschauung stützt und muß diesen Vorwurf zurückweisen. Ich verlehre mit jedem Menschen in denselben Formen. Ich weiß aber aus Erfahrung, wie man oft mit Offizieren umgeht. Ich bin bestrebt gewesen, jede Schärfe in der Diskussion zu vermeiden, und wenn ich den Ausdruck Verhörung gebraucht habe, so dürfen Sie nicht vergessen, was alles in der letzten Zeit in den Zeitungen, die ich doch auch lesen muß, gegen das Offiziercorps geschrieben worden ist. Ich habe eine ganze Reihe von Beleidigungsprozessen wegen Beleidigung der Armee und des Offiziercorps anstrengen müssen. Wir liegt an den Wortkämpfern für meine Person gar nichts. Ich kann es mir verfallen, auf die Anklage, daß ein Hund Zivilist hieß, einzugehen. In illustrierten Blättern wird der Armee oft unrecht gethan. Für jeden erbärmlichen Biß wird ein Dientant illustriert. Daß ich von Verhörung sprach, beruhte auf einer Erwägung, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Sie können sich darüber garnicht täuschen, daß, wenn in dieser Weise die Debatte über die Armee weiter geht, die Armee zwar schweigt infolge der Disziplin, aber eine schweigende aber doch steigende Erbitterung in der Armee erzeugt wird. (Rufe links: Das ist nicht hehen!) Ich habe schon ausgeführt, daß der Armee verboten ist, sich über andere Stände zu erheben, und das gegenseitige volle Vertrauen zwischen dem Offizierstande und der Bevölkerung ist eine Vorbedingung für den Erfolg der höchsten und letzten Aufgabe der Armee. Aber jeder Stand hat sein Standesbewußtsein, ich kenne es nicht anders. Die Reserve-Offiziere können wir in der Armee nicht entbehren und ich sehe durchaus nicht ein, weshalb man diesen höchst ehrenwerthen Stand lächerlich machen will. (Wobhafter Widerspruch; Rufe: Das ist nicht geschehen!) Die unglückliche That des Dientanten Bräsewisch ist zum Gegenstand der Spekulation geworden, auf diese Weise wird aus einem traurigen Drama ein Handel gemacht. Die Besürchtungen des Vordredners für die Thätigkeit der Revisions-Kommission sind irrig. Die Kommission ist aus den bewussten Offizieren der Armee gebildet. Ich kann nur dringend bitten, wir wollen objektiv verhandeln. (Beifall rechts.)

Preussischer Justizminister Schupstedt: Der Abg. Rickert ist besprechend, daß noch kein Resultat der Erwägungen in bezug auf das bürgerliche Strafrecht vorliegt und die Parole auch hier heißen sollen: abwarten. Aus der Erklärung des Herrn Reichslanzlers ist doch zu entnehmen, daß für das Militär eine Reform in Aussicht steht, die bestimmt geeignet sein wird, das Duell im Militär auf ein Minimum zu beschränken. Das Umschlagreifen der Duelle ist nun wesentlich auf den Geist des Militarismus und den militärischen Ehrbegriff, der auch im Kreise der Reserveoffiziere herrscht, zurückzuführen, deshalb wird die Reform für das Militär nicht nur in stehenden Heere, sondern auch in den Kreisen außerhalb desselben, die von denselben Anschauungen ausgehen, ihren Einfluß nicht verfehlen. Wenn es richtig ist, daß die große Zahl von Zweikämpfen außerhalb des Offiziercorps auf die militärische Anschauung zurückzuführen ist, so werden Sie mit mir hoffen, daß die geplante Reform auf militärgerichtlichen Gebiete auch die Duelle in bürgerlichen Kreisen mehr oder weniger verschwinden lassen wird. Ist es da geboten, eine Verschärfung der bestehenden Gesetze gegen den Zweikampf vorzunehmen, dann bewährt sich jene Hoffnung, dann werden die bestehenden Gesetze mehr oder weniger gegenstandslos. Der Beschluß des Reichstages hat der Regierung gar keine Direktive gegeben. Im April fanden die verschiedenen Anträge der Parteien auf Verschärfung der Strafen für das

Duell, auf Verschärfung der Strafen für Beleidigungen, auf Reform der Ehrenrechte keine Mehrheit und die Parteien einigen sich auf den farblosen Antrag, die Regierung möge mit allen Mitteln und unter Anwendung der bestehenden Strafgesetze dem Duellwesen entgegenzutreten. Nach welcher Richtung hin hätte also die Regierung für eine Reform die Mehrheit des Hauses gefunden? Ich fürchte, daß bei einer Vorlage die Einheit des Reichstages bald zerfallen würde und mit einer großen Zahl divergierender positiver Vorschläge der Parteien zu rechnen wäre. Ich wäre dem Abgeordneten Rickert sehr dankbar, wenn er die Irthümlichkeit der Regierung obliegende Aufgabe einer gesetzgeberischen Reform der Regierung abnehme und uns annehmbare Vorschläge unterbreiten würde. Daß aber der vorliegende Antrag Mangel eine geeignete Grundlage für eine Reform sein kann, wird außerhalb des Kreises der Antragsteller wohl in Zweifel gezogen werden. Nichts desto weniger ist die preussische Regierung nicht müde gewesen; ich habe mich auf Grund eines besonderen Auftrags bemüht, die Unterlage für ein gesetzgeberisches Vorgehen zu finden, und es ist ein Geschenkwort vorbereitet. Ich selbst betrachte diesen nur als einen eventuellen, für den zunächst noch keine Nothwendigkeit vorliegt. Wir haben die Bestimmungen zusammengefaßt, die in anderen Staaten gegen das Duell bestehen. In Oesterreich wird es allerdings mit schwerem Kerker bestraft; Herr Rickert könnte aber aus der Zusammenstellung ersehen, daß diese Strafe in Oesterreich selbst zu hart erscheint und man mit einer neuen Vorlage eine Milderung bezweckt. Es giebt kaum ein schwierigeres Gebiet der Gesetzgebung als das des Duells. Die Anschauungen darüber sind unangesehnt schwankend und fallen von einem Extrem ins andere und ich könnte an einen Herrscher erinnern, der absolut das Duell bekämpfte, um vor seinem Ende den Wunsch zu thun, daß die Anstöße des Zweikampfes stärker sei als alle Könige der Welt. Wir werden mit der Gesetzgebung niemals etwas erreichen, sondern nur auf dem Wege der Sitte und auf religiösem Boden. Das den Fall Bräsewisch betrifft, so kann ich nur mein Bestreben ausdrücken, daß gerade ein Vertreter des Rechts, ein Rechtsanwalt, es unternommen hat, eine Straftat, die noch Gegenstand der gerichtlichen Prüfung ist, zum Gegenstand einer solchen Besprechung zu machen. (Zustimmung links.) Ich glaube nicht, daß diese Art, sich zum maßgebenden Beurtheiler aufzuweisen, den Beifall des Hauses verdient. Der Abg. Venzmann meinte, bei Angriffen auf die Ehre gebe es überhaupt keine Nothwehr. Dieser Satz steht nicht auf der Höhe der Indikaturs. (Zustimmung rechts.) Als ein Grifflcher von der Kanzel herab einen Zuhörer beleidigte und dieser rief „Das ist eine Lüge“, sprach das Reichsgericht den Zuhörer von der Anklage wegen Säkung des Gottesdienstes frei, weil Nothwehr vorlag. (Wobhafter Widerspruch links; Rufe: Er hat ihn doch nicht todgeschossen!) Wir müssen gemeinsam zusammenwirken, um das Duell nach Möglichkeit zu beseitigen, und wir können nicht verlangen, daß die Regierung mit einem Gesetz etwas aus der Welt schafft, was auf jahrhundertelangen Gebräuchen beruht. (Beifall rechts.)

Abg. Graf Mirbach (L.): Ich bin dem Kriegsminister sehr dankbar, daß er Herrn Venzmann entgegengetreten ist. Herr Venzmann hat es unternommen, einen Nord zu debazieren, obwohl sein Material dafür vorlag. Herr Venzmann führte aus, daß der Offizierstand keine bevorrechtete Stellung haben dürfe. Der Kriegsminister hat das außerordentlich milde zurückgewiesen. Ich kann eine Autorität anführen, die auch Herrn Venzmann imponiren wird, den Feldmarschall Grafen Moltke, welcher die Armee als die erste Institution des Reiches ansieht, unter deren Schutz allein die Werte der Sitte und Kultur gedeihen können, die daher eine Bevorzugung verdienen. Wenn Sie das nicht zugeben, hätten Sie damals widersprechen sollen. Herr Rickert sollte seinen weitgehenden Einfluß in der Presse geltend machen, daß da derselbe Ton angeschlagen wird wie hier. Herr Rickert hat ja einen Einfluß auf die Presse, besonders auf das Reichsblatt, welches Herrn v. Bräsewisch im Bilde brachte und dabei gegen die Armee lehrte. (Weiter links.) Der Student, welchen Herr Professor Kaufmann auf der Breslauer Synode schilderte, hat einem honetten Korps nicht angehört; er würde zum Infamien angehören sein. (Widerspruch links.) Herr Mündel hat zweimal das Wort nicht „gentlemanlike“ in Verbindung mit meinem Namen gebraucht. Ich hatte einen harmlosen Scherz gemacht in bezug auf die körperliche Eigenschaft eines von mir hochgeschätzten Herrn außerhalb des Hauses. Dann antwortete man mir in einer beleidigenden Weise, ohne daß der Präsident mich schätzte. Der damals vorliegende Vizepräsident hat sein Bedauern ausgesprochen, daß er mich nicht habe vertheidigen können. Das ist aber nicht publik geworden. Die Herren, die sich mit mir über solche Dinge auseinandersetzen wollen, bitte ich, dies außerhalb des Rahmens dieser Verhandlungen zu thun. Ich war verhindert, den Verhandlungen im April beizuwohnen. Ich sehe persönlich auf dem Boden der Mehrheit des Reichstages, daß ich alle Bestrebungen, das Duell zu restringiren, unersäglich werde, bin aber der Ansicht, daß es zur Zeit unmöglich ist, das Duell zu unterdrücken. Vom religiösen Standpunkt aus läßt sich das Duell nicht vertheidigen. Wenn alle Leute den christlichen Standpunkt als maßgebend ansehen würden, gäbe es keinen Anlaß zum Duell. Bei Verbalinjurien kann ja eine Zurücknahme der Äußerung erfolgen. Aber es giebt Fälle in der Ehe und Familie, bei welchen man nicht dem Gebote der Religion folgen kann. (Wobhafter Widerspruch links.) Mögen Sie noch so drakonische Strafen einführen, mögen Sie eine Vermögenskonfiskation oder eine Expatiation als Strafe einführen; ich würde lieber als Fuchshändler oder Bettler dem Vaterlande den Rücken kehren, als mir in solchen Fällen nicht selbst Satisfaktion zu verschaffen. Es ist von vielen Seiten der Wunsch ausgesprochen worden, das Duell unter schwere Strafen zu stellen; dagegen würde ich nichts haben, aber das Korrelat dazu ist, daß jede Provokation in der Presse oder sonst wie ebenfalls unter strengste Strafe gestellt wird. Es würde dann auch in parlamentarischen Leben eine viel schärfere Zensur notwendig sein. Es gereicht mir zur besonderen Freude, daß ich niemals einen Ordnungsruf erhalten habe. Ein gewisses Maß in der Diskussion läßt sich allerdings nicht vermeiden. Der Fall Bräsewisch ist nach allen Richtungen hin erörtert worden, so daß er ziemlich klar ist. Der Fall wird in der ganzen deutschen Armee auf das tiefste bedauert. Es ist kein Zweifel, daß die deutsche Armee als die erste dastet in der ganzen Welt. Alle Länder würden stolz sein auf ein Offiziercorps wie das deutsche. (Zuruf Venzmann's: Das hat niemand bestritten!) Ich habe manches so verstanden. Eine Entschuldigung für einen solchen Fall werden Sie nicht finden, soweit eine menschliche Sühne möglich ist, haben Sie die Garantie dafür. (Widerspruch links.) Ich würde wünschen, daß in diesem Falle öffentlich verhandelt werden könnte. Diese That ist für mich noch lange nicht so verwerflich, wie die Agitation, die damit getrieben wird, in der Presse und an andern Orten. Das Bist, was da ausgesprochen wird, wird an anderer Stelle zur Erscheinung kommen und diejenigen, die dazu beitragen, haben eine größere Schuld, als der Dientant v. Bräsewisch.

Abg. Venzmann (fr. Sp.): Dem Wunsche nach einem leidenschaftlichen Austausch der Meinungen stimme ich zu. Der Kriegsminister hat den Vorwurf der Verhörung, den er unserem Parteiredner machte, zurückgenommen. Er hat aber den bedeutlichen Ausdruck gethan, daß er durch einen sozialdemokratischen Redner nicht beleidigt werden könne. Ich war tief erschüttert, daß der Kriegsminister den Charakter des Geächteten herabsetzte. Dieser Entsetzung habe ich Ausdruck gegeben. Ich protestire dagegen, daß ich die Reserveoffiziere lächerlich gemacht habe. (Widerspruch rechts.) Ich warne Sie davor, das in Ihre Blätter zu bringen (nach rechts gewendet). Ich habe die Bürgerlichen ge-

tabelt, welche den Nebenberuf als Reserveoffiziere in den Vordergrund stellen. Der Kriegsminister hat gesagt, daß eine Erbitterung in die Arme hineingetragen wird. Wenn jemand sich dazu hergiebt, in die preussische Armee ein Gefäß der Erbitterung hineinzutragen, so würde ich sagen, er verhebt die Armee gegen das Volk. Man sollte sich davor hüten, daß ein solcher Gegenstand herbeigeführt wird. (Zuruf: Revolution!) Ja, sorgen Sie dafür, daß eine solche Revolution nicht herbeigeführt wird. Von der Kommission habe ich nicht absällig gesprochen, sondern nur bezweifelt, daß die vom Volke gewünschte Lösung von dieser Kommission gefunden werden wird. Der Kriegsminister, der Justizminister und Graf Mirbach haben sich darüber echauffirt, daß ich mir über den Fall Bräsewisch ein Urtheil angemahnt habe. Im allgemeinen ist es nicht gut, daß sich das Parlament mit Richtersprüchen befaßt. Aber es können Abweichungen notwendig sein, wenn wir es mit einem geheimen Verfahren zu thun haben, und wenn das, was wir aus den Akten erfahren, nicht übereinstimmt mit dem, was man sonst wahrgenommen hat. Der Kriegsminister hat zugegeben, daß er den Fall weniger kennt als ich. Da sehen Sie die Folgen des heimlichen Verfahrens. Wenn die Presse mit einer Fülle von bedeuerlichen Fällen vorgegangen sein sollte, so liegt das daran, daß das Rechtsbewußtsein des Volkes erschüttert ist, und daß es die richtige Sühne verlangt.

Kriegsminister v. Goltz: Daß ich hingewiesen habe auf die Erbitterung in der Armee, hat doch seinen Grund in der Drohung mit der Revolution. Von einem heimlichen Verfahren kann bei der Militärgerichtsbarkeit doch nicht gesprochen werden; wir werden von unsern Standesgenossen beurtheilt, und ich zweifle nicht, daß das Urtheil ebenso gerecht sein wird, wie das Urtheil eines anderen Gerichts. (Beifall rechts.)

Abg. Conrad (D. Sp.): Es ist seltsam, daß in Deutschland, wo das Duell am schärfsten angegriffen wird, am wenigsten erreicht ist. Wir empfinden das Duell als eine verbrecherische Unsitte, trotzdem besteht es fort, weil man in den Kreisen der Bourgeoisie, wo man die Gartenlaube und das Dagein hält und beirathsfähige Lächler hat, für Offiziere schwärmt und für alles was mit diesen in Zusammenhang steht. Aus diesem Grunde besteht denn auch das Offiziersduell trotz aller Anfechtung fort. Die Franzosen, welche bis zum Sedanlage 1870 „an der Spitze der Zivilisation“ marschirten, haben außer dem Offiziersduell auch noch das journalistische und parlamentarische Duell konfervirt, allerdings mit der Modernisirung, daß diese Duelle als wirkliche Komödien inszenirt werden; sind sie zu Ende, lacht alle Welt darüber. Es fehlt nur noch, daß auch unsere Parlamentarier sich dieser Sitte anschließen. So lange unsere Sitte das absolute Gegentheil von einfacher christlicher Frucht und Sitte, von schlechten bürgerlichen Gebräuchen und kernhaftem Selbstbewußtsein sein werden, werden auch die Begleiterscheinungen nicht aussterben; alle Gesetze nützen nichts, so lange die Anschauungen sich nicht ändern. Das ganze Problem beruht auf dem Bispel vor dem Massenduell der Völker. So lange ein christlicher Kulturstaat sich gedrungen fühlt, diese Anschauung als erste Kulturaufgabe zum Schutz der heiligen Güter zu hegen und zu pflegen, und so lange die Könige nicht repräsentative Friedensfürsten, sondern aktive, oberste Kriegsherren sind, wird es uns nicht gelingen, die Duelle auszurotten. Demonstrieren hilft uns nichts, so lange die Gesetzesparagrafen durch das Begnadigungsrecht der Krone in jedem beliebigen Falle in nichts aufgelöst werden können. Wollen wir die Duellfrage lösen, so müssen wir in erster Linie unser ganzes Erziehungsweesen, welches in der Hauptsache auf eine konventionelle Lüge hinauskommt, auf eine neue sozialethische, naturwissenschaftliche Grundlage stellen und mit der alten Scholastik brechen. Ka diese radikale Umwandlung ist aber nicht zu denken, so lange nicht der abgelebte feudale Klassenstaat mit dem alleinseligmachenden Kriegsglauben, der Militarismus abgeschafft wird. Zu diesem Zusammenhang findet auch der Fall Bräsewisch erst seine rechte Beleuchtung und Bedeutung. Das was hier an schredlicher Schuld aufgehäuft ist, trifft nicht ausschließlich und nicht einmal in erster Linie das Individuum, sondern das ganze militärische System. Der Premierlieutenant v. Bräsewisch ist garnicht fähig gewesen, im Jankade persönliche Zurechnungsfähigkeit zu handeln; durch den Druck von oben und durch den Korporationsgeist wurde er in Angst getrieben und die Angst um seine Existenz hat ihm die Zurechnungsfähigkeit geraubt. Die Uniform ist seine Seele, die Seele seiner Kameraden; das ganze Leben wird zu einer militärischen Toilettenfrage, zum Kultus der feilenlosen Form. Einen klassischen Zeugen für diese Auffassung kann ich in Gustav Freytag, dem Freunde des deutschen Kronprinzen, des späteren deutschen Kaisers Friedrich anführen, der diese ganze Entwicklung ohnungsvoll vorhergesehen hat. In seinem „Tagebuch“ beslagt er die Abgeschlossenheit des Militärs vom Volke, das leere Schaugepränge, die Beschränkung in verhältnismäßig engen Kreisen und infolge dessen in der Anschauung. (Präsident v. Bismarck macht den Redner darauf aufmerksam, daß er ohne besondere Erlaubnis längere Vorlesungen nicht machen dürfe.) Mit juristischen Spitzfindigkeiten ist es nicht gethan, auch nicht mit kleineren Verbesserungen. Wir dürfen nicht von der Hand in den Mund leben und sagen: Après nous le déluge! Die Richter müssen die Duell- und Militärsgesetze mit unanschuldlicher Strenge zur Ausführung bringen, die einzelnen Regierungen müssen an ihrem Theile mitwirken, daß die Ausübung des Kronrechts in Duellfragen eine mögliche Einschränkung erfährt und die Krone selbst muß angesichts der gefahrvollen Zustände der heutigen Zeit das ähnerste thun, um den Auswüchsen des Militarismus entgegenzutreten. Vor allem aber muß das deutsche Volk sein Schicksal in die eigene Hand nehmen und nicht in der alten Unterhängigkeit und in dem alten Soldatenrechtsgeist sich auf das verlassen, was von oben gutgeheßen wird. Wenn wir in diesem Sinne nicht weiter arbeiten, so list alles Parlamentariren nichts und es heißt dann: „Es blies ein Jäger wohl in sein Horn, aber was er blies, das war verlor'n.“

Abg. Schupste-Königsberg (Soz.): Man sagt, daß für diesen einzelnen Fall nicht das ganze Offiziercorps verantwortlich gemacht werden dürfe; wenn man das nur bei anderen Gelegenheiten auch gesagt hätte, als es sich z. B. darum handelte, die Sozialdemokraten für die Attentate verantwortlich zu machen. Die Auswüchse des Militarismus rufen immer stärkere Erbitterung hervor. Redner verweist auf einen Fall in Königsberg, wo der Sekondelieutenant Burmeister ebenfalls mit seinem Degen auf Männer losging, die ihm wegen Belästigung ihrer Frauen zur Rede stellen wollten; er wäre wehrlos gemacht durch Zerschellen des Degen. Solche Fälle haben ihren Ausgangspunkt darin, daß die Ehre des Offiziers höher ist als die Ehre der Zivilpersonen, deren Steuern zur Erhaltung der Armee dienen. Redner kommt dann auf die Königsberger Börsegarten-Affäre zu sprechen. Die Verweigerung des Duells hatte in diesem Falle die Boykottirung der ganzen bürgerlichen Gesellschaft zur Folge, während sie sonst nur der sozialdemokratischen Arbeiterkassette gegenüber angewendet wurde. Solche Auswüchse des gehässigten Militarismus überraschen uns nicht.

Darauf schließt die Diskussion. Die Interpellation ist damit erledigt. Schluß nach 5 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Berathung der Novelle zum Justizgesetze.)

Parlamentarisches.

Der Bundesrath überwiegt in seiner Sitzung vom 19. November die Vorlagen betreffend eine Ergänzung zum Entwurf des Reichshaushalts-Gesetzes für 1897/98 und den Entwurf eines Handels-Gesetzes und eines zugehörigen Einfuhr-Gesetzes den zuständigen Ausschüssen. Der Freundschafts-, Handels-

bisherige Arbeitszeit verlängern und die solange gewährte Feiertagsbezahlung abschaffen wollen, und es sei von den Besagten verlangt worden, sich innerhalb 24 Stunden zu dem Nachtrag zu erklären oder der Kündigung gewärtig zu sein. Die Besagten wurden jedoch aus denselben Gründen, wie ihre Kollegen von der Firma Engel zur Zahlung je eines durchschnittlichen Wochenlohnes verurtheilt.

Gegen die von der Firma Heimann u. Schmidt beklagten Drucker lautete das Urtheil dahin, daß sie verurtheilt sind, wenn Herr Heimann beschwört, daß er zu den Druckern nicht gesagt habe: Wer streifen will, kann streifen. Beschwört der Kläger dies nicht, dann wird die Klage abgewiesen. Die Lithographen zc. der genannten Firma, die in den Ausstand getreten sind, wurden dagegen definitiv verurtheilt.

In der Anwesenheit Böhmens wurde Vertagung beschlossen. Gegen 6 Uhr abends schloß die Sitzung.

Lokales.

Der vorgestrige Vortag verlief in gewohnter Weise. Sämmtliche Kneipen waren überfüllt, ein großer Theil derselben Berliner Einwohner, die es nicht dazu haben, pilgerte ins Freie, und selbst aus einigen Kirchen wird von gutem Besuch berichtet. So sollen in dem „Gotteshaufe“, in dem wegen Verleumdung neuerdings zu 600 M. Geldstrafe verurtheilte Stöcker trotz allem zu predigen rückte, mehr als 2000 Menschen anwesend gewesen sein. Der wahrheitsliebende Gottesmann gab von der Kanzel herab seiner höchst erbauten Gemeinde die Heutigkeit zum besten, daß er trotz der Verurtheilung ein gutes Gewissen habe und seinen Lieben freudig Ruhe predigen werde. „Liebe Gemeinde!“ begann der Vortag, „Du kannst Dir wohl denken, daß ich heute noch mehr als sonst in tiefem Ernst und heiliger (S) Selbstprüfung vor Dir stehe. Wenn ich das für wahr hielte, was in den letzten Tagen aus dem Gerichtsspruch über mich durch die Blätter gegangen ist, dann könnte ich Dir keine Vortagspredigt halten! Dann würde ich es als meine Pflicht ansehen, hier von der Kanzel zu steigen und nie wieder hinaufzugehen. Aber ich habe heute, weil ich ein gutes Gewissen habe, dieselbe Freudigkeit wie immer, Dir und mir zu predigen! Eine echt Stöcker'sche Logik. Weil ich noch auf der Kanzel zu stehen wage, bin ich — unschuldig! Da wissen die katholischen Jesuiten doch geschicktere Trugschlüsse zu ziehen. In einer Fuß- und Selbstprüfung der Heilsarmee, die in der Wartenburgstr. 14 tagte, verübte eine Anzahl dummer Jungen grobe Plebeien, so daß es zu Täuschlichkeiten kam. Die eigentlichen Vortags-Bühnen sind, wie immer die Arbeiter, denn Weihnachten steht vor der Thür und Arbeitslosigkeit und Elend dazu!

Mitgegangen, mitgefangen. Die „Volks-Zeitung“ schiebt sich darüber beschwert, daß wir sie unter den Vätern nannten, welche die Lügengeschichte aus der Wöllmer'schen Schriftsteller abgedruckt haben, und das Blatt behauptet, daß wir wider besseres Wissen handeln, wenn wir es in Vausch und Wogen mit derselben bürgerlichen Presse nennen, die bekanntermaßen jede Gelegenheit wahrnimmt, Klassenbewußte Arbeiter zu verunglimpfen. Wir wollen dem Blatt nicht seine alten, gegen die Klassenbewußte, sozialdemokratische Arbeiterschaft begangenen Sünden anrechnen und gern anerkennen, daß es sich neuerdings in Arbeiterfragen zuweilen einer Objektivität befleißigt, die merkwürdig abstricht von dem einseitigen Gebelzer der übrigen rechts- und linksfreisinnigen Presse. Aber um so tabulärer werthet man es daher gerade von diesem Blatt, daß es einer Klatschgeschichte Raum gab, gegen deren Wahrscheinlichkeit sich doch von vornherein zum mindesten recht starke Zweifel geltend machen mußten. Diese unschöne Presteleistung erschien als ein Stück Klavierspiel, und wir erfüllten eine unangenehme, aber nicht gut von der Hand zu weisende Pflicht, gerade der „Volks-Zeitung“ zu zeigen, in welcher eine unsaubere Gesellschaft sie hineingerathen war. Wir scheinen unsere Absicht erreicht zu haben, und im Gefühl der Genugthuung hierüber rechnen wir es dem Blatt nicht besonders an, daß es mit dem Vorwurf, wir handelten wider besseres Wissen, die gerade nicht sehr geschickte Taktil verfolgt, eine erhabene Klage mit einer anderen zu entkräften.

Militarismus und Großproduktion. Die „Vossische Zeitung“ meldet: Auf Anordnung des Generalkommandos des Gardelcorps wird in Berlin seit dem 1. Juli d. J. der gefammte Bedarf an Fleisch, Fleischwaren und Wurst für die Truppenküchen der Garnison nicht mehr durch einzelne Truppentheile, sondern durch die Korpsintendantur im ganzen verbunden. Das sehr günstige Ergebnis in Berlin hat nun dahingeführt, daß diese Einrichtung auch für andere Garnisonen vom 1. Januar t. J. ab eingeführt werden soll, so daß jetzt auch dem Magistrat in Potsdam der Antrag zugegangen ist, auf dem dortigen Schlachthof eine Mäulichkeit für die von dem Provinzialamt zu bewirkende Kontrolle über den Schlachtbetrieb, die Wurstfabrikation und die Fleischausgabe einzurichten. Der Tagesbedarf der Potsdamer Garnison stellt sich auf 1000 — 1200 Kilogr. Der Potsdamer Magistrat will gegen eine Jahresmiete von 300 M. eine derartige Mäulichkeit einrichten.

Die Verbindung im großen ist sehr vernünftig und zeigt, daß man selbst im Gardelcorps die Zeit begriffen hat. Um so feltamer macht es sich aber, wenn nach anderer Seite hin von Hilfe für den Kleinproduzenten, von „Schutz des Handwerks“ die Rede ist.

Von der Verfrömmung des Rathhaus-Thurmes. Die Stadtverordneten Materns, Liebenow, Dinsse, Prähdrich und Langenbacher haben in der Stadtverordneten-Versammlung folgende Anfrage eingebracht: Die Unterzeichneten richten an den Magistrat die Anfrage, ob die Zeitungsnachrichten, daß der Magistrat beschloßen habe, die Vertheilung des Rathhaus-Thurmes von jetzt ab erst nach Schluß der Kirche, d. h. an Sonn- und Festtagen erst von 12 Uhr an, am Charfreitag und Vortag überhaupt nicht mehr zu gestatten“, auf Wahrheit beruhen und welche Gründe eventuell für diese Maßregel bestimmend gewesen sind.

Das Polizeipräsidium hier selbst hat mit Genehmigung des Ministers des Innern die größeren preussischen Polizeiverwaltungen zur Betheiligung an einer Zusammenkunft (12. Dezember) eingeladen, in welcher über die Einführung der Bertillon'schen Methode der Personensfeststellung durch Gliedmessungen berathen werden soll. Die Messungen von Verbrechern werden hier schon seit mehreren Jahren in derselben Weise wie in Paris und mit denselben Instrumenten vorgenommen, dienen aber bisher nur zur Vervollständigung der Personenbeschreibung. Erst nach der Entsendung des Kriminalinspektors von Halleffern nach Paris sind auch hier Registerkarten eingerichtet worden, in welchen die Karten der gemeinsamen Verbrecher dazwischen eingeordnet werden, daß die Uebersendung einer in den Mafsen übereinstimmenden Karte die nicht ermittelte Persönlichkeit des Gemessenen sich mit Deutlichkeit und Sicherheit feststellen läßt. Wesentliche Erfolge im Kampfe mit dem gewerbdmäßigen Verbrechen können durch das Bertillon'sche System indeß nur dann erzielt werden, wenn die festgenommenen Professionsverbrecher auch von anderen Polizeibehörden gemessen und die Karten an eine Zentralfelle — das Polizeipräsidium von Berlin — eingefendet werden.

Zwei Selbstmordversuche werden vom Mittwoch gemeldet. Kurz nach Mitternacht lebte der 21 Jahre alte Hilfskassier Franz Bolhe, der am Kopenplatz 2 wohnt, nach Hause zurück. Er begab sich auf den Hof des Grundstückes, wo alsbald ein Schuß fiel. Man fand den jungen Mann mit einer Wunde in der Brust auf und ein Schußmännchen brachte ihn nach einem Krankenhause. Den Anlaß zu dem Selbstmordversuch soll in Verbindlichkeiten zu suchen sein, die dem jungen Mann in schlechter Gesellschaft entstanden sind. — Einige Stunden später sprang von der Burgstraße aus am Hotel Portugal der

23 Jahre alte Tischler Johann Freisch aus der Putzstraße 12 in die Spree. Schiffern gelang die Rettung des Lebensmüden.

Schlimme Vermuthungen knüpfen sich an das Verschwinden des 64jährigen Droschkentuschers Christian Wötcher aus der Fruchtstraße 35, dessen Droschke 2. Klasse Nr. 6110 am 8. d. M. abends zwischen 6 und 7 Uhr von der Feuerwehrr aus dem Urbanhafen gezogen werden mußte. Ein Augenzeuge will gesehen haben, daß der Kutscher nicht auf dem Boock sah, als das Pferd mit der Droschke in den Hasen stürzte. Im Wasser hat man auch bis jetzt trotz eifrigen Suchens weder Wötcher's Leiche noch irgend ein Stück von seiner Kleidung gefunden. Man rechnet daher jetzt mit der Möglichkeit, daß an dem Kutscher ein Verbrechen verübt worden ist und daß die Verbrecher das Pferd mit der Droschke ins Wasser getrieben haben. Wötcher galt als vermögend und war unter seinen Kollegen allgemein bekannt als „der reiche Christian“. Er prohlte viel mit seinem Gelde, mit dem er „die ganze Spree zudecken könnte“, und trug auch öfter viel bei sich. Gesehen wurde er zuletzt an der Reithahn, an dem Halteplatze an der Ecke der Allee Jakob- und Ritterstraße, und zwar um 3 Uhr nachmittags. Wohin er von dort, nachdem er als erster eine Fahre bekommen hatte, gefahren ist, weiß niemand.

Gestern Vormittag wurde der sich schon seit Wochen umhertreibende elfjährige Sohn des Kohleglers G. auf dem Boden des Hauses Neue Friedrichstraße 38 unter Umständen angetroffen, die den Verdacht des Diebstahls rechtfertigten. Er flüchtete auf das Dach und verlockte sich in einem Schornstein, so daß er erst mit Hilfe der Feuerwehrr und nach Herstellung einer Oeffnung im Schornstein festgenommen werden konnte.

Die Meldung „Großfeuer“ rief in der Nacht zum Mittwoch um 11 1/2 Uhr die Feuerwehrr nach der Waldemarstr. 14. Dort war im Quergebäude des zweiten Hofes, das nur zu Fabrikzwecken diente, in der im Keller belegenen Oelmühle von P. M. Wolch auf unerklärliche Weise ein Brand entstanden, der in den vorhandenen Vorräthen reichliche Nahrung fand und sich schnell auf die im Erdgeschosse befindliche Goldleisenfabrik von Stieghahn ausdehnte. Die Feuerwehrr, die unter Branddirektor Giersberg arbeitete, konnte ungeachtet ihrer drei Dampfmaschinen und fünf Handdruckmaschinen nicht verhindern, daß auch die Schraubenfabrik von Subitatis im ersten und zweiten Stock in Mitleidenschaft gezogen wurde, doch ist der Betrieb nicht gestört worden. Hier gelang es morgens um 5 1/2 Uhr, dem Element Einhalt zu thun. Ausgedrängt ist die Oelmühle, bei deren Abblöschung Sand gebraucht wurde, und die Goldleisenfabrik. Die Feuerwehrr hatte bis um 9 1/2 Uhr vormittags zu thun.

Aus den Nachbarorten.

Achtung, Rigdorf! Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß folgende Wirthe die Hergabe ihres Lokals zu politischen Versammlungen seit Veröffentlichung der letzten Lokalliste verweigern: Ed. Wirsing, Knefbeckstr. 77; H. v. N. N. Knefbeckstr. 49; Berndt, Vereinsbrauerei-Kaufhaus. Wir bitten die Parteigenossen, genau darauf zu achten. Die Lokalkommission für Rigdorf. J. A. K. Frese, Steinwegstraße 72.

Johannisthal. Den Genossen zur Nachricht, daß uns das Lokal von Herrmann, Friedrichstr. 10, nicht mehr zur Verfügung steht, da Herr Herrmann sein Wort zurückgezogen hat. Der Vertrauensmann.

Den Mitgliedern des Arbeiter-Bildungsvereins zur Nachricht, daß unsere Vereinsversammlung nicht in Nieder-Schönweide, sondern in Johannisthal beim Gastwirth Schaller am Sonnabend, den 21. November, stattfindet. Der Vorstand.

(Lokales* siehe auch 2. Beilage.)

Kunst und Wissenschaft.

Gerhart Hauptmann's Drama: Vor Sonnenaufgang, das nur den Mitgliedern der „Freien Bühne“ bisher bekannt war, geht am heutigen Freitag im Friedrich Wilhelmstädtischen Theater zum ersten Mal in Szene. In den Hauptrollen sind Eina Doppel, Maria Schmidt, Marie Casmann, Max Eißelot, Albert Bauer und Carl Thiemann besetzt.

Gerichts-Beilage.

Der pensionirte Polizei-Wachtmeister Albert Knittel, ein schon bejahrter Mann, wurde gestern wegen Sittlichkeitsverbrechens von der vierten Strafkammer des Landgerichts I zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten verurtheilt. Es handelte sich bei dem Vorfalle um Vornahme unzüchtiger Handlungen mit schulpflichtigen Mädchen.

Um die Entwendung einer Zeitungszusammenfassung handelte es sich in einer Anklage wegen Diebstahls (S), die gestern in der Berufungsinstanz des Landgerichts I gegen die Arbeiter-Ehefrau Hätsche verhandelt wurde. Das Schöffengericht hatte für erwiesen erachtet, daß die Angeklagte ihren Friseurharn eines Morgens die Zeitung, welche vor seine Thür gelegt worden war, entwendet hatte. Die zweite Instanz gelangte zu derselben Uebersetzung und bestätigte daher das erstgerichtliche auf einen Tag Gefängnis lautende Erkenntnis. Dreimal heilig ist das Eigentum in der Ära des Kapitalismus. Die Frau kann von Glück sagen, daß sie mit einem Tage davon gekommen ist. Unsere Parteigenossen Jette, Hilbert und Aschmeyer, denen zur Last gelegt worden war, daß sie in der Mittler'schen Druckerei ein Stückchen Papier mit dem Gnadenrath „gehoben“ hätten, sind bekanntlich zu sechs resp. 3 Monaten Gefängnis verurtheilt worden!

Der Kampf um den Kreisblatt-Titel. Eine für die Presse bemerkenswerthe Entscheidung hat der erste Senat des Ober-Verwaltungsgerichts gefällt. Der Besitzer des „Dieger Tagesblatt“, der für seine Zeitung den Untertitel „Kreisblatt für den Unter-Lahnkreis“ auch dann noch beibehalten hatte, als ihm die Bekanntmachungen der Kreisbehörden entzogen worden waren, erhielt eines Tages die polizeiliche Verfügung, diesen Nebenittel fortzulassen. Für den Fall der Nichtbefolgung des Verlangens der Polizei wurde ihm gemäß § 132 des Landesverwaltungs-Gesetzes Strafe angedroht. Auf seine Beschwerde ertheilte der Landrath den Bescheid, daß die Polizei auf Grund des § 10 II, 17 Allgemeinen Landrechts das Recht gehabt habe, einzuschreiten. „Kreisblatt“ sei die amtliche technische Bezeichnung der von den Kreisbehörden zu ihren Publikationen benutzten Blätter und wenn der Beschwerdeführer sein Blatt auch jetzt noch Kreisblatt nenne, könnte das Publikum irritirt und damit die öffentliche Ordnung gestört werden. Nachdem auch der Regierungspräsident die Verfügung gebilligt hatte, kam die Sache vor das Ober-Verwaltungsgericht. Im Verhandlungstermin war auch der Minister durch einen Kommissar vertreten. Der Senat setzte die unstrittene Verfügung außer Kraft und Präsident Persius führte zur Begründung des Urtheils aus: Der Titel einer Druckchrift sei nicht minder ein Theil ihres Inhaltes wie der Text selbst. Deshalb sei die Anwesenheit nur nach dem Preßgesetz von 1874 zu beurtheilen, daß die Freiheit der Presse ausdrücklich nur den Beschränkungen unterliege, die es selbst vorschreibe oder zulasse. Ein vorübergehendes Einschreiten, durch die Befürchtung diktiert, die öffentliche Ordnung könnte gefährdet werden, lasse sich aber auf das Preßgesetz nicht stützen.

Die Geheimnisse der Irrenanstalt zu Lindenhaus bei Detmold, die bereits im August d. J. das Schöffengericht zu Lemgo beschäftigten, kamen gestern vor der Strafverurteilungskammer des sächsischen Landgerichts zu Detmold zur noch-

maligen Verhandlung. Der Marineabarzt a. D. Dr. v. Köppen, früherer Assistenzarzt in der Irrenanstalt Lindenhaus, hatte den Direktor dieser Anstalt, Dr. Koller, und dessen Gattin mit argen Schimpfsworten beleidigt und behauptet, daß in der Lindenhauser Irrenanstalt Zustände herrschen, wie sie ähnlich oder noch schlimmer in dem bekannten Mariaberger Prozeß zu Tage gefördert wurden. Dr. v. Köppen soll ferner behauptet haben, daß dem Direktor Dr. Koller alle ärztlichen Fähigkeiten abgehen, daß die hygienischen Zustände der Irrenanstalt aller Beschreibung spotten, ja daß von seinen Seiten der Direktor der Versuch gemacht worden sei, ihn (Dr. v. Köppen) als Geisteskranken in die Irrenanstalt zu sperren. Dir. Dr. Koller, der vollständig unter dem Einfluß seiner Gattin, einer Dame, die vor mehreren Jahren zu den gefeierten Schönheiten Berlins zählte, siehe, habe die Einsperrung Köppen's u. s. w. auf Wunsch seiner Frau vornehmen wollen. Die Frau Direktor trage durch ihren geradezu dämonischen Einfluß die Hauptschuld an dem Zustande in Lindenhaus. Dr. v. Köppen soll die Frau Direktor mit einem Schimpfwort, dessen Wiederholung der Anstalt verbietet, beleidigt und zu dem Direktor gesagt haben: „Ich würde Sie ohrfeigen, wenn ich nicht fürchte, mich zu besudeln“ zc. Stabsarzt Dr. v. Köppen wurde infolgedessen auf Grund des § 185 des Strafgesetzbuchs (einfache Beleidigung) zu 600 M. Geldstrafe verurtheilt. Gegen dieses Urtheil hat Dr. v. Köppen Berufung eingelegt. Infolge dessen gelangte die Angelegenheit am Donnerstag zur nochmaligen Verhandlung.

Wie aus Detmold telegraphisch gemeldet wird, sind zu derselben vom Angeklagten 24 Zeugen geladen. Der Vertreter des Nebenklägers beantragt den Ausschluß der Öffentlichkeit, da durch die öffentliche Verhandlung eine Gefährdung der öffentlichen Sittlichkeit zu besorgen sei. Der Verteidiger widerspricht diesem Antrage. Sein Klient habe ein großes Interesse, daß die Verhandlungen öffentlich geführt werden. Der Gerichtshof beschließt, während des Referats die Öffentlichkeit auszuschließen. Der Angeklagte wurde wegen Beleidigung des Dr. Koller und dessen Gattin, dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend, zu 600 Mark Geldstrafe verurtheilt.

Von der Geschäftsleitung des „Allgemeinen Anzeiger für die deutsche Armee“ hier werden wir ersucht, zur Kenntniß unserer Leser zu bringen, daß das genannte Blatt keineswegs mit der „Deutschen Armee-Zeitung“, deren Herausgeber unlängst wegen Betruges verurtheilt wurde, identisch ist.

Vermischtes.

Ueber die Veranbarung eines Briefträgers wird aus Wiesbaden berichtet: Auf dem Wege zwischen Frauenstein und Schierstein wurde der Landbriefträger Ziel auf seinem Dienstgange von Strolchen überfallen und kampfunfähig gemacht. Baarschaft und Uhr wurden ihm geraubt.

Vom Deutschen Theater in München. Bei der Gläubigerversammlung des Deutschen Theaters wurde, wie das „Vaterland“ meldet, von 2 Anwälten mitgetheilt, daß für Exekution keine pfändbare Masse vorhanden sei, ja nicht einmal etwas zur Bildung einer Konkursmasse!

In einer Dynamitfabrik in San Fausto, Provinz Barcelona, fand, wie aus Madrid gemeldet wird, am Mittwoch eine Explosion statt, bei der ein junger Mann und ein junges Mädchen ums Leben kamen und einige andere Personen verwundet wurden; der Materialschaden ist beträchtlich.

Aus Venedig wird vom Mittwoch gemeldet: Hier herrscht heftiges Unwetter, fast die ganze Stadt ist überschwemmt. Der Dampfschiffverkehr ist unterbrochen. Das Lloydsschiff von Triest konnte nach 18stündiger gefährlicher Fahrt gestern erst 6 Uhr Abends einlaufen.

Selbstmord einer Schauspielerin. Die Schauspielerin Minna Robert, welche sich seit einiger Zeit in Abbazia aufhielt, stürzte sich in der Nähe der Villa Augusta ins Meer und ertrank. Die Motive sind unbekannt.

Das Kinderheim in Rindstrup (Dänemark) ist abgebrannt. Das Feuer wurde von den Kindern angelegt, die dann flüchteten. Der Grund für dieses Verhalten der Kinder ist in der grausamen Behandlung derselben und darin zu suchen, daß die Kinder meist Hunger leiden mußten. Eine Aufricht über das Kinderheim gab es nicht. (S) Dasselbe ist innerhalb 16 Jahren nur drei Mal abgebrannt. Die Brandstifter waren stets die Kinder! Wie müssen diese Kinder gepeinigt sein, wenn sie so gar keinen anderen Ausweg wissen!

Aus London meldet man: Mittwoch Abend brach in der St. Georgskirche Feuer aus, wodurch der schöne monumentale Thurm vollständig zerstört wurde.

Aus Niagara wird über New-York gemeldet, daß in der Werkstatte der Niagara Falls Power Company dreißig Pfund Dynamit explodirten. Das Gebäude wurde vollständig zertrümmert. Glücklicherweise war die Tageszeit so früh, daß nur wenige in der Nähe der Unglücksstelle weilten. Von diesen wurden mehrere verletzt. Man schreibt das Unglück der Unvorsichtigkeit zweier Arbeiter zu, die während der Explosion in der Werkstätte gewesen sein müssen.

Witterungsübersicht vom 19. November 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm., reduziert auf d. Meeresspiegel.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (50° F.).
Swinemünde.	759	WSW	1	bedeckt	-2
Hamburg.	760	SO	2	Nebel	-1
Berlin.	761	SO	3	bedeckt	-2
Wiesbaden.	763	WSW	2	bedeckt	5
München.	764	W	5	Regen	2
Wien.	762	WSW	2	bedeckt	6
Daparaunda.	764	SO	2	Schnee	-1
Petersburg.	768	SO	1	wolkenlos	-8
Genève.	764	SW	4	bedeckt	9
Aberdeen.	759	SW	2	halb bedeckt	2
Paris.	765	SW	2	Nebel	6

Wetter-Prognose für Freitag, den 20. November 1896. Etwas wärmer, ziemlich trübe und neblig mit geringen Niederschlägen und schwachen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Offizier (mit Nachnamen oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend abends von 6-7 Uhr statt.

Stade. Anonyme Mittheilungen veröffentlichen wir nicht. W. Eis. Der zuerst Geborene. Das Jahr 1800 ist kein Schaltjahr.

S. 9. 10. Straffälligkeit liegt wegen Verjährung, soweit nicht ersichtlich, vor. — 12 b. a. l. Im 2. Jahre vom Ende des Jahres ab, in dem die Forderung entstanden ist. — P. 8. 78. Sie können das Fehlende machen lassen und dann die Kosten gegen den Wirth einlangen. — S. 100. Für angemessen werden bis zum zurückgelegten 4. Lebensjahre monatlich 12,50 — 15 M., vom 4.—14. Lebensjahre monatlich 15 — 18 M. erachtet. — A. 8. N. 100. S. N. Treschwfr. 53. Ja. — A. 7. 1. Ja. 2. Nein. 3. 1 Jahr lang. 4. Nein. — S. 80. Nein. — Polizist. 1. Vom 3. Juli 1899 ab. 2. Durch 1 erledigt. — C. P. Der Verband würde zu klagen haben

Unternehmer-Verbände.

Die Zuckerfabrikanten haben sich über ihre verschiedenen Kartell-Pläne wenigstens zum Theil geeinigt. Der Vorstand des Vereins der Rohzuckerfabriken, der durch das geplante „Deutsche Zuckersyndikat“ den Weltmarkt regulieren will, und die Unterzeichner des Aufrufs für das „Deutsche Inland-Zuckersyndikat“, an dem vornehmlich die Verbrauch-Zuckerfabriken, die Raffinerien, interessiert sind, trafen am 12. November in einer Konferenz zu Berlin eine Resolution, laut welcher sie übereinkamen, 1. einem jeden der beiden Syndikate seine Bildung und Durchführung unabhängig von dem anderen zu überlassen; 2. in gegenseitiger Unterstützung sich zu verpflichten, daß ein jedes Syndikat mit den einzelnen Fabriken nur gleichlautende Verträge abschließt, und daß der Inhalt des zwischen dem „Deutschen Inland-Zuckersyndikat“ und den Rohzucker-Fabriken abzuschließenden Vertrages unter Mitwirkung des seitens des Vereins der Rohzucker-Fabriken in der Bildung begriffenen „Deutschen Zuckersyndikats“ festzustellen ist; 3. den Rohzucker-Fabriken, welche an dem „Deutschen Zuckersyndikat“ betheiligt sind, es frei zu stellen, daß sie zu dem Abschluß des Vertrages mit dem Inland-Zuckersyndikat das „Deutsche Zuckersyndikat“ bevollmächtigen.

Bis zur definitiven Errichtung der beiden Syndikate hat es zwar noch gute Wege, denn die Unternehmer sind nicht leicht dazu zu bringen, ihre Selbstständigkeit aufzugeben, aber die Profitgier wird wohl schließlich die Mehrheit des „Opfer“ bringen lassen. Bereits hat in Halberstadt eine Versammlung von Zuckerindustriellen der Provinz Sachsen und Anhalts sich für die Errichtung beider Syndikate sowie deren baldige Vereinigung erklärt.

Im „Zentralblatt für die Zucker-Industrie“ kennzeichnet ein Fachmann die Situation, indem er schreibt: „Verschiedene Vorschläge werden zur Erhebung der Zuckerpriese gemacht, aber das Radikalmittel: Einschränkung der Produktion, wird ängstlich umgangen, da man gern eine große und womöglich noch immer steigende Produktion beibehalten und trotzdem hohe Zuckerpriese erzielen möchte, was jedoch nie und nimmer gelingen wird.“

Ein Glück für die Konsumenten, wenn das einträte. In Oesterreich hat die Auswanderung der Bevölkerung durch die Zuckerartelle zu Zuständen geführt, daß der Staat um Schutz angehen mußte. Im Budgetausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses erklärte am Mittwoch der Handelsminister Graf von Ciska auf eine Anfrage wegen Ordnung des Kartellwesens auf dem Wege der Gesetzgebung, er sei weder Ankläger noch Verteidiger der Kartelle, denn es gäbe schädliche und nützliche. Die Bekämpfung der Kartelle erfolge am wirksamsten durch die Kartelle selbst; bis jetzt sei die Kartellfrage noch nirgends befriedigend gelöst; sie werde seitens der Regierung in Erwägung gezogen. Dazu ist zu bemerken, daß die sehr scharfen gesetzgeberischen Maßnahmen, die man in den Vereinigten Staaten und in Kanada gegen die Trübs getroffen hat, den erstrebten Zweck allerdings nicht erreicht haben.

Für die deutsche Zuckerindustrie ist noch sozagenes nicht ohne Bedeutung: Die Produktion von Rübenzucker ist in den Vereinigten Staaten von Amerika von rund 2 1/2 Millionen Kilogramm im Jahre 1892 auf rund 20 1/2 Millionen im Jahre 1894 gestiegen. Wie lange wird es dauern, so produziert die amerikanische Republik selber so viel Zucker, daß sie den deutschen und überhaupt den ausländischen Zucker nicht mehr braucht.

Auf dem Kohlen- und Eisenmarkt werden wieder höhere Preise angekündigt. Zum Theil liegt das natürlich an dem guten Geschäftsgang, zum größeren Theil aber an der straffen Organisation der Unternehmer, die durch ihre Kartelle die Produktion so „regeln“, daß ein die hohen Preise drückendes ausreichendes Angebot vermieden wird. Den Nachtheil davon haben neben den Konsumenten die Berg- und Eisenarbeiter, die zur Zeit der Einschränkung der Produktion mit Heizerschichten gefügnet werden, was selbstverständlich immer mit Lohnverminderung verbunden ist. Können dann die Werke der Nachfrage nicht mehr genügen, so müssen die schlecht genährten Arbeiter Tag und Nacht schuften. Beispielsweise war im Ruhrgebiet schon im Oktober die regelmäßige Lieferung der geforderten Mengen von Kohlen, Koks und Breikits theilweise nur mit größter Anstrengung, theilweise überhaupt nicht zu beschaffen. Das Geschäft blüht so, daß die Erzeugungsmenge von Koks bereits für die zweite Hälfte des nächsten Jahres nahezu vollständig verschlossen ist. Das Westfälische Kohlsyndikat hat demgemäß die Berechnungspreise für den inneren Verkehr, das heißt für das Verhältnis zwischen dem Syndikat und seinen Mitgliedern, pro 1. Januar nächsten Jahres um 0,50—2,50 M. erhöht. Die Verkaufspreise dagegen sind schon längst weit höher. Das Rheinisch-westfälische Kohlsyndikat hat die Preise ebenfalls gesteigert und zwar um 0,25—0,50 M. pro Tonne und darüber hinaus. Die „Kölnische Zeitung“ rühmt diesem Syndikat noch nach, daß ohne dessen Versehen und ohne dessen maßvolles Auftreten die Preise bei der „außergewöhnlich günstigen Marktlage“ zweifellos einen erheblich höheren Stand haben würden. Das „maßvolle Auftreten“ wird wohl in der Furcht vor der ausländischen Kohle seine Ursache haben. Jedenfalls ist der Zweck des Kartells der, den Preis so hoch wie möglich emporzuschrauben. Der Eisenmarkt steht, wie schon bemerkt, ebenfalls unter dem Zeichen der Preisverhöhung. Die Rohpreise von Produzenten sind vorangegangen, ihnen folgen die Walzwerke unter Berufung auf die höheren Selbstkosten. Stabstabe und Träger, wovon angeblich nur geringe Vorräthe vorhanden sind, werden — wie vom niederrheinisch-westfälischen Eisenmarkt berichtet wird — von der Preisverhöhung besonders betroffen werden, und mit der bevorstehenden Errichtung des Großblech-Syndikats wird auch für Großbleche eine einheitliche Steigerung der Preise eintreten, so daß im nächsten Frühjahr überall mit höheren Preisen gerechnet werden muß.

Was aber haben die Berg- und Eisenarbeiter von dem guten Geschäftsgang? Für sie fällt wenig oder nichts ab. Ein großer Theil der Schuld trifft diese Arbeiter selbst. Sie leben der Mehrzahl nach in der Vereinzelung dahin, schließen sich der Gewerkschaft nicht an, obwohl ihnen das Beispiel der Unternehmer zeigt, daß sich durch die Organisation außerordentliches erreichen läßt. Solange nicht wenigstens die größere Hälfte der Berg- und Eisenarbeiter der Gewerkschaft angehört, werden diese mit unzureichenden Löhnen, langer Arbeitszeit, unwilligen Heizerschichten und oft unwürdiger Behandlung vorlieb nehmen müssen, während die Unternehmer, pfiffig wie sie sind, jede Gelegenheit beim Schopf fassen, um Gold auf Gold zu häufen.

Unter den Düngersyndikaten, deren Kartell vor einigen Jahren aus dem Veim gegangen ist, wie in Nr. 265 des „Vorw.“ mitgeteilt wurde, sind schon oft Versuche gemacht worden, ein neues Kartell zusammenzubringen. Nach dem Münchener Neuesten Nachrichten soll ein neuerlicher Versuch gescheitert sein. Sächsisch-deutsche Fabrikanten hätten auf 3 Jahre eine Uebereinkunft getroffen, die die Erzielung besserer Preise ermöglichen sollte. Da sich dieses Kartell nur auf einen Theil Deutschlands bezieht, beweist die „Kölnische Zeitung“, daß es die beabsichtigte Wirkung haben werde. Diese Vermuthung ist sicherlich richtig.

Die Düngersyndikaten in Schleswig-Holstein und Mecklenburg haben schon beschlossen, die Preise unverändert zu lassen. Das dürfte das vernünftigste sein, was die Herren thun können, denn ein Kartell der deutschen Düngersyndikate, das sich die Erhöhung der Preise zum Ziel setzen würde, könnte dazu führen, daß die Landwirthe selber Düngersyndikate errichten. Die „Wochenschrift des landwirthschaftlichen Vereins“ erklärte bereits: „Sollten die deutschen Kunstdüngersyndikate, um der deutschen Landwirtschaft die Preise für Kunstdünger zu erhöhen, ein Uebereinkommen treffen, so würden die Landwirthe hierdurch auf den Weg der Selbsthilfe verwiesen und es ist gar nicht zu bezweifeln, daß dieser Weg jetzt schon mit großem Vortheil beschritten werden könnte. Die Errichtung gemeinschaftlicher Dünger-Fabriken würde heute schon von den landwirthschaftlichen Genossenschaften, deren Provinzial- und Landesverbänden unsehr im Werk zu sehen sein und zweifellos den Betheiligten großen Nutzen, sowohl hinsichtlich der Güte als des Preises des Kunstdüngers bringen.“

Lokales.

Aus der akademischen Jugend entwickeln sich bekanntlich innerhalb weniger Jahre die polizeifremden Staatskandidaten, die berufen sind, den Kampf für Ordnung, Religion und Sittlichkeit gegen die Parteien des Unheils zu führen. Bevor für diese Bengels die Zeit gekommen ist, sich mit dem Gesangbuch unter dem Arm und dem nach oben gerichteten frömmelnden Blick freudig zu bemühen und gegen die unästhetische, kulturfeindliche Sozialdemokratie zu donnern, wählen sie selber dergestalt im Unstath, daß jeder Arbeiter, der sich ähnlich betriege, der Verachtung seiner Mitmenschen sicher wäre. Vom Idealismus der Studierenden schneidiger Sorte giebt das mit dem Reichsadler geschmückte „Viederbuch für deutsche Studenten“ (Heidelberg, Verlag von Carl Winter, 3. Aufl.) einen Begriff. Das Lied Nr. 113 heißt der „Brandfuch“ und hat folgende Schlusstrophen:

Ob ich auch Kollegen schwänzte,
Fehlt' ich im Kommerzhaus nie,
Ob ich manches Glas kredenzte,
Ranchen Schoppen wieder spie, (H)
Brüder, ehrt das Buchchenleben,
Brüder, 's ist so eng begrenzt.
Darum laßt die Lehr' Euch geben:

Paulet wader, sauft und schwänzt!
Ein Staatsanwalt ließ sich neulich beikommen, den „Vorwärts“ wegen Unzuchtvergehens unter Anklage zu stellen, als das sozialdemokratische Blatt durch Wiedergabe einer Kuppel-Anzeige, die ein Gerichts-Arzt in ein hiesiges Blatt hatte einreichen lassen, die gemeine Entehrung dieses Menschen an den Pranger gestellt hatte. Wie muß dieser Staatsanwalt erst über das schweinsche Gebahren der Korpsstudenten entrüstet sein, die an dem von uns abgedruckten Liebes ein Ergötzen finden.

Zur akademischen Prügelfrage. Wir erhalten von mehreren Studierenden aus Charlottenburg folgende Zuschrift: „Auf die Bemerkung in der Dienstadt - Nummer Ihres geschätzten Blattes über den Verlauf der Studenten-Versammlung in Charlottenburg erlauben wir uns, Ihnen mitzutheilen, daß das Resultat dieser Abstimmung wohl nicht der allgemeinen Ueberzeugung der Studentenschaft entspricht. Denn von den 2000 Studierenden unserer Hochschule haben nicht die Hälfte Stimmberechtigung, weil dieselbe an die Lösung einer Karte zum Preise von 4,50 M. gebunden ist, und von den Berechtigten haben nur 450 ihre Stimme abgegeben. Die Majorität setzte sich zusammen aus den größeren akademischen Vereinen.“

Wir bitten um liebenswürdige Aufnahme dieser Notiz in Ihr Blatt, damit sich über die wirkliche Stellung in der Studentenschaft zum Duell im Publikum nicht falsche Anschauungen bilden.“

Einen Polizeikonflikt eigener Art hatte am „Vortage“ der Saalbesitzer Grindel in der Brunnenstr. 188 zu befechten. In seinem Lokal vergnügte sich ein Theaterverein mit der Auführung eines Lustspiels. Die Mitglieder des Vereins waren streng unter sich, so daß von einer öffentlichen Festlichkeit nicht im geringsten die Rede sein konnte, und der Wirth hatte dem Verein am gedachten Tage sein Lokal zur Verfügung gestellt, um, wie er sagte, im Verwaltungsstreitverfahren, das er herbeiführen wolle, die Unrechtmäßigkeit der neuen polizeilichen Beschränkungs-Verordnung feststellen zu lassen. Als der Verein sich kurze Zeit vergnügt hatte, erließen der Polizeileutnant des 62. Reviers in der Privatgesellschaft, verbot das Weiterspielen und forderte die Gesellschaft auf, den Saal zu verlassen. In Gegenwart des Lieutenants ersuchte der Wirth die Anwesenden gleichfalls, den Saal zu kurze Zeit zu räumen, sie seien ja seine Gäste und könnten ja binnen kurzem wieder in den Saal eintreten. Bevor der Beamte sich entfernte hatte, lehrten die Vereinsmitglieder denn auch unbehelligt in die für sie reservirte Kämmlerei zurück. Es dauerte nicht lange, so erschienen Schatzmannspatrouillen, um sich von Zeit zu Zeit davon zu überzeugen, daß wirklich kein Theater, sondern nur Pländer und Windeluh gespielt werde. Der Wirth sagte nichts hiergegen und machte erst Einwendungen, als sich zwei Schulleute sänbig im Lokal posirten. Er verbot den beiden Beamten den Aufenthalt in dem für die Privatgesellschaft reservirten Raum und machte sie darauf aufmerksam, daß sie sich im Falle der Weigerung des Hausfriedensbruchs schuldig machen würden. Die Beamten folgten auch verständig den Anordnungen des Wirths und gingen. In kurzer Zeit aber erschien der Lieutenant selber mit etwa zehn Schulleuten, forderte seine Untergebenen auf, den Wirth, der im Garten anwesend war, zu listren und ließ erst von seinem Vorhaben ab, als Herr Grindel mit nicht mißzuverstehender Energie gegen dieses Vorhaben protestirte. Dann schritt der Polizeileutnant mit den Schulleuten in den Saal und forderte die ahnungslose Gesellschaft auf, das Lokal gänzlich zu räumen; wenn Widerstand erfolge, werde er von der Waffe Gebrauch machen lassen. Die bestürzten Gäste verließen in aller Eile das Lokal. Herr Grindel will durch seinen Rechtsanwalt die Angelegenheit gegen den Lieutenant bis zur letzten Instanz verfolgen lassen.

Mit dem Polizeileiter zu gunsten des Eisenindustriellen Hartung war es nicht. Wir berichteten bekanntlich am Sonntag, daß die Kühnemänner flugs einen ihrer Angestellten nach dem Polizeibureau in der Vintensstraße geschickt hatten, als ein Arbeiter in der Angelegenheit des Hartung'schen Ausstandes Zettel vertheilt hatte, und daß dann die Polizei zum nicht geringen Erstaunen des Arbeiters einfach die Zettel konfiszirte und dem Verbrecher, der die Metallarbeiter an ihre Solidarietätspflicht gewahnt hatte, eine Anklage wegen des angeblich aufrührenden Inhalts dieser Warnungszettel in Aussicht stellte. Wie in so manchem Fall, so haben auch hier Erwartung und Erfüllung nicht gleichen Schritt gehalten. Denn am Donnerstag Morgen erhielt der Anzeiger sämtliche 376 Exemplare der konfiszirten Trudschrift wieder ausgeliefert, sodas es ihm möglich war, sich zeitig zum Arbeitsnachweis der Kühnemänner in der Gartenstraße Nr. 160 zu begeben und vor diesem Hause die erforderlichen Warnungen an den Mann zu bringen. So bedauerlich dieses vom Standpunkte des Ständehalterthums ist, so muß doch der

Polizei empfohlen werden, in Zukunft nicht gar so leicht mit Thaten zur Hand zu sein, die dem Unternehmertum am Ende Enttäuschungen bereiten.

In der alten Urania, Abtheilung Invalidenstr. wird Herr Professor Dr. Bahnschaffe am Freitag, den 20. d. M., abends 8 Uhr, einen Vortrag über das Thema „Unsere Heimath zur Eiszeit“ halten. Der Gelehrte, der durch seine wissenschaftlichen Untersuchungen die jetzt allgemein angenommene Inland-Eiszeit für Norddeutschland mitbegründen half, wird seine Darlegungen durch eine Reihe vortrefflicher Projektionsbilder veranschaulichen. Eine Wiederholung dieses Vortrags kann nicht stattfinden.

Ausfallkonferenz in Berlin. Aus Kopenhagen wird berichtet: Auf Initiative eines Komitees, dem außer verschiedenen Ärzten aus Norwegen, Schweden und Dänemark auch Geheimrath Professor Robert Koch und Professor Kaffar aus Berlin angehören, wird im Oktober 1897 eine Ausfallkonferenz in Berlin zusammengetreten, um Vorkehrungen gegenüber der Verbreitung der Seuche in Erwägung zu ziehen. Zu der Konferenz werden Vertreter der Regierungen der interessirten Länder eingeladen werden.

Ein Revolverattentat auf seine Braut verübte am Dienstag Nachmittag in dem Hause Brunnenstr. 187 der 22jährige Töpfer Fröhlich. F., der in der Alten Schönhauserstraße in Schlastelle lag, unterhielt seit etwa sechs Wochen mit der 20jährigen, in der Plättankast von M. in der Brunnenstraße angeheirateten Plättlerin Minna Klamm ein Liebesverhältnis, welches jedoch am vorigen Sonntag dadurch getrübt wurde, daß die K. ein Tanzvergnügen besuchte, ohne ihren Bräutigam hiervon verständigt zu haben. Der letztere begab sich am Montag nach der Arbeitsstelle der Klamm, um diese deshalb zur Rede zu stellen, wurde jedoch von dem jungen Mädchen zurückgewiesen. Am Dienstag Nachmittag erschien F. abermals in dem Hause Brunnenstraße 187 und begab sich sofort nach der im Hinterhause belegenen Plättankast, wo er seine Braut zufällig allein antraf. Ohne ein Wort zu sagen, riß er plötzlich einen Revolver hervor und gab einen Schuß auf die Abnungslöse ab, welche, in der Brust getroffen, sofort zusammenbrach. Alsdann richtete der Töpfer die Waffe gegen sich; er drückte dieselbe ab, ohne sich jedoch zu verletzen. Die Kugel hatte seinen Ueberzieher durchbohrt und blieb im Kopf stecken. Ehe der Mörder einen zweiten Schuß gegen sich abfeuern konnte, wurde er von hinzukommenden Hausbewohnern entworfnet und der Polizei übergeben. Er bestritt, die Absicht eines Mordes gehabt zu haben, vielmehr wolle er seine Braut nur durch eine leichte Verwundung erschrecken. Die K., die in der That nur sehr leicht verletzt ist, wurde nach einem Krankenhause gebracht; dürfte jedoch bereits in den nächsten Tagen von dort wieder entlassen werden.

Ein Bußtagausfall. Gestern aufgefunden wurde gestern Morgen in der Wollankstraße der fünfundsingzigjährige Kaufmann Ritter. R. hatte am Bußtag mit mehreren Freunden eine Bierreise unternommen, welche sich bis nach Kleinendorf ausdehnte; sämtliche jungen Leute waren stark angetrunken und trennten sich dortselbst. R., der allein ging, ist vermutlich infolge seines Rausches auf der Straße zusammengebrochen und eingeschlagen. In einer Gastwirthschaft wurde er mit Mähe aufgefunden.

Aus den Nachbarorten.

Friedrichshagen. Den Mitgliedern des Arbeiter-Bildungsvereins hiermit zur Nachricht, daß am Sonnabend, den 22. November, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Zur Sängerhalle“ (Nante Hoffmann) eine Versammlung stattfindet, in welcher Genosse Georg Wagner einen Vortrag über „Vorbereitung und Klassenbewußtsein“ halten wird. Punkt 8 der Tagesordnung wird den Mitgliedern Gelegenheit bieten, sich über die Verhandlungen der letzten Gemeindevorstandes-Sitzung zu äußern. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Für die zwischen Spandau und dem Nordring direkt verkehrenden Vorortzüge war von Anwohnern der Gegend an der Busselstraße und namentlich von dort wohnenden, in Spandau beidseitigen Arbeitern bei der Eisenbahn-Verwaltung dahin petitionirt worden, daß diese Vorortzüge auf Station Busselstraße halten möchten. Daraus ist dieser Tage ein ablehnender Bescheid erfolgt, worin gesagt wird, daß die projektirte Station „Pulitzstraße“ als Vorortbahnhof in Aussicht genommen sei. („Lokales“ siehe auch 1. Beilage.)

Soziale Rechtspflege.

Eine prinzipielle Entscheidung hat am 16. November das Reichs-Versicherungsamt unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Vöbker gefällt. Der Bierfahrer Wasmann aus Hamburg war zur Heilung eines Fußleidens, das er sich im Vertriebe zugezogen hatte, nach der Unfallstation IV in Berlin gebracht worden. Hier ist er am zwanzigsten Tage seiner Anwesenheit an der Diphtherie erkrankt; wenige Tage später erlag er diesen Leiden. Nachdem die Berufsgenossenschaft und auch das Schiedsgericht die Rentenansprüche der Hinterbliebenen abgelehnt hatten, weil ihnen der Nachweis eines ursächlichen Zusammenhanges zwischen dem Unfall und dem Tode des Verletzten nicht dargebracht schien, erhoben die Kläger den Rekurs. Das Reichs-Versicherungsamt begnügte sich nicht mit den im Laufe des Verfahrens abgegebenen ärztlichen Gutachten, sondern ersuchte noch den Professor Fräbinger um ein Ober-Gutachten. Das Rekursgericht hat nun jetzt die Hinterbliebenen des Wasmann ebenfalls mit ihren Ansprüchen abgewiesen. Aus der Urtheilspublikation durch Dr. Vöbker ist hervorzuhelien: Es liege die Annahme menschlich nahe, daß eine Berufsgenossenschaft, die einen Verletzten in einer Pellankast unterbringe, dann mit der Rentenzahlung an die Hinterbliebenen einzutreten habe, wenn dieser Verletzte in der Unfallstation von der Diphtherie befallen werde und dort daran zu Grunde gehe. Das allein genüge aber nicht, vom Standpunkte der Unfallversicherung einen Zusammenhang zwischen dem Unfall, der die Aufnahme im Krankenhause veranlaßte, und dem Tode anzunehmen, der die Folge der Infektionskrankheit war. Vielmehr sei der Grundsatz aufzustellen, daß die Berufsgenossenschaften in solchen Fällen nur dann einzutreten haben, wenn die Besondere Verhältnisse im Krankenhause die Erkrankung hervorriefen oder doch im außerordentlichen Maße begünstigten. Das sei aber in der Unfallstation IV nicht der Fall gewesen; im Gegentheil, Wasmann sei trotz seines Aufenthaltes daselbst an der Diphtherie erkrankt. Es liege fest, daß weder vorher noch nachher in der Station Diphtherie vorgekommen sei und daß keiner der Angestellten der Unfallstation Diphtheriekranke in letzter Zeit außerhalb der Unfallstation behandelt habe. Auch wäre auf Grund des Gutachtens von Professor Fräbinger anzunehmen, daß die infolge des Unfalls eingetretene Schwächung des Wasmann der Infektion nicht förderlich gewesen sei. Wäre es der Fall gewesen, dann hätte das Gericht den Hinterbliebenen die Rente zuzurechnen müssen.

Verweiss der Erhaltung von Strafanzeigen hat der dritte Senat des Ober-Verwaltungsgerichts kürzlich eine für die heiligsten wichtige Entscheidung gefällt. Der Ziegeleibesitzer Gübner

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, 20. November:
Opernhaus. Martha.
Schauspielhaus. Die Welt, in der man sich langweilt.
Deutsches Theater. Freiwild.
Berliner Theater. Renaissance.
Kessing-Theater. Madame Sans-Gêne.
Theater des Westens. Der dritte Mann. Hierauf: Ein blauer Teufel.
Neues Theater. Bodsprünge. Vorher: Die sittliche Forderung.
Residenz-Theater. Chiffeseln. Vorher: Ein delikater Kusttrag.
Schiller-Theater. Der Pfarrer von Kirchfeld.
Thalia-Theater. Das Wetterhäuschen. Darauf: Zwei Schwieger-söhne.
Salle - Alliance - Theater. Ramsell Viehliebchen.
Ostend - Theater. Der deutsche Michel.
Volks-Theater. Ein vorsichtiger Mann.
Theater Unter den Linden. Der Ehemann vor der Thür. Hierauf: Unter den Linden.
Zentral-Theater. Eine wilde Sache.
Friedrich Wilhelmstadt. Theater. Vor Sonnenaufgang.
Alexanderplatz-Theater. Nansen's Reise nach dem Nordpol.
Hausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo - Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Freitag, abends 8 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Ein Ehrenwort.

Friedrich Wilhelmstadt. Theater
Chausseest. 25/26. Dir. Max Samst.
Zum 1. Male:

Vor Sonnenaufgang.
Soziales Drama in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.
Anfang 8 Uhr.
Billetts sind an der Theaterkasse, im „Invalidenbank“, Unter den Linden 24, und bei Paul Romels, Leipzigerstr. 6, zu haben.
Sonnabend, Sonntag, Montag: Vor Sonnenaufgang.
Sonnabend, nachm. 4 Uhr, auf allgemeines Verlangen: Erste Kinder-Vorstellung zu kleinen Preisen: Schneewittchen und die 7 Zwergs, Zaubermärchen in 8 Bildern mit Gesang und Tanz von Georg Zimmermann.

Thalia-Theater
(vormals: Adolph Cruss-Theater)
Dresdenerstr. 72/73.
Zum 2. Male:
Das Wetterhäuschen.
(Weather or no.)
Russal. Genrebild von Adrian Hof.
Deutsch von Hermann Hirschel.
Musik von Bertram Eward Selby.
Darauf: Zum 2. Male:
Zwei Schwieger-söhne.
Schwan in 4 Akten von M. Souveron.
Deutsch von Max Schönan.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Einzig in Berlin
ist das neue Programm des
Volks-Theater

34 Reichenbergerstrasse 34.
Herdeshahn-Haltestelle:
Kottbusser Thor.
Seit 20 Jahren die lustigste Pöffe:
Ein vorsichtiger Mann.
Jeden Abend stürmischer Lacherfolg.
Um 9 1/2 Uhr:

Gemischter Theil (Ho-ho!).
Durchweg neue
Künstler-Spezialitäten.
Die Nuttinger's aus Salzburg!
Damen-Terzett ausser Konkurrenz.
Die Hunde-Akademie,
dirigiert von Miss Adelo.
Martin Reuter, Gesangs-
Komorist.
Familie Derrington,
Parforce-Rausch-Radsfahrer.
Ren:

Don Juan von rückwärts,
oder: Der vergnügte steinerne Gast.
Opernoperette von Richard Thiele.
Anfang: Woche 8 Uhr.
Sonnabtags 7 Uhr.
Entrée 50 Pf. bis 3 M.
In Vorbereitung:
In glänzender Ausstattung: Robert und Gertram.
Pöffe mit Gesängen und Tänzen von Gustav Häder.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends
Sternwarte Invalidenstr. 57-62
Lehrt. Stadtbahnhof
täglich geöffnet von 7 Uhr abends ab.
Eintritt 50 Pf.
Im Theater-Saale täglich 8 Uhr
abends Vorträge mit Experimenten und
großen Lichtbildern ausgestattet.
Näheres die Tagesanschläge.

Passage - Panopticum.
Das
Théâtre Variété
ist
wieder
eröffnet!
Ohne Extra-Entrée.

Castan's Panopticum
Neu! Die wunderbaren
Neu! indischen
Neu! Pygmäen
Neu! Ur-Australier
(Kannibalen).

Ostend-Theater.
Grosse Frankfurterstr. 132.
Direktion: Carl Weiss.
Der deutsche Michel!
Anfang 8 Uhr.
Sonntag, 22. November: Lorbeer-
baum und Bettelstab. Anfang 7 1/2 Uhr.

!!! Novität!!!
Schippanowsky's
Internationale Konzerte
Spandauer Brücke - Stadtbahnboje
! Im Frühlingsglanze!
Neue phänomen. Ausstattung.
Heute Konzerten:
Im Pfloderhain: Wiener Damen-
Kapelle „Wiener Herzen.“
Rosenlaube: Elite-Orchester „All
Heil.“
Obstgarten: Ital. Sänger-Gesell-
schaft „Sacco“.
Hopfenlaube: Instrument „Lacry“.
Weinberg: Tiroler Sänger- und
Tanzgesellschaft „Eder.“
Theater-Abtheilung:
Abendlich Auftreten von:
Humoristen, Komikern, Duettisten
u. s. w.
Anfang Wochen. 6 Uhr Nachm.
Entrée frei.
Vorzügliche und billige Küche.
Table d'hôte à Couvert 75 Pf.

Alexanderplatz-Theater.
Nansen's Reise
nach dem Nordpol.
Ausstattungsstück mit Gesang
in 4 Akten (8 Bildern) von Hugo Vuffe.
Musik von Albert Bicher.
Anfang 8 Uhr. (Wons haben Gültigkeit.)
Morgen und die folgenden Tage:
„Nansen's Reise nach dem Nordpol“.
Sonnabend, 21. November, nachm.
4 Uhr: Kinder-Vorstellung. Auf allge-
meines Verlangen:
Der Rattenfänger von Hameln.
Phantastisches Volksstück mit Gesang
in 7 Bildern von Dr. Gust. Braun.

Circus Busch.
(Bahnhof Börse.)
Freitag, den 20. November,
Abends 7 1/2 Uhr:
Große humoristische Vorstellung
Ein Abend zum Lachen.
Die Jagd nach dem Glück.
Gesangs-Vortrag der Konzert-Sängerin
Baronessa d'Albor.
Außerdem: Der Cigari-Clown Mr.
All Daniels als Schnellphotograph.
Der Clown Boganowsky als Löffel in
der Tanzstunde. Auftreten der Clowns
Mr. Sidney und Cyrillo. 100 Clowns,
männl. u. weibl. Mr. Busby als Augusti.
Dir. Busch m. seinen bestref. Freizeits-
pferden. Zum 1. Male: Miniatur-Stoppel-
chasse, geritten von Hfen. Zanzibar,
russ. Hengst, geritten von Herrn Sala-
monski. 4 gezähmte Zebren, e. Wunder-
beredliche Hochturnkünstler.
Morgen: Die Jagd nach dem Glück.
4 Zebren.
Sonntag, 7 1/2 Uhr: Millennium.
4 Zebren.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 80.
Direktion: Richard Schultz.
Zum 62. Male:
Emil Thomas a. G.
Eine wilde Sache.
Große burleske Ausstattungs-Pöffe
mit Gesang und Tanz in 6 Bildern
von W. Mannstädt und J. Freund.
Musik von J. Gindshofer.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Viktoria - Brauerei.
Lützowstrasse 111/112.
Heute, sowie jeden Freitag
und Montag:
Stettiner
Sänger
(Meissel,
Pietro,
Britton,
Steidl,
Krone,
Röhl
und
Schrader.
Anfang präz. 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate.)
Steidl als Li-Sung-Tschang.
Sonnabend:
Soirée in Spandau
im „Rothem Adler“.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. - Dir.: J. Glück
Mlle. Fougère.
Kaufmann.
The Troubadours.
Signor Bernardi
erner
30 Kunstkräfte
allerersten Ranges.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Feen-Palast
Burgstrasse 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Ren! Rodi Roubert Ren!
bester Musikant der Gegenwart.
Ren! Ella und Alphons Thera
urkomische musikalische Clowns.
Nur noch kurze Zeit
Das tollkühne Niagara-Trio.
Der sensationelle Benedetty.
Das brillante Ballet
Barbarinl. Der beste Rennart
u. s. w. u. s. w.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 8 Uhr.
Entrée 50 Pf. Reservirt 50 Pf.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Täglich (außer Sonnabends):
Konzert, Theater-Vorstellung.
Das Fest der Handwerker.
Pöffe mit Gesang und Tanz von Angely.
Vorher:
Die Weber.
Original-Burleske in 1 Akt von
W. Gerike.
Jeden Sonntag, Dienstag
u. Donnerstag nach d. Vorstellung
Tanzkränzchen.

Vogel's Casino
früher Welt-Restaurant,
Dresdenerstr. 97.
Im vorderen Saal täglich:
Die italienische National-
sänger- u. Tänzer-Gesellschaft
Dominico Conti.
Entrée vollständig frei.
Im großen Theatersaal:
Variété- u. Spezialitäten-
Vorstellung.
Auftreten von Kunstkräften nur
I. Ranges.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 8 Uhr.
Sonntag, 22. Novbr. (Totdenkfest):
Winterfesten.
Schauspiel mit Gesang in 5 Akten.

Verwaltung der Kochanstalt
Stadt. Schlachthof
Täglich (Sonntags vorn. von 7-9 Uhr)
Verkauf von:
Gekochtem Rindfleisch
à 30 u. 35 Pf. per Pfund.
Gek. Schweinefleisch
à 40 Pf. per Pfund. (30L)

Lungenleiden a. sog. unheilbare beh. n. besond. bewährte Methode m.
vorzügl. Erfolge Dr. Thamm, Heanderstr. 31.



mit
Hütte Kontrollmarke
(nur aus der Genossen-
schafts-Fabrik be-
zogen) verkauft im ein-
zelnen zu Engrospreisen
billiger als jede Konkurrenz
Oscar Arnold, Hut-Engros-Geschäft,
116 Dresdenerstr. 116 am Graniensplatz.
Kein Laden.

Stärke der
natürlichen
Größe.
Kräftiges Messer
sendet die Stahlwaren-Fabrik von
Paul Hartkopf in Solingen
dem Einsender dieser Annonce. Ein hochfeines Taschenmesser
mit 2 Rlingen und Korkzieher, echte Hirschhorn-Schalen,
feine Neusilber-Beschläge Nr. 203 zu Mark 1,60. Be-
steller verpflichtet sich, den Betrag hierfür binnen 8 Tagen
einzusenden, oder das Messer unbeschädigt zurück zu senden.
Preis- und Musterbuch gratis und frei.

Müneh's
Heiz-Apparate
3,50 Mk.
unentbehrlich für
jeden Haushalt.
Man achte auf
die Patent-Nr.
39 427,
da Nachahmung
nicht genügend heizen.
Zu haben in allen Eisengeschäften.
Intensiv-Ofen gut u. schnell holzand.
A. Müneh, Brunnenstr. 82.

Schirm-Fabrik
F. Guttmann
Königs-Kolonnen
am Bahnhof Alexanderplatz.
Herren- u. Damen-Schirme v. 2,50 an.
Eleg. Gloria-Schirme 3,50, 4,-, 5,-.
Seid. Herren- u. Damen-Schirme 7,50.
Kinder-Schirme von 1,50 an. (4172)
Eigenes Fabrikat.
Reparaturen und Bezüge schnellstens.

Wohl fühlt sich
bei jegiger Witterung, wer
Brunnenstrasse 110
(neben dem Pferdebahn-Depot)
bei **Ignatz Sello** bezieht anerkannt
guten Rum, 1/2 Flasche inkl. von 90 Pf.
an, vorzügl. Glühwein-Extrakt, 1/2 Fl.
inkl. von 1,10 Mk. an, Ingwer-, Pfeffer-
minz-, u. ff. Likör (1/2 Literflasche)
inkl. 1,10 Mk., 3/4 Literflasche inkl. 55 Pf.,
Stonsdorfer inkl. Orig.-Fl. (1/2 Liter)
à 80 Pf., Halb und Halb, feinste Eider-
mischung, per 1/2 Champagner-Flasche
inkl. 90 Pf., alle Nordhäuser per
Liter 50 Pf., medie. Ungarwein Orig.-
Fl. (1/2 Liter) inkl. von 90 Pf. an, sowie
sämmliche Sorten Weine, Cognacs,
u. s. w., Spirituosen auch im Einzel-
verkauf nur zu Engrospreisen. Billigste
Bezugsquelle. 58-58
Bitte genau auf No. 110 Brunnen-
strasse No. 110 zu achten.

Fruchtsäfte.
Himbeer-, Kirschsäfte, Johannisbeersaft,
anerkant vorzügl. u. 1 Literflasche nur 1,30.
Eugen Neumann & Co., Berlin
Heller-Königs-Platz 6a. Neue Friedrichstr. 51.
Cranichstr. 190, Genthinerstr. 29, Köpenicker Weg 56.
Charlottenburg, Anker-Strichstr. 48.

Bitte lesen Sie!
Da ich große Posten auf Auktionen
sehr billig gekauft habe, empfehle ich
jedem Genossen, der seinen Bedarf an
Winter-Paletots,
Anzügen, Mänteln, Joppen, einzelnen
Jaquets, Hosen, Westen, ferner Arbeits-
anzügen billig und gut kaufen will,
mein bekanntes reichhaltiges Lager von
Herren- und Knaben-Garderoben
aller Art zu enorm billigen Preisen.
A. Wergien,
Schneidermeister, 209L
127 Skalitzerstraße 127.
Bestellungen nach Maß werden
gut und billig ausgeführt.
Bitte sehr, recht genau auf Namen
und Hausnummer zu achten.

Die weltbekannte
Bettfedern-Fabrik
Gustav Ludwig, Berlin S., Prinzenstr. 40,
verleiht gegen Kaution (nicht unter 10 Mk.)
garant. neue, einjähr. Bettfedern,
u. 25 Pf. - Bettdecken, 1/2 Fl. 1,75,
u. weiße Halbdecken, u. 1/2 Fl. 1,75,
vorzügliche Tannen, u. 1/2 Fl. 2,25.
Von diesen Tannen genügen
3 Pfund zum größten Bedarf.
Verpackung wird nicht berechn.

Handwagen vierwädrig vert. Ver-
nauerstr. 48, part. [1467b]
Sophastoffe
auch Reste
in Hipp, Damast, Erbsen,
Phantastie, Gobelin und
Plüsch spottbillig!
Proben franco!
in allen Qualitäten zu
Fabrikpreisen.
Läuferstoffe
Emil Lefevre, Oranienstraße
158.

Glühwein-
Extrakt, ganz vorzügl., à Liter Mark 1,20,
à 1/2 Liter Mark 5,50.
Gutsh. Extrakt, Groß-Extrakt à Liter
Mark 1,50, à 1/2 Liter Mark 7,-.
Knausen u. Gurgander-Vanille à Liter 1,50.
Eugen Neumann & Co., Berlin
Heller-Königs-Platz 6a. Neue Friedrichstr. 51.
Cranichstr. 190, Genthinerstr. 29, Köpenicker Weg 56.
Charlottenburg, Anker-Strichstr. 48.

Für 36 M.
feiner Winter-Paletot nach Maß;
für 36 M. ff. Anzug nach Maß;
für 8 M. feine Hose nach Maß;
Reste u. groß. Knaben-Anzüge 2-3 M.
Kein
Krausenstr. 14, 1 Tr. Laden.

Arbeitsmarkt.
Achtung, Holzarbeiter!
Die Kollegen der Bautischlerei von
Meh, Urbanstraße 102, haben wegen
Lohnabhänge die Arbeit niedergelegt.
In der Tischlerei von Albert,
Pafenhaide 40, werden Arbeiten für die
streikende Werkstätt von Meh, Urban-
straße 102, angefertigt.
Ferner theilen wir mit, daß in der
Werkstätt von Eiboh, Pappel-Allee
Nr. 10, Arbeiten, welche bei Meh in-
folge des Streiks liegen geblieben sind,
fertig gemacht werden.
Die Kollegen der Werkstätt von
Neumann, Gr. Hamburgerstraße 4,
haben wegen Differenzen die Arbeit
niedergelegt.
Die Kollegen der Werkstätt von
Septner, Erbsenstr. 29, haben wegen
Lohnablieferungen die Arbeit niedergelegt.
Zuzug fernhalten! 70-2
Die Ortsverwaltung
des Holzarbeiter-Verbandes.

Achtung!
Former und Metallarbeiter.
Der Streik in der Gießstahlfabrik
und Eisengießerei vormals Hartung
dauert fort.
Zuzug von Metallarbeitern aller Art,
besonders Formern, Kernmachern,
Drehern, Schlossern, Schleifern u.
ist fernzuhalten. 118/19
Der Vertrauensmann der Berliner
Metallarbeiter.
Otto Räther, N. Anklamstr. 44.

Achtung, Vergolder!
Wegen Nichtbewilligung der auf-
gestellten Forderungen ist bei der Firma
Hufenbed, Alte Jakobstr. 6, die
Arbeit eingestellt.
Zuzug ist fernzuhalten.
Die Kommission.
Tüchtige Hesterinnen auf Dreh-
schiff-Maschine, geübte Falzerinnen auf
Kontobücher verlangen Nischenstahl,
Zump u. Ko., Holzmarktstr. 67.

Achtung! Frauen und Männer!

Am Sonnabend, den 21. November 1896, abends 8 1/2 Uhr, bei Fischer, Beuststraße Nr. 9:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Munding über Konsumgenossenschaften und ihre Bedeutung für die Arbeiterklasse. 2. Diskussion. 3. Sind die Arbeiter von Moabit gewillt, eine Konsumgenossenschaft ins Leben zu rufen? 14936
Der Einberufer: Gustav Schöpf.

Metallarbeiter.

Montag, den 23. November, abends 8 Uhr, im Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstrasse 4a:

Große öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung:

Die gegenwärtige Lage der Metallarbeiter, die neuesten Maßnahmen der Metallindustriellen und unsere Aufgaben für die Zukunft.

Kollegen! Gegenüber den Vorgängen, die in letzter Zeit zu Tage getreten sind, ist es notwendig, energische Maßnahmen zu treffen, um zum allernächsten den Kollegen die gegenwärtigen Arbeits- und Lohnverhältnisse zu erhalten. Erscheint daher Mann für Mann.

Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.

Otto Naether, N., Kollmerstr. 44.

Verband der Sattler u. Tapezierer.

(Filiale I. Centrum.)

Sonnabend, den 21. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Kintz & Co., Alte Jakobstraße Nr. 83:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Wurm über: "Wie erhält man die Augen gesund?" (mit Demonstrationen an künstlichen Modellen). 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Kollegen werden des lehrreichen Vortrages wegen ersucht, ihre Frauen u. mitzubringen. 156/7
Der Vorstand.

Achtung! Zimmerer! Achtung!

Berein der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 22. November, vormitt. 10 Uhr in Cohn's Festsaal, Senthstraße 21/22:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag über Gewerkschaftsbewegung, Parlamentarismus und Volksgesetzgebung. 3. Gewerkschaftliches. 257/2
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Achtung! Weber! Achtung!

Die Mandatdeputierten, welche die Sammellisten der letzten Woche noch nicht abgeliefert haben, sowie die Kollegen, welche mit ihren Wochenbeiträgen im Rückstande sind, werden ersucht, dieselben bis **Dienstag, 24. November**, zu begleichen, da die Schlussabrechnung im Laufe der Woche fertig gestellt werden muß.

Die nächste Mandatdeputierten-Versammlung findet **Mittwoch, den 25. November, abends 6 Uhr, Grenadierstr. 33**, statt.

Jeder Bau muß vertreten sein, da ein Beschluß gefaßt werden muß, wie die Kontrolle nach Aufhebung der Kommission weiter geführt werden soll. Die Lohnkommission der Weber.

Spandau.

Sonnabend, den 21. d. M., abends 8 Uhr, im großen Saale der Brauerei Pichelsdorf:

Öffentliche Partei-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Stadtverordneten A. Schröder über: Die kommenden Reichstagswahlen. 2. Diskussion. 3. Bericht der Vertrauensleute. 4. Bericht der Lokalkommission. 5. Wahl der Vertrauensleute sowie der Lokal- und Zeitungskommission. 6. Verschiedenes. Die Vertrauensleute. Um rege Beteiligung ersuchen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. 264/3

Charlottenburg.

Sonntag, den 22. November (Waldenfesttag), im Etablissement Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39:

Großes Vocal- u. Instrumental-Konzert

veranstaltet vom

Männer-Gesangverein „Vorwärts“ (M. d. U. B.)

unter Leitung seines Dirigenten Herrn Rob. Thieme. 86/6

Kinetographisch-Phonographische Vorführungen

Lebende Photographien.

21. Unter den Linden 21. Vorstellung v. 10-11 1/2 Uhr vorm. und 8-10 Uhr abends.

Eintrittspreis 50 Pfennig. Sonntags v. 11-10 Uhr abends. Vorzugsbillets à 25 Pf. für Arbeitervereine und deren Mitglieder sind vom Kassirer der Arbeiter-Bildungsschule, S. Königs, Berlin S., Diefenbachstr. 30, und in den Schulkassen zu haben.

Ordentl. General-Versammlung

der Delegierten der

Orts-Krankenkasse d. Kürschner

u. verwandten Gewerbe zu Berlin

am Sonntag, den 22. November, vormittags 10 Uhr,

im Restaurant Feindt, Weinstr. 11.

Tages-Ordnung:

1. Berlesung der Delegierten-Präferenzliste. 2. Antwort des Magistrats auf den Zusatz zum § 21 des Statuts, betr. einer vierwöchentlichen Karenzzeit für neu eintretende Mitglieder, die noch keiner Krankenkasse angehört haben.

3. Wahl von 3 Revisoren (1 Arbeitgeber und 2 Arbeitnehmer) zur Prüfung der Rechnungen des Jahres 1896.

4. Wahl von 3 Vorstandemitgliedern (1 Arbeitgeber und 2 Arbeitnehmer).

5. Antrag auf Herabsetzung der Beiträge: a) für erwachsene männliche Kassemitglieder über 16 Jahre ausschließlich der Lehrlinge von 60 auf 54 Pf., b) für erwachsene weibliche Kassemitglieder über 16 Jahre von 89 auf 86 Pf., c) für männliche Kassemitglieder unter 16 Jahre und für Lehrlinge von 27 auf 24 Pf., d) für weibliche Kassemitglieder von 14-16 Jahren von 21 auf 18 Pf.

6. Die Naturarzt-Frage. Um pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand. W. Freyer, Vorsitzender, Sefortestr. 15. 92/3

Orts-Krankenkasse

der Schuhmacher, Schuhputzwaren- und Filzwaren-Verfertiger zu Berlin.

Außerordentl. General-Versammlung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer am Sonntag, den 29. November 1896,

vormittags 10 Uhr,

im Restaurant des Herrn H. Feindt, Weinstr. 11.

Tages-Ordnung

in getrennter Wahl-Versammlung: 1. Ersatzwahl von zwei Delegierten der Arbeitgeber. 2. Ersatzwahl von 41 Delegierten der Arbeitnehmer.

Eintritt ist nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet.

Hieran anschließend findet in demselben Lokale und Tage mittags 12 Uhr die ordentl. Generalversammlung der Delegierten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) statt. 14686

Tages-Ordnung

a) in getrennter Versammlung: 1. Neuwahl des Gesamtvorstandes (3 Arbeitgeber und 6 Arbeitnehmer). b) in gemeinschaftlicher Versammlung: 2. Wahl der Revisoren zur Prüfung der Rechnungen pro 1896 (§ 47 Abs. 1 der Statuten). 3. Antrag des Vorstandes auf Zahlung des Krankengeldes der Feiertage, welche in die Woche fallen. 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

gez. S. Ried, Vors., Anhaltstr. 14.

Orts-Krankenkasse

für das Goldschmiede-Gewerbe.

Am Sonnabend, d. 28. Novbr. 1896,

abends 8 1/2 Uhr,

findet in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, die

Ordentliche Generalversammlung sämtlicher Vertreter der Arbeitgeber und Kassemitglieder statt.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. In getrennter Wahlversammlung: a) für die Vertreter der Kassemitglieder: Ergänzungswahl von 4 Mitgliedern zum Vorstand. b) für die Vertreter der Arbeitgeber: Ergänzungswahl von 2 Mitgliedern zum Vorstand. In gemeinschaftlicher Versammlung: 1. Wahl des Rechnungs-Ausschusses pro 1896 (1 Arbeitgeber, 2 Kassemitglieder). 2. Vorlegung des Vertrages mit dem Verein der freigew. Kassennärzte für 1897. 3. Beschlussfassung über die Abänderung des § 16 d. Statuts. 4. Verschiedenes. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Herren Vertreter ersucht Berlin, den 19. November 1896.

Der Vorstand. 71/5

J. A.: E. Davidshäuser, Vorsitzender, Glisabethstraße 46b

Ich erkläre die Familie Hinten als antändig. Frau Lindcke. 14436

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 29. November, vormittags 10 Uhr: Sonder-Vorstellung in der „Urania“, Invalidenstrasse.

Genossenschaftsleben

im Thier- und Pflanzenreich

(mit Experimenten).

Vortragender: Professor Dr. Müller.

Billets à 50 Pfg. sind zu haben bei Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Kleinert, Mollerstr. 7a; Schlegel, Köpnickstr. 39a; Drescher, Veteranenstrasse 28; H. Königs, Diefenbachstr. 30; in der Südostschule, Waldemarstrasse 14; in der Nordschule, Brunnenstr. 25; in Köpenick bei Richter, Böttcherstr. 45; in Tempelhof bei Tiel, Friedrich-Wilhelmstr. 17.

Mitglieder anderer Vereine können hieran teilnehmen und bitten um zahlreichen Besuch Der Vorstand.

Belle-Alliance-Theater.

Am Sonntag, den 22. November findet des Todtenfountages wegen keine Vorstellung nachmittags statt.

Sonntag, den 29. November, zum letzten Male:

Lumpacivagabundus.

Sonntag, den 6. Dezember, zum ersten Male:

Don Carlos

von Fr. Schiller.

Grosser Experimental-Vortrag

über die neuesten Errungenschaften auf dem Gebiete der

Röntgen-Photographie und Durchleuchtung

(X-Strahlen)

gehalten von Herrn Fr. Claussen, veranstaltet vom

Samariter = Surjus für Arbeiter und Arbeiterinnen

am 22. November bei Cohn, Senthstraße 20 L.

Anfang abends 6 1/2 Uhr. Eintritt 40 Pf. Der Vorstand. 155/2



Unverreichbar. Hohenzollern-Mäntel!

für Herren, in grau, schwarz und blau, mit Offizier-Samafutter, Pelserie weit, faltig und abknüpfbar. 3752*

Mk. 24.

J. Reisner, Friedrichstraße 244.

Unsinn!!

Es ist viel Geld für Hüte auszugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute und elegante Sachen, z. B.: Knabenfilzhüte von 1.- M. an Herrenfilzhüte 1,50 „ „ Cylinderhüte 4.- „ „ Haarfilzhüte 4,80 „ „ Chapeau claque, Plüsch-Hüte, Loden- u. Jagdhüte enorm billig im Einzelverkauf bei Arnold & Eggert, Gut-Engelsteiner, Waldemarstr. 44, paterne recht im Komptoir. Kein Gadau. Nur moderne Waare in großer Auswahl.



Brunnhilde, selbstgewebte, echtfarbige u. unverwundliche Haus-Kleiderstoffe. Ortrud und Rosalinde, neueste und elegante Promenaden-Kleiderstoffe.

Roland - Cheviot, - Spezialität - unverreicht in Haltbarkeit und Eleganz; andere Herrenstoffe in nur modernen und geschmackvollen Dessins zu sehr billigen Preisen. Portieren in größter Auswahl. Alle Aufträge von 20 Mark an und Muster sets franko. Carl H. Klippstein & Co. in Mühlhausen i. Thür. 11. Weberei und Versand-Geschäft.

R. F. Mittelstädt, Berlin N., Brunnenstr. 152.



R.F. Mittelstädt's Original-Löwenbitter ist aus passenden Kräutern abdestilliert befördert vorzüglich die Verdauung und regt besonders den Appetit an.

In Fl. Mk. 0,60, 1,10, & 1,80.

Im Ausschank und in Flaschen überall zu haben.

Benno Stabernack's Vereinshaus,

Inselstrasse 10 (früher Scheller's Salon).

Empfehle meinen neu renovierten Saal (250 Personen fassend), sowie Vereinszimmer zu Festlichkeiten, Versammlungen, Arbeitsnachweisen, Jubiläen etc.

Ausverkauf!

Mein großes Lager in Kleiderstoffen, Gardinen, Weißwaaren, Wäsche, Posamenten, Trikots, Strümpfen, wollenen Westen und vielen anderen Artikeln stelle ich zu bedeutend ermäßigten Preisen wegen Geschäftsverlegung zum

Ausverkauf!

Wrangelstraße 119. Richard Stock.

Askari-Cigaretten

10 Stück 30, 40, 50 Pf.

Hochfeiner, milder Geschmack, Liebliches Aroma. Bisher unübertroffen. In Cigarren-Geschäften erhältlich.